



10. Heft / 27. Mai 1913

EDUARD BERNSTEIN · ZWISCHEN WAHLMÄN- NERWAHL UND ABGEORDNETENWAHL

ZWEI Aufgaben hatte die Sozialdemokratie, wie bei allen Wahlen zu öffentlichen Vertretungskörpern, bei der diesmaligen Abgeordnetenwahl zum preußischen Landtag zu erfüllen. Sie hatte die Wahlbewegung zu gesteigerter Propagierung ihrer Grundsätze und Forderungen auszunutzen sowie durch Gewinnung einer möglichst hohen Zahl von Wählern eine eindrucksvolle Kundgebung für diese Grundsätze und Forderungen zu erzielen, und sie hatte im Verein mit der möglichst hohen Steigerung der Zahl ihrer Vertreter im Abgeordnetenhaus die parlamentarische Position der offenen und verkappten Feinde der Beseitigung des verwerflichen Klassenwahlsystems nach Möglichkeit zu schwächen.

Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß die erste Aufgabe glänzend gelöst worden ist. Noch läßt sich nicht genau berechnen, um wie viel die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 1908 auf 1913 gestiegen ist. Aber daß sie um Hunderttausende zugenommen hat, steht außer Zweifel. Und das ist um so höher anzuschlagen als in mehr als neun Zehnteln der Wahlkreise die Sozialdemokratie den Kampf im Bewußtsein der Tatsache zu führen hatte, daß das Dreiklassenwahlsystem und die Wahltaktik der bürgerlichen Parteien sie jeder Aussicht auf die Erringung des Mandats beraubte. Hatte doch die Gewißheit, daß eine nennenswerte Verschiebung im Stimmenverhältnis der Parteien des Abgeordnetenhauses nicht zu erzielen sein werde, nach geradezu einmütigem Zeugnis der bürgerlichen Presse im allgemeinen dem Wahlkampf als natürliche Folge den Stempel der Indifferenz aufgedrückt. Es fehlte ihm die Perspektive, die in den Gemütern die Kampfesstimmung zur höchsten Entfaltung bringt. Gerade ein Drittel der Mandate, 147 von 343, wurde ohne jeden Kampf, ohne Gegenkandidaten, besetzt. Unter solchen Umständen wäre schon die Erhaltung der alten Stimmenzahl eine achtbare Leistung gewesen. Um so ehrenvoller und erhebender für die Sozialdemokratie, daß sie trotz dieser Beeinträchtigung der Kampfesfreude und all der aus der Klassenwahl selbst und der offenen Stimmabgabe sich ergebenden hemmenden Momente eine so gewaltige Vermehrung ihrer Stimmen aufweisen kann.

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn wir die Frage nach der Erfüllung der zweiten Aufgabe stellen. Wohl dürfen wir mit Genugtuung verzeichnen, daß das kleine Häuflein sozialdemokratischer Hechte im Karpfenteich des Dreiklassenparlaments immerhin einen Zuwachs erfahren hat. Das Mandat für Schöneberg-Neukölln ist erobert, und die 3 Mandate des Wahlkreises Nieder- und Oberbarnim können als sicherer Gewinn betrachtet werden. Aber 10 statt 6 ist doch eine zu geringe Mehrung, als daß man dadurch irgendwie befriedigt sein könnte. Und so hoch wir es einschätzen, daß die Million Gruben- und Hüttenarbeiter Preußens in Otto Hue einen Fürsprecher ihrer Interessen im Dreiklassenhaus haben werden wie er an Sachkunde schwerlich übertroffen werden kann, und so sehr wir davon überzeugt sind, daß die Kraft der propagandistischen Vertretung von Grundsätzen nicht von der Zahl ihrer Vertreter abhängt, so können wir darüber doch nicht die Tatsache ignorieren, daß bei Abstimmungen eben doch die Zahl entscheidet, und daß das Abgeordnetenhaus über viel zu wichtige Fragen zu entscheiden hat als daß uns das ziffernmäßige Kräfteverhältnis der Parteien in diesem Haus gleichgültig sein könnte.

In dieser Hinsicht aber hat die Wahl von 1913 gegenüber der von 1908 eine Verbesserung nicht gebracht. Es ist sogar nicht unmöglich, daß das Endresultat der Wahl noch eine Verschlechterung im Verhältnis zwischen der Linken und der Rechten des Abgeordnetenhauses bringen wird. Nach vorläufiger Aufstellung sind als gewählt zu betrachten:

Rechtsparteiler	Mittelparteiler	Linke und nationale Oppositionsparteien
141 Konservative 48 Freikonservative 1 Deutschsozialer	101 Zentrumsparteriler 57 Nationalliberale	25 Volksparteiler 7 Sozialdemokraten 12 Polen 2 Dänen
190 Vertreter der Rechten	168 Vertreter der Mitte	46 Vertreter der Linken

In Stichwahl standen von der Linken 19 Sozialdemokraten und 14 Volksparteiler. Davon sind, Korrektur durch Nachzählung vorbehalten, auf beiden Seiten die 6 Mandate abzuziehen, um die Volksparteiler mit Sozialdemokraten ringen. Im günstigsten Fall also könnte die Linke als Ganzes zu den schon erlangten 32 Mandaten nur noch 27 zugewinnen, es auf 59 Abgeordnete bringen, während sie im vorigen Abgeordnetenhaus deren 43 zählte. In Anbetracht der großen Zahl ihrer Wähler an sich bereits ein überaus bescheidener Gewinn, der schon deshalb nicht eintreten wird, weil, wo die Linksparteiler mit Rechtsparteilern in Stichwahl stehen, die Stimmen der Mittelparteiler ganz oder teilweise auf die rechtsparteilichen Kandidaten übergehen werden. Und ebenso werden bei Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Volksparteilern die Rechtsparteien für die Nationalliberalen eintreten. Die Linke als Ganzes würde daher mit positivem Verlust abschließen, wenn das Verhalten von Sozialdemokraten und Volksparteilern zu einander bei der Abgeordnetenwahl das gleiche bliebe wie bei den Wahlmännerwahlen, das heißt wenn die Volksparteiler daran festhielten ihren Wahlmännern, wie die Parole zuletzt lautete, nicht zuzumuten für Sozialdemokraten gegen Zentrum oder Konservative zu

stimmen, und die Sozialdemokratie diese Politik damit beantwortete, daß sie bei Stichwahlen zwischen Volksparteilern und Rechts- oder Mittelparteilern strenge Stimmenthaltung übe.

Es gibt viele, die da sagen werden, das Unheil sei gegebenenfalls nicht sehr groß, und tragisch würden wir es sicherlich nicht zu nehmen haben. Aber kein die Dinge sachgemäß beurteilender Politiker kann es für ganz gleichgültig erachten, wie sich das Stimmenverhältnis der Parteien im kommenden Abgeordnetenhaus stellen wird. Bei den Abstimmungen über die vielen wichtigen Gesetzesmaterien, die der Entscheidung des Abgeordnetenhauses unterstehen, sind die Parteien durchaus nicht immer in der Weise summarisch gruppiert wie es nach der obigen Gegenüberstellung scheinen mag. Namentlich bei Abstimmungen über Einzelheiten von Gesetzen können die Stimmen der Linken sehr oft den Ausschlag geben. Und wie bedeutungsvoll für ganze Kategorien derjenigen Klassen, die die Sozialdemokratie speziell vertritt, solche Einzelheiten oft sein können, das haben wir nachgerade zur Genüge erfahren. Man braucht sich nur der Berggesetznovellen, der Gesetze über Schulwesen, Kommunalabgaben usw. zu erinnern. Zudem ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß das kommende Abgeordnetenhaus doch in der einen oder andern Form in der Wahlrechtsfrage Abänderungen des bestehenden Wahlsystems zu beschließen haben wird, und bei der großen Verschiedenheit der Interessen und Standpunkte innerhalb der oben genannten Parteigruppen kann es auch da bei Abstimmungen über wichtige Einzelheiten jeweilig auf wenige Stimmen ankommen. Es bleibt deshalb die Frage zu erörtern, ob und wie bei der Abgeordnetenwahl die größtmögliche Vermehrung von Vertretern der Linken zu erzielen respektive jeder nicht absolut unvermeidliche Zuwachs der Stimmenmacht der Konservativen und ihrer Verbündeten verhindert werden kann.

Ohne weiteres ist klar, daß das so bezeichnete Ergebnis nur erzielt werden kann, wenn eine Verständigung der Parteien der Linken über eine bestimmte Gegenseitigkeit bei der Abgeordnetenwahl zustande kommt. Ich sollte eigentlich sagen: zustande kommen könnte. Denn vorläufig stehen einer solchen Verständigung Schwierigkeiten im Weg wie sie bei keiner frühern Wahl zu überwinden waren. Bei keiner frühern Wahl haben die hier in Betracht kommenden Parteien, die Sozialdemokratie und die Vorgänger des jetzt sich *Fortschrittliche Volkspartei* nennenden linken Flügels des Liberalismus, durch Parteibeschlüsse für den Wahlkampf, die Volksparteiler obendrein durch Verpflichtungen gegenüber ihren Nachbarn von rechts, sich den Weg zur Verständigung so gründlich verrammelt wie es diesmal geschehen ist. Es ist zwecklos darauf jetzt im einzelnen einzugehen; mit Rekrimationen kommt man niemals zu vernünftigen Beschlüssen. Nur so viel glaube ich bemerken zu müssen, daß der Fehler, den nach meiner Überzeugung die Sozialdemokratie Preußens bei Festsetzung ihrer Wahltaktik begangen hat, immerhin nur in der doktrinären Übertreibung eines Gedankens bestand, dessen prinzipielle Berechtigung nicht bestritten werden kann, die Volksparteiler aber eine Wahlpolitik getrieben haben, deren konsequente Durchführung nichts Geringeres bedeuten würde als die Preisgabe ihres eigenen Wahlprogramms. Auf nichts anderes würden in der Tat die in Breslau und anderen Wahl-

kreisen von den Volksparteilern mit den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie getroffenen Wahlabmachungen hinauslaufen, durch die sie die Verpflichtung eingingen nicht für Sozialdemokraten zu stimmen.

Freilich haben die Volksparteiler eine Formel, durch die sie ihr politisches Gewissen bei so widerpolitischem Verhalten beruhigen. In ihrer gewiß nicht beneidenswerten Position von rechts und links ihre Mandate bedroht zu sehen haben sie sich die Theorie zurecht gemacht, daß bei ihren Stichwahlen mit Sozialdemokraten die Rechtsparteiler aus Gründen der Staatserhaltung und der Solidarität der bürgerlichen Interessen für sie zu stimmen haben, bei ihren Stichwahlen mit Rechtsparteilern aber die Sozialdemokraten um der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen Agrariertum, Zünftelei und Klerikalismus ihnen ihre Stimmen geben müssen. Eine Rechnung, die allerdings oft genug honoriert worden ist. Indes gibt es für alles Grenzen. Prinzipiell bedeutet eine Politik, die jene Voraussetzung beharrlich zur Richtschnur nimmt, die Sanktionierung des politischen Stillstands. Man kann sie nicht anders benennen als die Politik des toten Punkts. Und zwar gerade bei der Landtagswahl in Preußen. Bei der Reichstagswahl sorgt das gleiche Wahlrecht der Wähler dafür, daß das im Volk lebende Streben nach Reform einen angemessenen Ausdruck in der Verteilung der Stimmen erhält, wenn es ihn infolge der Ungleichheit der Wahlkreise auch nur unvollkommen in der Verteilung der Mandate findet. Das Wahlrecht für den preußischen Landtag aber ist von Haus aus darauf angelegt das, was in der breiten Masse des Volkes lebt, im Abgeordnetenhaus nicht zum entsprechenden Ausdruck kommen zu lassen. Und diesen, von volksparteilichen Blättern selbst betonten Fälschungscharakter des Dreiklassenwahlsystems hilft die Wahltaktik der fortschrittlichen Volkspartei noch auf die Spitze treiben. Kann es irgendein Mitglied dieser Partei, für das das Beiwort *fortschrittlich* nicht bloß Füllwort ist, um die Phrase abzurunden, da noch wundern, wenn in der Sozialdemokratie das Gefühl die Oberhand behält, dieses Trappeln ohne Vorwärtsbewegung, wie man es nennen kann, müsse einmal ein Ende nehmen?

Ich habe nach dem Preußentag an dieser Stelle ausgeführt und es jetzt bei der Wahl in einer großen sozialdemokratischen Wählerversammlung in Neukölln, ohne Widerspruch zu finden, wiederholt, daß die von der Sozialdemokratie auf jener Tagung für die Unterstützung von Nichtsozialisten aufgestellten Bedingungen einfach von dem Gedanken diktiert waren die Gewährung dieser Unterstützung von überzeugenden Beweisen guten Willens abhängig zu machen, und daß daher, wo ihr der Beweis für das Vorhandensein dieses guten Willens geliefert würde, die Sozialdemokratie gegebenenfalls, was jene Bedingungen anlangt, keine Buchstabenreiterei treiben würde. Auch hat ja niemand öfter Beweise dafür erhalten, daß die Sozialdemokratie in der Verfügung über ihre Stimmen bei Stichwahlen nicht in der Weise Shylocks auf dem Schein besteht, daß sie die großen politischen Erwägungen über Formfragen siegen läßt, als gerade die fortschrittliche Volkspartei. Erst bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 hat die Volkspartei dieser im besten Sinn des Wortes politischen Denkweise der Sozialdemokratie viele Stichwahlsiege zu verdanken gehabt. Aber obwohl kaum 16 Monate darüber ins Land gegangen sind, hat die

Volkspartei jetzt ihre Wahlmännerwahlen in einer Weise geführt, als lägen mindestens ebenso viele Jahre dazwischen. Vielleicht erinnern sich die Leiter der Partei nun, wo es sich um die Abgeordnetenwahlen handelt, in letzter Stunde ein wenig an jene Vorgänge.

Im ganzen sind 14 Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei in Stichwahl. Bei 8 davon kommt es auf die Stimmen der Sozialdemokraten an, ob Kandidaten der Volksparteiler oder ihre Gegner gewählt werden. Sollen in den Wahlkreisen, wo dies der Fall ist, die sozialdemokratischen Stimmen für die Kandidaten der Volkspartei in die Wagschale fallen, so wird die Volkspartei die Haltung aufgeben müssen, die sie bei den Wahlmännerwahlen beobachtet hat. Man kann unseren Genossen wohl vorschlagen unter bestimmten Bedingungen von dem Bestehen auf den letzten Buchstaben der Resolution des Preußentags abzulassen, man kann ihnen aber nach den Vorkommnissen bei den Wahlmännerwahlen nicht *das Ansinnen stellen* so zu sagen bedingungslos sich für die Volksparteiler ins Zeug zu legen. Das muß gerade von denjenigen offen gesagt werden, die es trotz allem Vorgefallenen für wünschenswert halten, daß wenigstens jetzt eine Verständigung zwischen bürgerlicher und Arbeiterdemokratie für die Abgeordnetenwahlen zustande komme. Es scheint mir nicht ratsam im gegenwärtigen Zeitpunkt an dieser Stelle näher darauf einzugehen, unter welchen Bedingungen die Sozialdemokratie etwa eine solche Verständigung vollziehen könnte. Die Entscheidung darüber wird man besser denjenigen Instanzen überlassen, die von der Partei auf dem durch das Statut vorgeschriebenen Weg mit der Leitung des Wahlkampfes betraut worden sind. Vorerörterungen in der Presse können, sobald sie auf die Einzelheiten sich erstrecken, da leicht mehr schaden als nützen. Sie würden je nachdem Schwierigkeiten schaffen, statt sie aus dem Weg zu räumen. Generell aber läßt sich so viel sagen, daß, wenn die Volksparteiler sich nicht zum Verzicht auf die Politik aufraffen können, die gleichermaßen auf die Stimmen von rechts wie auf die von links spekuliert, eine akzeptable Verständigung schwerlich zustande kommen wird.

Dabei soll eines offen zugestanden werden: Die Volksparteiler übertreiben zwar die Schwierigkeiten, die die offene Stimmabgabe dem Abstimmen ihrer Wähler und Wahlmänner für sozialdemokratische Kandidaten bereitet, aber niemand von uns verhehlt sich, daß die Sache für sie schwerer ist als das Umgekehrte für unsere Partei. Die Sozialdemokratie hat daher auch niemals Wahlleistung gegen Wahlleistung mechanisch-kalkulatorenmäßig in Gegenrechnung gestellt. Den Übertreibungen muß sie jedoch um so energischer entgegentreten als durch sie das in der offenen Wahl liegende Übel nur noch verschlimmert wird. Mut und Feigheit sind Eigenschaften, die zum großen Teil auf Erziehung beruhen. Predigt man beständig, eine Sache dürfe nicht riskiert werden, so glauben das schließlich Unzählige und handeln danach, die sie ganz ruhig riskieren könnten, und um so eher, in je größerer Zahl sie das Herz dazu fassen. Die offene Stimmabgabe bedeutet gewiß für einen großen Prozentsatz der Wahlberechtigten infamen Gesinnungszwang. Aber noch größer ist der Prozentsatz derer, bei denen der Zwang nur in überlieferter Einbildung wurzelt. Es kommt bloß darauf an die rechte Stimmung zu schaffen, und jene Einbildung verfliegt wie ein Schatten. Vor den letzten Stichwahlen für die Urwahl ist im letzten Moment von der

Leitung der fortschrittlichen Volkspartei die Parole an ihre Wähler ausgegeben worden überall die Wahl von Wahlmännern des schwarzblauen Blocks zu verhindern. Das hieß natürlich für Sozialdemokraten stimmen, wo diese gegen solche Wahlmänner in Stichwahl standen. Leider konnte das an der durch die erste Wahl geschaffenen Sachlage wenig mehr ändern. Aber es ist ein erfreulicher / rning zum Bessern, der für die Abgeordnetenwahlen einer vernünftigen Abmachung mit der Sozialdemokratie die Wege öffnet. Ihrerseits hat die sozialdemokratische Tagespresse, und namentlich der *Vorwärts*, vom ersten Augenblick an, wo sich das Ergebnis der Hauptwahl überblicken ließ, mit anerkennenswertem politischen Takt zu verstehen gegeben, daß sie einer solchen Abmachung auch jetzt sich nicht entgegenstellen wird. Und festgestellt muß ferner werden, daß die entschiedenen liberale Presse das ihrige tut den bürgerlichen Wählern der Volkspartei die zum Eintreten für Sozialdemokraten erforderliche Tatkraft zu predigen. Alles das sind hoffnungsvolle Anzeichen für die Abgeordnetenwahlen. Viel ist ja nicht mehr herauszuholen. Aber es stehen doch noch genug Mandate für die Linke auf dem Spiel, daß der Versuch das noch Gutzumachende nachzuholen der Mühe lohnt.

Ich verkenne nicht, daß auch auf sozialdemokratischer Seite viel zu überwinden ist, um einer Verständigung mit den Volksparteilern Geschmack abzugewinnen. Aber wir können die Nachbarparteien nicht so machen wie wir sie uns wünschen sondern müssen sie so nehmen wie sie nun einmal sind. Die schlechteste Politik ist die Politik, die Zorn oder Verdruß zum Ratgeber nimmt. Erstes Gebot im politischen Kampf ist es den Gegner, dessen Macht es zu brechen gilt, nach Möglichkeit zu isolieren; und wer heute in Preußen dieser Gegner ist, das braucht niemandem erst gesagt zu werden.

XX
**PAUL KÄMPFFMEYER · ÜBER DEN INHALT EINER
 NEUEN SOZIALISTISCHEN WERBESCHRIFT**



UND den großen Theoretikern der Sozialdemokratie arbeitet in gleicher Stärke der Gedanke: die sozialistische Gesellschaft als ein notwendiges Glied einer sich vollziehenden ökonomisch-politischen Entwicklung wissenschaftlich zu erweisen. Die proletarische politische und soziale Bewegung schließt sich nach Lassalle folgerichtig an den Kampf des Bürgertums gegen die Herrschaft der privilegierten Stände an. Es ist die letzte Stufe einer Entwicklung, die durch die ganze Geschichte läuft und mit der Begründung der Freiheit der ganzen Menschheit endet. Der Stände- und Klassenkampf ist im Lassalleanismus klar und bestimmt hervorgekehrt; aber die wirtschaftlichen Momente, die schon äußerlich die wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Sozialismus schaffen, treten bei Lassalle augenfällig zurück. Hier hat der Marxismus eine klaffende Lücke des Lassalleanismus gefüllt. Er öffnete uns die Augen für den kollektivistischen Charakter der industriellen Großbetriebe und entdeckte bestimmte Zentralisationstendenzen im modernen Wirtschaftsleben. Ein Stück gesellschaftlicher, sozialistischer Produktion erstand somit vor unseren Augen, und unser Beweismaterial von der kausalen Notwendigkeit einer

sozialistischen Gesellschaftsordnung erfuhr eine gewaltige Bereicherung durch den Marxismus.

Unseren Tagen blieb es vorbehalten den Umfang und die Intensität der wirtschaftlichen Zentralisationstendenzen näher zu umgrenzen; und da mußten wir vor allem die grundlegende Tatsache festlegen, daß in der Landwirtschaft nicht jene Entwicklung zu großen zentralisierten Betrieben überwaltete, wie wir sie in den großen Zweigen der Industrie vorherrschen sahen. Hier erfolgte vielfach eine gewaltige Aufteilung der Großwirtschaften und eine massenhafte Entstehung leistungsfähiger Kleinwirtschaften. Der *naturnotwendige* Prozeß der ökonomischen Zentralisierung und Sozialisierung der Wirtschaft brach einfach in der Agrikultur ab. Den innern ökonomischen Grund für diese eigenartige Richtung der modernen Landwirtschaft hat das Buch Dr. Davids *Sozialismus und Landwirtschaft* darzulegen versucht. Danach ist der Produktionsvorgang in der Landwirtschaft ein *organischer*, in der Industrie ein *mechanischer*. Auf der Kooperation, Arbeitsleistung, Maschinerie baut sich die höhere Leistungsfähigkeit in der mechanischen Produktion auf, auf Steigerung der Lebensintensität durch rationelle Gestaltung der Wachstumsbedingungen die *organische* Produktion in der Landwirtschaft. Die praktische Durchführung aller Fortschritte der Ernährung und Pflege von Tier und Pflanze erfordert eine wachsende Masse qualifizierter Handarbeit. Der Bauer als interessierter, denkender Handarbeiter ist dem interesselosen, schlecht kontrollierten und schwer kontrollierbaren Lohnarbeiter weit voraus. Deshalb bietet bei intensiver Bodenausbeutung der ländliche Kleinbetrieb mit der qualifizierten Handarbeit des Bauern die günstigste Voraussetzung für rationelle Betriebsführung. Und diese mögliche rationelle Betriebsführung der kleinbäuerlichen Wirtschaft erklärt die tatsächliche Massenzunahme der bäuerlichen Kleinbetriebe. Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser Erklärungsversuch das Problem in seiner ganzen Wesenheit erfaßt, ob im speziellen die Gegenüberstellung von *organischer* und *mechanischer* Produktion logisch haltbar und sachlich erschöpfend ist. Das Phänomen selber, die Eigenentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsweise, ist unleugbar. Die tief eindringenden Untersuchungen des Genossen Dr. Arthur Schulz haben in den *Sozialistischen Monatsheften* eine Fülle von Tatsachen und Tendenzen uns vorgeführt, vor denen niemand die Augen verschließen kann, der wirklich erkennen und auf der Erkenntnis aufbauen, nicht hinfällige Lehrsätze immer wiederholen will. Wir sehen also: Eine einschneidende Korrektur haben wir an dem ökonomischen Entwicklungsschema des traditionellen Marxismus vorzunehmen. Und in einer wissenschaftlichen sozialistischen Werbeschrift, deren Notwendigkeit wohl als erwiesen gelten kann¹⁾, müssen wir präzise die wirklichen Grenzen des wirtschaftlichen Zentralisationsprozesses zum Ausdruck bringen.

Und wenn wir die beweiskräftigen Ziffern für die gewaltige tatsächliche Zunahme der mechanischen Großbetriebe aufmarschieren lassen, dann müssen wir in einer Werbeschrift eingehend dartun, wie wir diese Betriebe planmäßig in sozialistische umbilden wollen. Der Betrieb gesellschaftlich

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Notwendigkeit einer neuen wissenschaftlich-sozialistischen Werbeschrift* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 406 ff.

neben einander arbeitender Lohnarbeiter ist zu einer Gesellschaft genossenschaftlich-produzierender, für einander arbeitender Menschen zu gestalten. Hier harren der Gewerkschaftsbewegung große soziale und organisatorische Aufgaben. Man hat diese innere Wandlung der Fabrik kurz als die Umgestaltung des absolutistischen Betriebs in einen konstitutionellen charakterisiert, und diese Charakteristik ist zutreffend. Hier handelt es sich um eine soziale Neuorganisation der Betriebe, und über diese müssen wir uns in einer Werbeschrift verbreiten.

Aber der Prozeß der Neuorganisation der Wirtschaft hat nicht nur eine qualitative sondern auch eine quantitative Seite. Der moderne Sozialismus darf sich nicht an der gleichsam nur mechanischen Entstehung großer gesellschaftlicher Betriebe genügen lassen. Seine wohlverstandene Aufgabe gipfelt in der planmäßigen Förderung rationeller Großbetriebe. Heute sind nun schon Betriebe emporgewachsen, die äußerlich die Form des kapitalistischen Privateigentums abgestreift haben: die genossenschaftlichen, kommunalen und staatlichen Betriebe. Die Zeiten sind eben erfreulicherweise in der Sozialdemokratie vorüber, da man einen Vollmar noch mit einigen Kraftphrasen niederdonnern wollte, als er einem Staatssozialismus das Wort redete, der durch die »wirtschaftliche Konzentration oder durch die öffentliche Natur der Dienstleistung einen wirtschaftlichen Fortschritt oder einen relativen Vorteil für das Gemeinwohl bildet«. Seither haben wir die Verstaatlichung der Bergwerke, der Kaliproduktion, des Spiritus, des Petroleums usw. in der Partei diskutiert oder auch direkt schon beantragt, ohne daß sich ein ohrenbetäubender Entrüstungsturm der *Unentwegten* erhob. Ein prinzipieller Gegensatz gegen den Staatssozialismus würde ja auch schon gegen den Geist und Buchstaben des Erfurter Parteiprogramms verstoßen, das ja direkt zahlreiche staatssozialistische Reformen in Vorschlag bringt. Der Staat, der mitten hinein in neue wirtschaftliche Aufgaben gestellt wird, ändert sich selbstverständlich in seinem Wesen durch die Übernahme weitgreifender wirtschaftlicher Funktionen. Und das erkannte Bebel klar, als er sich auf dem Breslauer Parteitag /1895/ zum Fürsprecher staatssozialistischer Agrarreformen machte und dabei den durchaus zutreffenden Gedanken aussprach: »Wir müssen sogar den Staat zwingen immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen; dadurch bringen wir den Staat aus den Fugen.« Dem Nachwächterstaat platzt eben seine alte Uniform auseinander, wenn er sich überall als Kulturförderer betätigen muß.

Eine Umbildung der heutigen Wirtschaftsordnung vollzieht sich heute im großen Umfang auf kommunalpolitischem Gebiet. Gegen die Kommunalisierung bestimmter Betriebe ist eigentlich seit dem Erlöschen der Bewegung der *Jungen* kein grundsätzlicher Protest mehr erhoben worden. Heute betrachtet fast jeder Sozialdemokrat die Kommunalisierung wichtiger Produktions- und Verkehrsmittel als eine unumgängliche Vorarbeit für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Mit erfreulicher Deutlichkeit vertritt diese Anschauung selbst das kommunale Programm der sicher reichlich radikalen preußischen Sozialdemokratie, das mit Nachdruck hervorhebt, daß auch unter den heutigen Gesetzen der Wirkungskreis der Gemeindepolitik mehr und mehr im Sinn kommunaler Sozialpolitik in der Richtung des Sozialismus auszugestalten sei. Und dieser Gedanke leitet die Sozialdemokratie wohl

auch bei ihrem programmatischen Vorschlag der Kommunalisierung der Beleuchtungs-, Verkehrs-, Wärme- und Kraftherzeugungsanstalten.

Eine lebendige Darstellung aller der hier aufgezählten staats- und kommunal-sozialistischen Bestrebungen würde einer sozialdemokratischen Werbeschrift eine große Überzeugungskraft verleihen. Der Sozialismus erscheint dadurch schon als eine Lebensmacht, als ein Stück greifbarer Wirklichkeit. Und die wirtschaftlichen Leistungen dieses doch noch sehr unvollkommenen Sozialismus haben selbst einem so erbitterten Gegner der staatlichen *Reglementierung* der Industrie wie dem Professor Ludwig Bernhard ein volltönendes Lob abgerungen. »So hat der Staatsbetrieb in Deutschland«, führt dieser in seiner Schrift *Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik* aus, »mit schlagendem Erfolg debütiert, und doch war dies nur ein Anfang, denn, ermutigt durch die Erfahrungen des Staates, griffen die deutschen Städte zu, wurden große Unternehmer, und aufblühend errangen sie Erfolge, als sie die Versorgung mit Wasser und Gas, den Betrieb der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen selbst durchführten. So wurde durch praktische Leistungen erwiesen, daß der Betrieb von Eisenbahnen, Straßenbahnen, ferner die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität zweckmäßig von Staat und Kommunen ausgeführt wird. Alle diese Betriebe haben einen wesentlichen Zug gemeinsam; sie können und müssen nach strengem Schema organisiert werden.« Zu diesen Betriebsarten gehören nach Bernhard »organisatorische Faktoren, über die der Staat mindestens ebenso gut, ja wahrscheinlich in höherem Maß verfügt als die Privaten. Hierzu kommt, daß alle diese Betriebsarten die Benutzung, Kreuzung, Untertunnelung, Überbrückung öffentlicher Wege erfordern, und daß daher Interessenkollisionen entstehen, die vollkommen ausgeschaltet werden, sobald der Staat oder die Gemeinden selbst das Unternehmen durchführen.« Und dem Herrn Professor ist selbstverständlich die charakteristische Richtung unserer großen Syndikatsbetriebe nicht entgangen, die dem Staat die Bahn bereiten. »Denn was vermag die einzelne Persönlichkeit noch in dem ungeheuren Mechanismus, den technische und ökonomische Wandlungen geschaffen haben?« Was haben nun diese Syndikatsbetriebe noch vor den Staatsbetrieben voraus? Nach Professor Bernhard die »Dispositionsfreiheit« der Direktoren. Welche Bedeutung es mit dieser »Dispositionsfreiheit« heute hat, wird noch an einer andern Stelle beleuchtet werden. Jedenfalls läßt sich heute schon schlagend die große Leistungsfähigkeit staatlicher und kommunaler Betriebe volkswirtschaftlich beweisen. Das rückständig Bürokratische, das diesen Betrieben vielfach anhaftet, kann ja ohne weiteres eingestanden werden. Aber gerade das kann die Zukunftsorganisation einer allseitig an der Produktion interessierten Genossenschaft von Arbeitern und Angestellten ausmerzen. Wir können heute schon bei dem Hinweis auf die werdende sozialistische Produktion wirklich moderne öffentliche Betriebe dem Leser vor Augen rücken und brauchen uns nicht mehr auf den kollektiven Charakter großer Privatbetriebe zu beziehen. Und mehr als bisher müssen wir in einer sozialistischen Werbeschrift den Gedanken unterstreichen, daß die Entstehung und Förderung kollektiver öffentlicher und genossenschaftlicher Betriebe im hohen Maß in die Hände einer wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft gegeben ist. Der alte Marxismus legte den Schwerpunkt seiner

theoretisch-sozialistischen Beweisführung vor allem auf das Walten u n b e w u ß t e r , sich oft gegen den Willen der Menschen durchsetzender wirtschaftlicher Sozialisierungstendenzen. Wir dagegen, obwohl wir deren Wirkungen durchaus nicht leugnen, verlassen uns im wachsenden Maß auf das b e w u ß t e E i n g r e i f e n sozialökonomischer und sozialpolitischer O r g a n i s a t i o n e n in der Richtung des Sozialismus. Wir übernehmen aus dem Marxismus den Grundgedanken einer kausalen Entstehung der sozialistischen Wirtschaftsweise aus der kapitalistischen, würdigen aber eingehend die ganze Fülle von ökonomischen und sozialen Neuerscheinungen, die uns durch die massenhafte Entstehung staatssozialistischer, kommunalsozialistischer und genossenschaftlicher Betriebe und durch die durchgreifende Tätigkeit politischer und wirtschaftlicher Machtverbände in das Bewußtsein getreten sind.

Der kollektivistischen Wirtschaft wächst eben der kollektivistische, der genossenschaftliche Mensch entgegen. Ich spreche hier nicht von dem unorganisierten Fabrikarbeiter, dem gleichsam nur durch das Zusammenarbeiten mit seinen Kameraden im Großbetrieb der Charakter eines Kollektivmenschen aufgezwungen wurde; ich rede hier von dem Menschen, der sich freiwillig mit seinen Mitarbeitern und Mitangestellten zu wirtschaftlichen und politischen Verbänden und Kampfgenossenschaften zusammenschließt. Soziale Körperschaften sichern heute dem Arbeiter ein Mindestmaß des Lohnes und verhindern in den Zeiten der Arbeitslosigkeit ein Versinken in das Lumpenproletariat. In wirtschaftlichen genossenschaftlichen Verbänden sorgt der Arbeiter selbst für seine Beköstigung mit Lebens- und Genußmitteln. Den Bezug von Bildungsmitteln organisiert er kollektivistisch: er gründet Bildungsvereine, Volksbühnen, Schulen und Bibliotheken. Ein Prozeß tiefgehender Sozialisierung ergreift so die ganze Existenz des Arbeiters und Angestellten, und der isolierte Mensch wandelt sich in einen Gemeinschafts-, einen Genossenschaftsmenschen. Im regen Zusammenwirken mit seinen Mitarbeitern fällt sehr viel Kurzichtiges, Eigensinniges, Unverträgliches von dem Menschen ab, und er lebt sich nach und nach in den Gedanken einer gemeinsamen Regelung physischer und geistiger Lebensfragen ein. Man unterschätze diese praktische Erziehung des Menschen zum Sozialismus durch unsere sozialen Verbände, Genossenschaften usw. nicht; denn große Gemeinschaftsaufgaben kann nur der zweckvoll lösen, der sich kraftvoll in der Gemeinschaft betätigt hat. Die wachsende Vergenossenschaftlichung unseres physischen und geistigen Lebens, die sich ja mehr oder weniger laut um uns und in uns vollzieht, spricht eine überzeugende Sprache für alle nicht geistig Tauben. Eine sozialistische Werbeschrift darf sich nicht das schwerwiegende Argument, das in der zunehmenden Sozialisierung unserer ganzen Existenz enthalten ist, entgehen lassen. Auch hier wieder muß sie die Idee beseelen das sozialistische Schaffen und Gestalten in der Zukunft als eine notwendige Folge gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Zusammenwirkens in der Gegenwart zu erweisen.

Man hat in der Nationalökonomie vielfach neben der Wirtschaft, neben den sichtbaren großen ökonomischen Organisationen den M e n s c h e n vergessen: den intellektuell und ethisch eigenartig gerichteten Menschen. Die Idee des frei vergesellschafteten, des vom Klassen- und Berufszwang befreiten Menschen wirkt sich in dem Bürger des 20. Jahrhunderts schöpferisch aus.

Diese Idee ist nicht etwa der bloße Reflex bestimmter äußerer wirtschaftlicher Erscheinungen, sie ist eine Grundkraft der Seele ganzer Bevölkerungsmassen. Gewiß, diese Kraft strömt oft am stärksten aus den Seelen, in denen das rein Menschliche am schwersten verletzt wurde; aber sie ist durchaus nicht bloß auf diese beschränkt. In der sozialistischen Literatur ist diese Idee am lebendigsten; denn hier kehrt sie sich mit leidenschaftlicher Energie gegen alles, was den Arbeiter ausbeutet, was ihn physisch, geistig und moralisch entmenscht. Das ethische Ideal des freien vergesellschafteten Menschen leuchtet aus vielen der besten Streitschriften unserer sozialdemokratischen Literatur hervor, und es verlieh der großen Programmschrift Ferdinand Lassalles, in der er den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der »Idee des Arbeiterstands« behandelte, ihre gewaltige Durchschlagskraft.

Die »Idee des Arbeiterstands« ist die Idee des freien, gesellschaftlich schaffenden Menschen. Die Sache des Arbeiterstands ist die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit die Freiheit der Menschheit. Das taten- und weckende, große ethische Moment der Lassalleschen Programmschrift muß selbstverständlich auch in einer modernen sozialistischen Werbeschrift, die sich an große Volksgruppen wenden will, lebendig verspürt werden. In der ganzen Geschichte der Arbeiterschaft ist eben der ethische Gedanke des ökonomisch und politisch freien Menschen eine ständig wirkende Potenz. Sie drängt die Menschen dazu in Worten und Handlungen alles zu werten, was an sie im Kampf für die »Idee des Arbeiterstands« herantritt, das freudig zu bejahen, was ihr entspricht, und das leidenschaftlich zu verneinen, was ihr entgegengesetzt ist. Die ethischen Wertungen der Menschen sind, wie Max Adler in seinen *Marxistischen Problemen* treffend ausführt, »nicht nur an dem geschichtlichen Prozeß mitbeteiligt«, sondern sie lassen ihn »ganz wesentlich erst zustande« kommen. »Denn nur in den zu bestimmtem Massenwillen zusammengeronnenen zahllosen Einzelwertungen von dem, was diese vielen einzelnen als das Rechte, als das Vernünftige, als das für sie darum zu Erringende ansehen, entfaltet sich ja erst das grandiose Schauspiel der Klassenkämpfe in der marxistischen Geschichtsauffassung.«

XXX
**WILHELM SCHRÖDER • STREIKRECHT DER
 EISENBÄHNER**



IN der Hochhaltung des Prinzips gibt die Mehrzahl der deutschen Regierungen dem entschiedensten Doktrinär auf sozialdemokratischer Seite nichts nach. Vor allem wird es gegen die organisierte Arbeiterschaft hochgehalten, und namentlich die preußische Regierung ist unausgesetzt am Werk das Prinzip der *Staatsautorität* zu wahren. Dies geschieht nicht zum geringsten dadurch, daß man unter den Hunderttausenden im Staatsdienst tätigen Beamten und Arbeitern keinen Sozialdemokraten duldet. Ein Sozialdemokrat kann Abgeordneter werden und dadurch auf die Gesetzgebung zuweilen einen weitgehenden Einfluß erlangen, er kann es zum Landtagspräsidenten, ja zum Präsidenten des Reichstags bringen und somit eine dem Monarchen an Bedeutung gleichstehende Körperschaft nach außen hin repräsentieren. Aber zum Weichen-

steller oder Chausseewärter taugt er nicht, auch muß er auf den Ehrgeiz verzichten im sogenannten *mittelbaren Staatsdienst* es zum Stadtrat oder zum Nachtwächter bringen zu wollen. Der Staatsgewalt wird die Aufgabe zugewiesen auch den geringsten unter den staatlichen Arbeitern, ja diesen am meisten, vor jeder Berührung mit allem, was sozialdemokratisch ist oder sein könnte, zu schützen. Daher darf ein solcher Arbeiter auch keiner freien Gewerkschaft angehören, darf nicht an Streik denken, und von der Beteiligung an einem Konsumverein ist er gleichfalls von Staats wegen ausgeschlossen. Ein Staatsarbeiter darf nicht einmal daran denken sich über die Sozialdemokratie durch Lesen eines sozialdemokratischen Blattes unterrichten zu wollen. Vom Besuch einer sozialdemokratischen Versammlung ganz zu schweigen.

Wie alle Prinzipien so hat auch dieses in den Tatsachen einen überlegenen Feind. Es ist eine Unmöglichkeit ein Heer von Hunderttausenden immun halten zu wollen, zu einer Zeit, wo mehr als ein Drittel der mündigen deutschen Männer bei den Reichstagswahlen der sozialdemokratischen Partei Vertrauen schenkt, und wo es im ganzen Reich vielleicht nicht einen Staatsarbeiter gibt, der in seiner Verwandtschaft oder Nachbarschaft nicht Sozialdemokraten aufzählen könnte, mit denen es sich gut leben läßt und die zu schneiden eine Handlung von unglaublicher Lächerlichkeit wäre. Der Staatsarbeiter erfährt von ihnen, und wenn nicht von ihnen, so doch selbst durch das Lesen irgendwelchen staatstreuen Blattes, daß die Sozialdemokraten in den parlamentarischen Körperschaften sich am entschiedensten seiner Sache annehmen. Ihn drückt der Schuh wie nur je einen freien Arbeiter, und wenn es sonst kein Mittel auf der Welt gibt, um ihn zum Nachdenken zu bringen, so wird diese Wirkung durch eine einzige Rede erzielt, die der Eisenbahnminister im Parlament gegen die Sozialdemokratie hält, und die man ihm von Amts wegen zu lesen gibt, in dem Irrwahn, daß diese Rede ihn in seiner vermeintlich ordnungstreuen Gesinnung befestigen werde. Bei den öffentlichen Wahlen hindert ja der amtliche Terror den trotz oder richtiger infolge aller Vorsichtsmaßnahmen *verseuchten* Staatsarbeiter nach seinem Gefühl zu stimmen. Hier treibt der Zwang zur Heuchelei. Aber die Träger der Staatsgewalt würden sehr in Verlegenheit kommen, wenn sie die Möglichkeit hätten jeden ihnen unterstellten Mann wegen seiner Abstimmung bei nichtöffentlichen Wahlen abzustrafen.

Daß der ganze amtliche Kampf gegen Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Genossenschaften ein ungeheurer Selbstbetrug ist, hat man außerhalb Preußens an verantwortlicher Stelle ja auch eingesehen. In jener Sitzung der Kammer der Reichsräte vom 12. Juli 1910, die durch den Ausspruch des Bischofs von Henle »Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben« eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, wandte der bayrische Verkehrsminister sich mit guten Gründen gegen das auf Unterdrückung des *Süddeutschen Eisenbahnerverbandes* gerichtete Verlangen der Zentrumsanhänger. Es koste ihn, so meinte der Minister, nur einen Federstrich, um den Verband zu unterdrücken. Aber ein vorsichtiger Mann müsse sich doch auch fragen, was er denn mit einer solchen Maßregel erreiche, ob die Wirkung erzielt werde, die man sich davon verspreche. Und nach dieser Richtung käme er nach eingehender Erwägung aller Verhältnisse zu einem verneinenden Ergebnis; er verspreche

sich nicht, daß durch eine solche Maßregel die Sozialdemokratie ausgerottet oder die sozialistische Idee, soweit sie unter dem Verkehrspersonal bestehe, wesentlich eingeengt werde. Was erreicht werde, sei einzig das, daß die Bewegung, die heute offen vor aller Augen liege, in geheime Zirkel gedrängt werde, und daß dann die Radikalen die Oberhand gewönnen. Siehe Preußen! hätte der bayrische Minister hinzufügen können.

Inzwischen ist mit dem ersten parlamentarischen Ministerium auch in Bayern ein anderes Regiment eingezogen. Der *Süddeutsche Eisenbahnerverband* wird unterdrückt, obgleich er zum Beweis seiner Ungefährlichkeit nach Ansicht vieler Arbeiter über die Grenze des Zulässigen hinausgegangen ist. Ausdrücklich verwarf der Verband das Streikrecht, und doch verlangt das ultramontane Parteiregiment in Bayern ganz nach preußischem Muster von jedem Neuling im Eisenbahnbetrieb eine Erklärung des Inhalts, daß er die verfeimte Organisation meiden werde.

Es drängt sich die Frage auf, was eine Arbeiterorganisation gegen solche Gewaltmaßnahmen zu tun hat. Was rein sachlich in solchem Fall geschieht, hat Minister von Frauendorfer in der eben erwähnten Rede angedeutet. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hätte sich nicht durchsetzen, hätte im Kampf mit der Staatsgewalt und dem Unternehmertum nicht ihre heutige Größe erlangen können, wenn ihre Anhänger das Verlangen der Unternehmer sich der Organisation fernzuhalten erfüllt hätten. Wo man die Kraft in sich fühlte, kämpfte man um Anerkennung der Organisation, wo man zu schwach war, versprach man dem Unternehmer alles, was er verlangte, und tat doch, was man für gut hielt. Daß man zu solchem Mittel greifen mußte, war bedauerlich. Aber es ließ sich rechtfertigen. Der Arbeiter hat mit peinlicher Gewissenhaftigkeit Verträge zu erfüllen, wenn der Unternehmer desgleichen tut, wenn er die Organisation anerkennt, wenn er dem Arbeiter das selbe Recht der Koalition zubilligt, das er für sich in Anspruch nimmt. Doch wenn der Unternehmer durch Mißbrauch seiner wirtschaftlichen Macht ein Gewaltverhältnis herbeiführt, muß er auch die Folgen dieses Zustands tragen. Der Arbeiter fühlt sich dann der nicht erzwingbaren Verpflichtungen ledig. Der alte Urstand der Natur kehrt wieder.

So schlimm das Verhalten des Privatunternehmers in solchem Gewaltverhältnis ist, so kann man, wo das Organisationsrecht des Arbeiters nicht gesetzlich geschützt ist, doch sagen, daß sich hier so leicht kein Dritter einmischen wird. Der Arbeiter wendet alle Mittel an, um seiner Organisation zur Anerkennung zu verhelfen, und, wie die Erfahrung lehrt, ist es nur eine Frage der Zeit, daß auch der halsstarrigste Unternehmer auf die Bahn besserer Gesittung geleitet, daß er von der Nutzlosigkeit seines bisherigen Unterfangens überzeugt wird. Anders aber, wenn der Staat in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber das Koalitionsrecht nicht anerkennen will. Mit Recht meinte der bayrische Minister in seiner mehrfach erwähnten Rede, daß im Kampf um die Organisation ein Privatbetrieb doch noch ganz andere Mittel gegen die Arbeiter hätte als der Staat, auf den durch die Presse, die öffentliche Meinung, den Landtag usw. in viel stärkerem Maß zugunsten des Personals eingewirkt werde als es beim Privatbetrieb der Fall sei, der nach dieser Richtung hin ziemlich unabhängig ist. In der Tat treten bei einem von

Trägern der Staatsgewalt begangenen Unrecht viel stärkere Mächte in Wirksamkeit als bei einer privaten Verfehlung. Mögen die physischen Machtmittel in dem für das Recht der Schwachen geführten Kampf sich vorerst auch noch weniger ausgiebig erweisen als wenn es sich, wie in unserm Beispiel, um das Eintreten für Arbeiter in Privatbetrieben handelt, die moralischen Machtmittel wirken hier von der Parlamentstribüne, vom Redaktions-tisch aus um so stärker. Noch nie haben bei einem gesunden, nicht dem Zerfall überantworteten Volk diese Machtmittel versagt, und sie werden in Preußen-Deutschland zum Ziel führen, wie sie in unseren westlichen Nachbarländern die Träger der Staatsgewalt zur Anerkennung der Gewerkschaften und zur Aufstellung des Grundsatzes von der Gleichberechtigung auch der sozialistischen Weltanschauung gezwungen haben.

Die Gesundheit des deutschen Volkes tritt im vorliegenden Fall darin zutage, daß sich auch unter den Eisenbahnern tapfere Pioniere finden, die ungeachtet aller Gefahren ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllen und in dem von oben geübten Zwangsregiment nur einen Ansporn zum Ausharren und zur Sondierung ihrer Kameraden erblicken. Diese Tatsache ist der Regierung bekannt, und die alle Augenblicke veröffentlichten Warnungen vor dem Beitritt zur Gewerkschaft zeugen von der Unsicherheit der Behörde und ihrer Nervosität, die ja noch am Ende der letzten Landtagssession drastisch zum Ausdruck kam, als der preußische Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus von neuem gewahr geworden war, daß der Sozialdemokrat Leinert nur infolge enger Verbindung mit Eisenbahnern seine Anklagen gegen das staatliche Bevormundungssystem hatte erheben können. Wie nun überhaupt die Glanztage dieses Systems vorüber und die Behörden innerlich längst von der Nutzlosigkeit ihres Mühens überzeugt sind, so kann auch im Eisenbahnbetrieb der bestehende Kriegszustand nicht ewig währen. Auf irgendeine Weise wird und muß zwischen den Staatsarbeitern und ihrem Unternehmer ebenso ein auf Gleichberechtigung begründetes Verhältnis herbeigeführt werden, wie wir es jetzt schon in zahlreichen Privatbetrieben auf Grund von Tarifverträgen vor uns haben. Ob ein solches Verhältnis sich auf der selben Grundlage aufbauen läßt, steht dahin und ist auch nicht von besonderm Belang, wenn nur das wesentlichste erreicht wird, nämlich, daß der staatliche Arbeitgeber mit der Gewerkschaft als der ordentlichen Vertretung der Arbeiter verhandelt und auf die von ihr im Namen der Arbeiter vorgebrachten Beschwerden eingeht.

Als Angelpunkt der schwebenden Frage wird von den Vertretern der Staatsgewalt das **Streikrecht** hingestellt. Zwar ist ihnen das ganze, gern mit *sozialdemokratischen Umtrieben* identifizierte Streben nach **Unabhängigkeit**, das in der freien Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt, ein Greuel. Aber immer kommen in Preußen und Sachsen und jetzt auch in Bayern die Minister und Regierungskommissare darauf zurück, daß sie in der Obsorge für die gesamte Bevölkerung die Pflicht hätten einem Ausstand im Eisenbahnbetrieb vorzubeugen, und daß daher in diesem Betrieb Anhänger einer Gewerkschaft, die das Streikrecht beanspruche, unmöglich seien.

Von dem Recht auf Ausstand ist nun freilich in der Theorie keine freie Gewerkschaft abgegangen. In der Praxis aber beseitigt jeder Tarifvertrag

das Ausstandsrecht, wenn auch nur für die Dauer der Vertragsgeltung und für den Fall, daß kein auf den Vertrag verpflichteter Unternehmer wortbrüchig wird. Aber immerhin ist durch den Tarifvertrag die Streikfreiheit eingeengt worden, und weil das Prinzip preisgegeben werde und auch der Klassenkampfstandpunkt seine abstrakte Geltung verliere, waren denn ja auch zu der Zeit, als die ersten dieser Verträge geschaffen wurden, besonders prinzipienfeste Parteigenossen Feuer und Flamme gegen diese, eines sozialdemokratischen Arbeiters unwürdige Versimpelung. Aber wie immer, so ging auch in diesem Fall die Weltgeschichte über das Prinzip zur Tagesordnung über, und die Tarifverträge mit der Einengung des Streik- und Aussperrungsrechts bürgerten sich ein. Nun vergibt eine Gewerkschaft sich dem Staat als Arbeitgeber gegenüber meiner Meinung nach nichts, wenn sie, falls sonst Vorteile für die in Betracht kommenden Arbeiter errungen werden können und das Streikrecht nur noch als Doktrin eine Bedeutung hat, in der Frage der Einengung dieses Rechts unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse mit sich reden läßt. Tatsächlich haben die staatlichen Eisenbahner ja ohnedies in Deutschland das Streikrecht noch nicht in Anspruch genommen, und man sollte meinen, daß ein der organisierten Arbeiterschaft zugänglich gemachter Arbeitgeber erst recht nicht in die Lage käme bestreikt zu werden.

Dies Stück Zukunftsmusik habe ich angestimmt, um zu zeigen, daß auf den organisationsfeindlichen Arbeitgeber von heute das bekannte Wort zutrifft, daß man mit Bajonetten viel ausrichten, aber nur nicht sich darauf zur Ruhe setzen kann. Der Staat bestreitet den Arbeitern in seinem Dienst ja schon um deswillen das Koalitionsrecht, weil die Staatsbetriebe keine Gewerbebetriebe darstellten. Nur den gewerblichen Arbeitern sei aber das Streikrecht von Gesetzes wegen zugebilligt, und schon aus diesem Grund habe der Staatsarbeiter auf den Streik ein für allemal zu verzichten. Wie gequält eine solche Beweisführung ist, braucht hier nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Sie hat in der Praxis auch gar keine Bedeutung. In Rußland war nicht nur den Beamten und Staatsarbeitern sondern auch den gewerblichen Arbeitern von Gesetzes wegen das Streiken untersagt, und doch wurde, als die Not keinen andern Ausweg übrig ließ, in den Revolutionstagen des Jahres 1905 von der deutschen bis zur chinesischen Grenze der Generalstreik unterschiedslos in Staats- wie in Privatbetrieben durchgeführt. Als dann, nebenher bemerkt, auch in die Reihen des deutschen Proletariats Stimmen hineinschallten, die mit Vehemenz das russische Beispiel als ein möglichst bald nachzuahmendes Universalrezept anpriesen, kam von maßgebender gewerkschaftlicher Seite eine äußerst kühle Abweisung, und bei der kritischen Haltung ist es dem Generalstreikgedanken gegenüber denn ja auch bis jetzt geblieben: ein Zeichen dafür, daß trotzallem deutsche Zustände ja wohl keine russischen Zustände sind. Diese Gegenüberstellung soll zeigen, daß der Eisenbahnerstreik keine Sache ist, die sich durch irgend beliebige *Hetzer* ins Werk setzen läßt, daß aber auch keine Macht der Welt ihn verhindern kann, wenn die Voraussetzungen für ihn einmal eintreten sollten. Kommt es im Deutschen Reich oder einem der Bundesstaaten zu politischen oder wirtschaftlichen Zuständen, die dem Eisenbahnarbeiter den Streik nahelegen, dann wird der Ausbruch um so heftiger werden, je weniger die Teilnehmer durch die Schule der Organisation gezügelt sind. Denn daß das

Kampffieber gerade unorganisierte, systematisch unter Zwang gehaltene Arbeiter besonders aufwirbelt, lehrt die Erfahrung, und das ist auch im Verkehrsgewerbe bei den Streiks der Berliner Straßenbahner im Jahr 1900 und der Hamburger Hochbahnangestellten im Februar dieses Jahres deutlich genug hervorgetreten. Schon aus diesem Grund ist, gerade vom Standpunkt der Staatsautorität und der allgemeinen staatlichen Fürsorgepflicht aus betrachtet, nichts törichter als das Streben durch Verhinderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den Streikgedanken abtöten zu wollen.

Man kann ruhig behaupten, daß ein Ausstand der im Staatsdienst tätigen Verkehrsarbeiter um so weniger zu befürchten ist, je ungehinderter sich unter diesen Arbeitern der Organisationsgedanke befestigen kann. In dieser Hinsicht handeln die in Betracht kommenden Gewerkschaften im allgemeineren Interesse der Bevölkerung, wenn sie mit Eifer und Umsicht in der Agitation unter den Staatsarbeitern fortfahren und so diesen Arbeitern Schulung, den Trägern der Staatsgewalt Achtung vor der Organisation beibringen. Es kostet gewiß noch manches Opfer, aber dem allgemeinen Gesetz der Entwicklung wird sich aller prinzipieller Unentwegtheit zum Trotz auch in Deutschland der Staat als Arbeitgeber beugen müssen. Um so mehr als er sieht, daß in dieser Hinsicht auch sein Widerpart durchaus nicht unzugänglich ist.

XX EDMUND FISCHER · KRIEG UND SOZIALDEMOKRATIE

IN allen ihren offiziellen Äußerungen verwirft heute die deutsche Sozialdemokratie den Krieg an sich, also jeden Krieg, das heißt ganz allgemein jeden Kampf mit den Waffen. Eine »Barbarei und Schande für die Menschheit« werden in dem am 1. März dieses Jahres veröffentlichten Manifest gegen die Rüstungen, das von den sozialdemokratischen Parteivorständen und Parlamentsfraktionen Deutschlands und Frankreichs unterzeichnet ist, die »Entscheidungen auf dem Weg der Gewalt« genannt. Das ist die Bekämpfung des Krieges aus rein ethischen Motiven. Nur vom Standpunkt der Ethik kann man ja auch zu einer so radikalen Ablehnung des Krieges kommen, während sich nicht nur der eine oder andere, sondern fast jeder Krieg von ökonomischen und politischen Gesichtspunkten aus rechtfertigen läßt. Indem aber nun die Sozialdemokratie in ihrer Stellungnahme zum Krieg die Weisungen von der Ethik empfängt, gibt sie den marxistischen Standpunkt preis: die ökonomische Notwendigkeit, mit der die Kriege aus der kapitalistischen Gesellschaft entspringen sollen, hat dem sittlichen Ideal Platz gemacht.

Das festzustellen ist von großer Bedeutung; namentlich auch gerade im Interesse der Freiheit des wissenschaftlichen Forschens innerhalb der Partei. Genosse Maurenbrecher hatte vor einigen Monaten im *Freien Wort* einen Artikel *Die Demokratie und der Krieg* veröffentlicht und darin unter anderm ausgeführt, »daß für Staaten und Staatsformen, die noch nicht zur Vollendung gekommen sind, die den natürlichen Grad ihrer Ausreifung noch nicht erreicht haben, der Krieg und auch der Eroberungskrieg eine unbe-

dingte Notwendigkeit ist. ... Der Krieg ist nicht nur Schrecken und Tod. Er ist oft genug auch die Ermöglichung einer höhern Organisationsform der Menschheit und ist damit gut und liegt in der Linie des menschlichen Fortschritts. Und wenn dem so ist, so muß er gewollt werden.« Wegen dieses Aufsatzes wurde Maurenbrecher auch innerhalb der Sozialdemokratie heftig angegriffen; es wurde von ihm gesagt, er habe mit dieser Anschauung nur von neuem bekundet, daß er kein Sozialdemokrat sei, nicht in die sozialdemokratische Partei gehöre. Und doch hat Maurenbrecher nur einer Auffassung Ausdruck verliehen, die Marx und Engels stets vertreten haben.

Nach der marxistischen Theorie ist das »Heerwesen unserer Tage auf das innigste verwachsen ... mit der heutigen Wirtschaftsweise, die ohne stehendes Heer nach innen und nach außen, als Deckung gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und als Kampfmittel gegen den fremdländischen Wettbewerb, nicht auszukommen vermag«, und die politische Entwicklung hat »das ewige Rüsten zum Zwangsgesetz des modernen Staates gemacht¹⁾. Danach wäre es Torheit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die stehenden Heere beseitigen, die Kriege überwinden zu wollen, da ohne diese die heutige Gesellschaft ja gar nicht bestehen könne. Erst wenn »die Weltwirtschaft solche Dimensionen« angenommen hat, wenn die »internationalen wirtschaftlichen Beziehungen so enge« geworden sind, »daß damit die Grundlage erwächst, auf der nach Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Überwindung der nationalen Gegensätze« möglich ist, dann erst wird auch das »Aufhören der Kriege und der Kriegsrüstungen, ewiger Friede unter den Völkern möglich« sein.²⁾ Da wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft leben, von der Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln noch sehr weit entfernt sind, wäre es sinnlos, daß die Sozialdemokratie so große Anstrengungen macht den Kriegen und Kriegsrüstungen Einhalt tun zu wollen, wenn sie noch auf dem Boden der marxistischen Anschauung stände. Oder sollen die großen Demonstrationen und kostspieligen Kämpfe gegen die Kriege und den Militarismus lediglich einen agitatorischen Zweck haben?

Marx und Engels konnte es auch von ihrem Standpunkt aus gar nicht einfallen den Krieg an sich zu verwerfen. Sie haben in der *Neuen Rheinischen Zeitung* auch nicht nur »zum allgemeinen Krieg des revolutionären Europas gegen den großen Rückhalt der europäischen Revolution in Rußland« aufgerufen³⁾, sondern sie sind für jeden Krieg eingetreten, von dem sie sich einen Vorteil für die demokratische Entwicklung versprachen. »Gegen ihre besten Freunde, die englischen und französischen Demokraten«, sagen Marx-Engels in der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 14. Februar 1849, hätten sie von jeher die Theorie der allgemeinen Volksverbrüderung bekämpft, die ohne Rücksicht auf die historische Stellung, auf die gesellschaftliche Entwicklungsstufe der einzelnen Völker weiter nichts wollen als ins Blaue hinein verbrüdern. Die Schwärmerei von allgemeiner Völkerverbrüderung und ewigem Weltfrieden nach der Revolution des Februar und März seien weiter nichts gewesen als »Verhüllungen der grenzenlosen Ratlosigkeit und Tatlosigkeit

¹⁾ Siehe Kautsky und Schoenlank *Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm* / Berlin 1892 /, pag. 38.

²⁾ Siehe Kautsky *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung* / Stuttgart 1906 /, pag. 144.

³⁾ Siehe Marx und Engels *Gesammelte Schriften 1841 bis 1890*, 3. Band / Stuttgart 1902 /, pag. 13.

der damaligen Wortführer«. Die europäische Völkerverbrüderung werde nicht durch bloße Phrasen sondern nur durch gründliche Revolutionen und blutige Kämpfe auf dem Schlachtfeld zustande kommen.

Der Krieg gegen Rußland war das *Ceterum censeo* der *Neuen Rheinischen Zeitung*. Aber auch im dänischen Krieg sahen Marx-Engels einen Revolutionskrieg, und sie haben sich, wie sie am 7. und 9. September 1848 in der *Neuen Rheinischen Zeitung* schreiben, »von Anfang an für energische Führung des dänischen Krieges erklärt«. Sie spotten über die »feige Bourgeois-natur«, weil die Frankfurter Nationalversammlung nicht den Mut hatte den Waffenstillstand zu verwerfen, um »die schon in Polen preisgegebene Ehre Deutschlands in Schleswig-Holstein« auszulösen und den Krieg gegen Preußen, England und Rußland zu führen. »Gerade solch ein Krieg tut der eingeschlummerten deutschen Bewegung not; ein Krieg gegen die drei Großmächte der Kontrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland wirklich aufgehen, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichsten Bedürfnis macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, ... ein Krieg, der das Vaterland in Gefahr bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Sieg der Sozialdemokratie abhängig macht.« Und sogar auf einen Weltkrieg setzen Marx und Engels ihre Hoffnungen, wie aus der letzten Nummer des Jahres 1849 und der Neujaahrsnummer 1849 der *Neuen Rheinischen Zeitung* zu ersehen ist. Das alte England, wird da gesagt, könne nur gestürzt werden durch einen Weltkrieg, »der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu erfolgreichen Erhebungen gegen ihre riesengroßen Unterdrücker bieten kann«. Der nächste Weltkrieg werde nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er werde auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. »Und das ist auch ein Fortschritt.«

Die »Entscheidungen auf dem Weg der Gewalt« waren für Marx und Engels keine »Barbarei und Schande für die Menschheit«; sie waren ihnen vielmehr Notwendigkeiten, um zu einer »höhern Organisationsform der Menschheit« zu gelangen, wie Maurenbrecher nun sagt; der Krieg war »damit gut« und lag »in der Linie des menschlichen Fortschritts«.

Die politischen Verhältnisse haben sich seit Marx und Engels' Zeiten freilich geändert. Aber mit den selben Argumenten, mit denen diese beiden Vorkämpfer der Sozialdemokratie für bestimmte Kriege eintraten, lassen sich heute noch die meisten Kriege rechtfertigen. Die Demokraten der Balkanstaaten sahen im Krieg gegen die Türkei eine Notwendigkeit, im Interesse der Demokratie. Und auch die von den sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland ausgegebene Parole *Der Balkan den Balkanvölkern!* enthält (wenn auch ungewollt) eine Rechtfertigung des Krieges. Indem man aber auch nur einen Krieg, und sei es den letzten, heiligen Krieg, den Bürgerkrieg, die Revolution, rechtfertigt, erkennt man alle Kriege als berechtigt an. Denn gegen den Krieg und den Militarismus kann man grundsätzlich nur kämpfen, wenn man ihn grundsätzlich aus ethischen Gründen verwirft. Auf diesem Standpunkt ist die Sozialdemokratie heute angelangt. Lassalle hat die »Entscheidungen auf dem Weg der Gewalt« so wenig verworfen wie Marx und Engels; das ist aus seiner Broschüre über den italienischen Krieg deutlich zu ersehen. Der Unterschied zwischen Marx-Engels und

Lassalle, meint Mehring, habe nur darin bestanden, daß Lassalle vom Standpunkt der deutschen, Marx und Engels vom Standpunkt der europäischen Revolution aus geurteilt hätten.⁴⁾

Die Anschauungen von Marx-Engels und Lassalle lebten auch noch lange in der Sozialdemokratie fort. Aber allmählich traten die ethischen Motive gegen den Krieg stärker hervor. Beim Ausbruch des Krieges von 1870 hat zwar die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie in Chemnitz am 17. Juli 1870 eine Resolution angenommen, wonach die Versammlung nur »gegen jeden nicht im Interesse der Freiheit und Humanität geführten Krieg als einen Hohn auf die moderne Kultur« protestiert. Aber alle anderen Versammlungen in Deutschland, die von Sozialdemokraten einberufen waren, erklärten Gegner jedes Krieges zu sein. Und Wilhelm Liebknecht, der eine Niederwerfung Rußlands durch einen Krieg und die Wiederherstellung Polens stets für notwendig hielt, hat gleichwohl im *Volksstaat* den Krieg ganz allgemein vom ethischen Standpunkt aus bekämpft.

Marx' und Engels' Stellungnahme zum Krieg ist klar, verständlich und konsequent. Sie traten für jeden Krieg ein, von dem sie sich einen Nutzen für die Demokratie, den Fortschritt der Menschheit versprachen. Nach ihrer Theorie sind die Kriege auch nicht zu beseitigen, solange es eine kapitalistische Gesellschaft, ein Eigentum an den Produktionsmitteln gibt. Von einer Friedensbewegung innerhalb der heutigen Gesellschaft wollten sie deshalb auch nichts wissen, weil sie ja aussichtslos war. Bebel hat diese marxistische Auffassung noch auf dem Parteitag in Halle im Jahr 1890 vertreten, wo er sagte: »Ich halte die Bestrebungen der sogenannten *Friedensfreunde* auf allgemeine Abrüstung für aussichtslos, weil es überhaupt nicht denkbar ist, daß die rivalisierenden Militärstaaten dazu übergehen könnten gesetzliche Bestimmungen über die Abrüstung zu vereinbaren; aber selbst wenn derartige Bestimmungen getroffen würden, dann wird mit Notwendigkeit jede Regierung heimlicherweise dieselbe zu umgehen suchen, um im Kriegsfall dem Gegner mit größerer Macht gegenüberzutreten zu können.« Der Krieg und die Nationalitätenfeindschaft, so führte Bebel in der Session 1889-1890 im Reichstag bei der Beratung des Militäretats aus, sei ein notwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft und der in ihr existierenden Klassengegensätze. Sie können keine Verbrüderung der Nationalitäten wollen, sie müssen notwendig auf die Völkerverhetzung hinarbeiten. Mit dieser Auffassung steht die Forderung der »Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Weg« im sozialdemokratischen Parteiprogramm und mehr noch die heutige Friedensbewegung der Sozialdemokratie im krassen Widerspruch, der nur dadurch erklärt wird, daß die Partei den marxistischen Standpunkt verlassen hat.

Die internationalen Streitigkeiten kann man ganz unmöglich auf schiedsgerichtlichem Weg schlichten, wenn die bürgerliche Gesellschaft keine Verbrüderung der Nationen wollen kann, wenn sie notwendig den Krieg wollen muß, wenn der Krieg ein notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft wäre. Indem die Sozialdemokratie an die bürgerliche Gesellschaft die Forderung richtet die internationalen Streitigkeiten

⁴⁾ Siehe Mehrings Anmerkungen zu Lassalles Briefen an Karl Marx und Friedrich Engels 1849 bis 1862 / Stuttgart 1902 /, pag. 207.

auf schiedsgerichtlichem Weg zu schlichten, nimmt sie schon an, daß das in der heutigen Gesellschaft möglich, daß der Krieg kein notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaft ist, daß ein ethisches Postulat sich als stärker erweisen kann als die materiellen Triebkräfte. Nicht mehr durch eine internationale Revolution, durch »blutige Kämpfe«, auf dem »Schlachtfeld«, wie Marx und Engels in der *Neuen Rheinischen Zeitung* schrieben, soll die Verbrüderung der Nationen, der ewige Frieden erreicht werden, nicht mehr durch »Entscheidungen auf dem Weg der Gewalt«, die als »Barbarei und Schande für die Menschheit« verworfen werden, sondern auf dem Weg der Verhandlungen, der schiedsgerichtlichen Regelung. Nur aus dieser Auffassung heraus ist auch die heutige Friedensbewegung der Sozialdemokratie verständlich. Die Sozialdemokratie ist im Parlament eine Minorität, durch ihre politische Macht kann sie Kriege und Kriegsrüstungen nicht verhindern. Daher ist sie bestrebt die Massen ethisch gegen die Kriege im allgemeinen zu beeinflussen und so jeden Krieg unpopulär zu machen, weil keine Regierung so leicht einen unpopulären Krieg wagen würde. In allen Ländern gleichzeitig die Massen ethisch gegen den Krieg an sich zu beeinflussen war aber von jeher die Aufgabe der von den Sozialdemokraten so oft verspotteten *Friedensfreunde*. Diese Aufgabe wird nun von der Sozialdemokratie erfüllt. Damit setzt sie an die Stelle des ökonomischen Gesetzes das sittliche Ideal als Leiterin ihrer internationalen Aktionen.

ARTHUR SCHULZ · PREUSSISCHE DOMÄNENPOLITIK

I

PREUSSEN besitzt weite landwirtschaftlich genutzte Staatsländereien. Im Jahr 1911 verfügte es über rund 1400 Domänenvorwerke im Gesamtumfang von 440 378 Hektar, von denen 387 127 Hektar (also rund 85 %) in den östlichen Provinzen lagen. Wie dieser wertvolle Schatz verwaltet und genutzt wird, ob er vermehrt oder vermindert werden soll, und ob die Verminderung durch Verkäufe an Großlandwirte zu ungeteilter Bewirtschaftung in großen oder durch Aufteilung an Bauern und Landarbeiter zur Bewirtschaftung in Klein- und Mittelbetrieben zu geschehen hat, waren in Preußen seit Jahrzehnten Fragen von erheblicher Wichtigkeit. In unserer Zeit der Landflucht, des übermäßigen Großstädtewachstums, des raschen Geburtenrückgangs besonders in den Städten der Fleischfeuerung, der Masseneinwanderung slawischer Saisonarbeiter und der Versuche diese Übel durch innere Kolonisation zu mildern haben die Fragen der Domänenverwaltung und -politik an Bedeutung noch gewonnen. Mehr als je zuvor sind sie infolgedessen Gegenstand der öffentlichen Erörterung, des Streits der Parteien, auf der äußersten Rechten und Linken auch des Streits innerhalb der Parteien geworden. Ein Versuch das Problem der preußischen Domänenpolitik kurz zu erörtern dürfte jetzt, bei der Neuwahl des Abgeordnetenhauses, vielleicht willkommen sein.

Eine einheitlich durchdachte großzügigere Domänenpolitik konnte in Preußen erst mit dem Beginn dieses Jahrhunderts einsetzen. Denn bis dahin

waren die Domänen in den 7 alten Provinzen für eine Kriegsschuld von 45 Millionen Taler verpfändet. Sie konnten daher nur nach umständlichen Entpfändungsformalitäten verkauft werden. Und da auch der Erlös der Haftung für die Staatsschuld unterlag, standen der Regierung zum Erwerb neuer Güter lediglich die Domänen- und Forstveräußerungsgelder aus den neuen Provinzen zur Verfügung. Das änderte sich, als am 31. Dezember 1899 die Haftung der Domänen erlosch. Von der freien Verfügung, die die Regierung mit Beginn dieses Jahrhunderts über ihren gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitz erlangte, machte sie im 1. Jahrzehnt einen in einem bestimmten Punkt sehr bedauerlichen Gebrauch. Sie begann nämlich in der Provinz Sachsen einen Teil der rund 150 Vorwerke mit 52 000 Hektar, die sie dort besaß, zu verkaufen und aus dem Erlös im Osten größere Flächen zu kaufen. Sie begründete ihr Vorgehen damit, daß die technisch hochstehende Landwirtschaft der Zuckerrübenprovinz des Vorbilds der Domänen nicht mehr bedürfe, und daß es ferner schwierig sei sie vorteilhaft zu verpachten, weil durch die Höhe des Betriebskapitals, das zu ihrer Übernahme erforderlich sei, die Zahl der Pachtbewerber eingeschränkt und wegen Fehlens konkurrierender Mitbieter der Pachtpreis oft gedrückt werde. Der Hauptgrund des 1900 eingeschlagenen neuen Kurses der preußischen Domänenpolitik war jedoch die Annahme, daß in der Provinz Sachsen bereits der Kulminationspunkt der Bodenpreissteigerung erreicht wäre, während im Osten, wo das Land damals noch billig war, noch auf eine Steigerung der Grundstückspreise gerechnet werden könnte. Die an sich billigsenswerte Absicht den Fiskus an der erwarteten Grundwertsteigerung im Osten durch rechtzeitigen Domänenenerwerb teilnehmen zu lassen und ihm die Geldmittel zur Durchführung dieser Bodenspekulation durch Verkauf provinzsächsischer Domänen zu verschaffen hätte sich aber auch dadurch verwirklichen lassen, daß man eine Anzahl sächsischer Domänen der in dieser Provinz sehr nötigen innern Kolonisation dienstbar gemacht hätte. Statt dessen verkaufte die Regierung allein in den beiden ersten Jahren dieses Jahrhunderts 5 provinzsächsische Domänen in Größe von 3145 Hektar ungeteilt an Private (meistens an die bisherigen Pächter) zur Weiterbewirtschaftung im Großbetrieb. Auch von den 22 Domänen, die im Jahrzehnt 1902 bis 1912 durch Kauf in das Privateigentum von Großlandwirten übergingen, entfiel etwa die Hälfte auf die Provinz Sachsen.¹⁾ Aus ihrem Erlös und unter Verwendung der 125 Millionen Mark, die der Regierung durch die Gesetze vom 1. Juli 1902 und 20. März 1908 zu Domänenankäufen in gemischtsprachigen Gegenden zur Verfügung gestellt waren, wurden ausgedehnte Ländereien im Osten und in Nordschleswig erworben. Auf diese Weise wurde die nutzbare Domänenfläche von 336 542 in 1899 auf 440 378 in 1911 gesteigert. In den 7 östlichen Provinzen betrug der Mehrerwerb in diesem Zeitraum rund 100 000 Hektar.

Allmählich stellten sich jedoch starke Zweifel an der Zweckmäßigkeit der seit 1900 eingeschlagenen Domänenpolitik ein. Die Zweifel bezogen sich besonders darauf, ob die bisherige Nutzungsmethode (Verpachtung auf 18 Jahre in öffentlicher Lizitation, wobei die Domänenverwaltung sich die Auswahl des ihr genehmen Pächters unter den 3 Meistbietenden vorbehält, in ganz seltenen, zurzeit nur in 9, Fällen Selbstbewirtschaftung im Groß-

¹⁾ Nach Angaben der Landwirtschaftsminister von Podbielski bei der Beratung des Domänenetats 1902 und von Schorlemer bei der selben Gelegenheit 1913.

betrieb) die richtige wäre, oder ob eine umfangreiche Zerschlagung geeigneter Vorwerke in Klein- und Mittelbesitz den Vorzug verdiente. Zu solchen Zweifeln gab vor allem der geringe finanzielle Ertrag der Domänen Anlaß. Auf Grund der amtlichen Übersichten über die Erträge der Domänen in den einzelnen Regierungsbezirken ergibt sich hierüber folgendes interessante Bild, das auch einen Einblick in die Landankaufs- und -verkaufspolitik der Regierung gestattet:²⁾

Regierungsbezirk respektive Provinz	Zahl der Domänenpachtungen		Nutzbare Fläche (in Hektar)		Pachtertrag pro 1 Hektar (in Mark)							
	1869	1912	1869	1912	1869	1879	1891	1899	1906	1907	1911	1912
Königsberg	42	23	15864	14016	17,89	23,48	24,48	22,54	25,20	25,58	26,06	26,17
Gumbinnen	70	36	29068	25853	14,14	15,92	17,70	17,12	19,12	19,16	20,09	20,45
Allenstein	—	50	—	27592	—	—	—	—	14,72	14,90	18,15	18,80
Danzig	12	62	3655	25403	28,13	33,22	30,15	28,07	22,63	24,43	31,53	32,53
Marienwerder	36	103	15743	44488	17,68	25,42	27,60	23,13	25,88	28,32	31,88	33,24
Posen	58	71	18620	33869	17,12	20,27	20,62	19,89	26,17	27,71	26,56	32,95
Bromberg	26	31	9783	14637	19,04	21,14	20,26	21,46	27,31	31,55	30,34	37,30
Stettin	64	49	28183	26644	24,15	27,19	28,31	25,21	23,87	24,11	25,65	26,04
Köslin	16	25	6246	12055	20,06	27,59	23,07	22,81	19,15	19,01	22,70	23,40
Stralsund	79	62	30237	25259	29,94	31,49	29,78	27,80	26,78	27,32	29,12	29,23
Breslau	59	26	19135	14777	24,84	34,68	45,19	41,78	32,46	32,46	32,47	33,87
Liegnitz	10	7	2080	2900	23,83	41,71	42,50	31,55	31,50	34,30	30,44	31,27
Oppeln	33	48	8030	20643	17,48	27,32	35,65	33,42	33,62	36,10	38,46	39,21
Potsdam	60	34	24493	22789	24,06	30,43	30,59	25,43	24,53	24,94	26,56	27,17
Frankfurt (Oder)	83	51	30413	28576	28,57	37,11	37,69	32,63	31,45	31,56	30,34	30,38
Magdeburg	79	48	33341	26210	47,66	78,37	91,80	90,63	87,36	88,23	91,87	92,58
Merseburg	62	35	18643	16820	40,65	60,17	75,63	73,43	66,43	65,85	67,07	67,33
Erfurt	17	13	3719	2963	33,10	43,78	39,82	35,56	35,53	35,19	35,63	35,82
7 östliche Provinzen	806	776	249252	388314	31,18	35,63	38,95	36,48	32,44	32,36	36,28	36,34
Schleswig-Holstein	3	39	303	6487	21,65	63,79	72,68	85,69	43,31	43,61	42,75	42,95
Hannover	198	158	35547	31488	36,56	52,15	56,59	63,97	64,62	64,86	67,22	67,92
Westfalen	5	3	1958	1510	29,45	22,87	19,05	19,94	25,89	26,51	26,65	27,80
Hessen-Nassau	136	75	16039	12597	42,15	45,66	48,56	48,23	49,13	49,03	50,99	52,45
Rheinprovinz	0	7	0	970	0	0	0	0	0	31,16	31,80	32,55
Preußischer Staat	1148	1050	303099	439459	26,51	37,87	41,14	39,75	35,73	35,86	37,82	38,33

Ihren Höhepunkt erreichte die Rentabilität der preußischen Domänen 1887, in welchem Jahr pro Hektar ein durchschnittlicher Pachtertrag von 42 Mark erzielt wurde. Aber infolge der Agrarkrise setzte bei den alljährlichen Neuverpachtungen schon Anfang der achtziger Jahre der Niedergang ein. Zunächst ergaben sich Mindererträge nur bei den Neuverpachtungen der Getreidebaudomänen in den Ostprovinzen; seit 1894 wurden aber auch in den sächsischen und südhannoverschen Rübenbaubezirken geringere Pachtpreise als 18 Jahre vorher erzielt. Infolge dieses von Osten nach Westen fortschreitenden Niedergangs sank die auf 1 Hektar bezogene durchschnittliche Domänenpachtrente zuerst, seit Ende der achtziger Jahre, in den Ostprovinzen. Seit Ende der neunziger Jahre ist sie aber auch in den Rüben-

²⁾ Siehe die Etats der Domänenverwaltung in den Anlagen zu den Staatshaushaltsetats der betreffenden Jahre

bauprovinzen Sachsen und Schlesien in konstantem Niedergang begriffen. In dem Maß, wie die vor dem Tiefstand der Getreidepreise vereinbarten höheren Pachtschillinge allmählich fortfallen und durch niedrigere ersetzt werden, fällt die im Durchschnitt aller preußischen Staatsdomänen erzielte Pachtrente von Jahr zu Jahr, um 1906 und 1907 mit 35,73 und 35,86 Mark ihren tiefsten Stand zu erreichen. Seither steigt sie wieder langsam, hat aber 1911 mit 37,82 Mark noch nicht einmal das Niveau von 1879 erreicht und bleibt auch 1912 mit 38,33 Mark noch weit hinter dem Stand von 1891 zurück. Denkt man an die vielen Millionen Mark, die der preußische Staat auf seinen Domänen in Bauten und Meliorationen investiert hat³⁾, so muß dieser Pachtertrag als bedauerlich gering bezeichnet werden. Es verzinst sich denn auch kein anderer Bestandteil des werbenden Staatsvermögens so schlecht wie das in Domänen angelegte Staatskapital. Im Jahr 1911 stellte Professor Aereboe, eine bekannte Autorität im landwirtschaftlichen Taxwesen, im Auftrag des Landwirtschaftsministers den Gesamtwert von 1180 preußischen Domänen auf 507½ Millionen Mark und den durchschnittlichen Wert eines Hektars Domänenareal auf 1160 Mark fest. Von dieser Schätzung ausgehend berechnete er, daß die preußischen Staatsgüter eine Nettoverzinsung von nur 2,73 % erreichen. Die Berechnung Aereboes fand im vorigen Jahr ihre Ergänzung und Bestätigung durch eine amtliche Berechnung des Wertes und der Rentabilität der 303 seit 1900 gekauften Staatsdomänen. Da ihre Kaufpreise genau bekannt sind, und da ferner feststeht, welche Summen für Bauten und Meliorationen ausgegeben sind, so läßt sich leicht berechnen, wie hoch sich das in diesen Domänen angelegte Kapital rentiert. Die amtliche Berechnung ergab eine Nettoverzinsung von nur 2,97 %.⁴⁾ Da der preußische Staat seine Anleihen mit 3½ % verzinsen muß, macht er mit seinen Domänen ein recht schlechtes Geschäft und setzt alljährlich Millionen zu. Dazu kommt, daß ihr Ertrag im heutigen Milliardenetat des preußischen Staats nur eine geringe Rolle spielt und nur 2 bis 3 % des Gesamtertrags der staatlichen Überschußverwaltungen ausmacht. Was bedeutet beispielsweise im preußischen Staatshaushaltsetat für das Jahr 1912 der reine Überschuß der Domänenverwaltung in Höhe von 14,8 Millionen Mark gegen die reinen Überschüsse der Forstverwaltung im Betrag von 71,4 Millionen Mark oder gar der Eisenbahnverwaltung im Betrag von 284,2 Millionen Mark? Das Interesse des Fiskus am Pachterlös ist also so gering, daß es einer von großen produktions- und sozialpolitischen Gesichtspunkten geleiteten schöpferischen Domänenpolitik nicht länger hemmend entgegenstehen sollte. Die neue, bessere Politik kann selbstverständlich nicht in der Auslieferung der Staatsgüter an das private Großgrundeigentum sondern nur in der Überführung eines erheblichen Teils in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb bestehen.

Früheren Vorschlägen die Staatsdomänen zu verringern wurde in der Regel der Einwand entgegengehalten, sie seien als Vorbilder rationeller Bodenbewirtschaftung unentbehrlich. Es läßt sich in der Tat nicht leugnen, daß sie in früheren Zeiten dem agrikulturellen Fortschritt wirksam die Bahn ge-

³⁾ Nach Angabe des Ministers von Podbielski bei der Etatsberatung 1903 sind vom Staat 1866 bis 1902 63 Millionen Mark allein für Bauten auf den Domänen ausgegeben worden.

⁴⁾ Siehe die Darstellung über die der Domänenverwaltung unterstellten Werte der geschlossenen Domänenvorwerke und deren wirtschaftliche Ergebnisse, Abgeordnetenhausdrucksache 51 für 1911, und die Darstellung über die Werte von 303 seit dem Jahr 1900 gekauften Domänen und deren wirtschaftliche Ergebnisse, Abgeordnetenhausdrucksache 57 für 1912.

brochen haben. In den letzten Jahrzehnten haben sie aber an Bedeutung für die Landeskultur erheblich verloren. Der Gutsbesitzer und nicht minder der Bauer bedarf auch im Osten nur noch in den seltensten Fällen des Ansporns vorbildlicher Domänenbewirtschaftung.⁵⁾ In einem Betriebszweig, der in den letzten Jahren sehr wichtig geworden ist, in dem der Viehproduktion, sind die Domänen sogar das Gegenteil von Musterwirtschaften. Auf Anregung unserer Landtagsfraktion hat der Landwirtschaftsminister im vorigen Jahr den Umfang der Viehhaltung auf den preußischen Domänen feststellen lassen. Es ergab sich dabei, daß 1912 auf sämtlichen Domänen nur 170 735 Stück Großvieh und 328 302 Stück Kleinvieh gehalten wurden. Das macht auf 10 Morgen (2,5 Hektar) 0,97 Stück Großvieh und 1,87 Stück Kleinvieh. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß 1910 in Preußen 1 Stück Großvieh bereits auf 2,3 Hektar und 1 Stück Kleinvieh auf 1,6 Hektar der Gesamtfäche des Staats (inklusive der Forsten, Gewässer, Ödländereien usw.) gehalten wurden, muß man die Viehproduktion der Staatsgroßgüter als erstaunlich gering bezeichnen.⁶⁾ Auch darin sind sie wenig vorbildlich, daß sie in der Saison überwiegend mit polnischen und ruthenischen Wanderarbeitern wirtschaften müssen. Sprechen diese Umstände für die Veräußerung des am schlechtesten rentierenden Teils der Staatsdomänen, so sprechen sie jedoch nicht im mindesten für den Verkauf an Private zu ungeteilter Weiterbewirtschaftung im Großbetrieb; denn die privaten Großgüter sind ihnen keineswegs überlegen. Es ist deshalb lebhaft zu bedauern, daß die preußische Domänenverwaltung sich hat bestimmen lassen zahlreiche Staatsgüter, besonders in der Provinz Sachsen, an Großlandwirte zu verkaufen.⁷⁾ Dadurch ist ein Großgrundbesitz gestärkt worden, der seine alteingesessenen deutschen Landarbeiter durch Einführung reiner Geldlöhnung, Einschränkung ihrer Viehwirtschaft und Versagung des Landerwerbs mehr als irgendein anderer innerhalb der Reichsgrenzen zur Abwanderung veranlaßt hat und sich nun gezwungen sieht in einem in Preußen sonst unerreichten Umfang mit polnischen Saisonarbeitern zu wirtschaften und dadurch seine Existenz vom guten Willen der russischen Regierung abhängig zu machen. Ist doch von 1871 bis 1905 die Zahl der Polen in den Gutsbezirken des Regierungsbezirks Merseburg von 1,1 % der Bevölkerung auf 14,9 %, in den

⁵⁾ Schon im Jahr 1901 bezeichnete der nationalliberale Abgeordnete Sie g, ein angesehener westpreußischer Landwirt, es mit Recht als eine rückständige Ansicht, daß im Osten der selbständige Grundbesitzer (Gutsbesitzer oder Bauer) noch vom Domänenpächter Erhebliches lernen könnte. Am 7. Februar dieses Jahres betonte auch Freiherr von Wangenheim im Landesökonomiekollegium, daß die Domänen ihre Aufgaben als Musterwirtschaften vielfach schon gelöst haben.

⁶⁾ Zahlreich sind unter den Domänen die viehwachsenden Wirtschaften vertreten. In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29. Januar dieses Jahres nannte der Abgeordnete Arning eine hannoversche Domäne, die bei einem Areal von 1400 Morgen einen Viehbestand von 14 Pferden, 30 Zugochsen und 2 Milchkühen hatte. Die Arbeiter der Domäne müssen ihre Milch im Dorf kaufen. In diesem Dorf, das weniger Grundfläche hat, sind über 200 Stück Rindvieh und ebenso viele Schweine vorhanden.

⁷⁾ Schon 1901 forderte der konservative Führer Freiherr von Erla die Domänenverwaltung auf »dafür zu sorgen, daß die provinziell-sächsischen Domänen in Zukunft nicht zer schlagen oder verkleinert werden«. Im Jahr 1907 verlangte der Abgeordnete Gra v on Spee sogar, die Regierung solle bei Veräußerung sächsischer Domänen »selbst auf Kosten des Geldbeutels« solche Käufer bevorzugen, die das dauernde Fortbestehen des aus dem Staatsbesitz gebildeten privaten Großgrundbesitzes durch fideikommissarische Bindung zu garantieren bereit wären. »Wenn die Regierung vor der Möglichkeit steht eine Domäne zu verkleinern oder zu verkaufen ohne jede Bindung für etwas mehr Geld, dagegen jemand anders sich verpflichtet die Domäne als Großgrundbesitz zusammenzuhalten, dafür aber etwas weniger Geld geben will, so bin ich der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen die Regierung demjenigen, der den Großgrundbesitz zusammenhalten will, die Domäne geben mußte.« Dementsprechend beschloß das Abgeordnetenhaus, es sollten Staatsdomänen von mehr als 100 Hektar künftig nur unter der Bedingung »grundbuchmäßiger Befestigung«, das heißt Fideikommissbildung, veräußert werden. Ein Akt unverhüllt, durch das Großgrundbesitzerinteresse diktiert der Klassengesetzgebung.

Gutsbezirken des Regierungsbezirks Magdeburg sogar von 3,2 % auf 20,2 % gestiegen. Ferner ist durch die Verkäufe provinzsächsischer Domänen ein Großgrundbesitz vermehrt worden, der seine Pflicht die schwierig gewordene Fleischversorgung des deutschen Volkes zu erleichtern nur in sehr geringem Maß erfüllt. Wie gering die Tierhaltung in den landwirtschaftlichen Großbetrieben der Provinz Sachsen ist, und wie sehr diese vom klein- und mittelbäuerlichen Besitz übertroffen werden, legte kürzlich der konservative Reichstagsabgeordnete Hoesch (Neukirchen), der Vorsitzende der *Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde*, in einem Vortrag dar, den er in der Zentralversammlung der der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen angeschlossenen Vereine hielt. Ich entnehme diesem sehr instruktiven Vortrag folgende Gegenüberstellung der Tierhaltung in den Kreisen mit mehr als 30 % und mit weniger als 20 % Großgrundbesitz:^{a)}

Kreis	Ackerertragsklassen	Prozentzahl des Großgrundbesitzes	Auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden am 1. Dezember 1911 gehalten		Kreis	Ackerertragsklassen	Prozentzahl des Großgrundbesitzes	Auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden am 1. Dezember 1911 gehalten	
			Rinder	Schweine				Rinder	Schweine
Mansfelder Seekreis	2	56,6	32,0	65,0	Erfurt	4	3,9	49,4	80,9
Wansleben	1	55,5	26,7	61,9	Heiligenstadt	6	4,5	35,2	85,8
Aschersleben	1	50,0	32,4	48,4	Mühlhausen	5	4,6	39,2	84,6
Quedlinburg	2	46,9	22,4	47,5	Schleusingen	6	4,9	50,3	53,7
Kalbe	2	43,5	32,1	64,5	Salzwedel	4	7,0	55,0	177,2
Saalkreis	2	42,6	34,5	73,8	Ziegenrück	4	7,1	61,1	75,5
Neuhaldensleben	2	38,5	39,6	88,6	Langensalza	3	9,8	47,1	82,6
Halberstadt	1	38,2	39,0	48,9	Gardelegen	5	11,8	44,8	121,6
Querfurt	3	35,0	38,8	74,0	Worbis	6	13,8	37,8	94,2
Sangerhausen	3	32,1	38,1	68,7	Naumburg	4	13,8	54,2	119,1
Mansfelder Gebirgskreis	3	32,1	34,9	72,3	Schweinitz	6	13,8	45,3	74,6
Merseburg	3	31,9	40,6	84,6	Zeitz	3	14,2	62,2	92,9
Wolmirstedt	2	30,9	34,6	83,6	Liebenwerda	4	18,4	47,5	74,1
Bitterfeld	4	30,3	43,8	71,9	Stendal	4	18,5	45,4	90,8
Weißensee	3	28,4	40,8	61,4	Wittenberg	5	18,5	50,4	83,9
					Provinz Sachsen	—	27,2	41,6	82,6

Die Tabelle spricht für sich selbst. Sie zeigt die den besten Ackerertragsklassen zugehörigen Großgrundbesitzkreise in der Rindvieh- und Schweinehaltung, die zusammen in Preußen 96,04 % des Fleischkonsums decken, in weitem Rückstand hinter dem auf viel schlechterem Boden wirtschaftenden Klein- und Mittelbesitz. Im einzelnen sei darauf hingewiesen, daß beispielsweise der bäuerliche Kreis Salzwedel in der Rinderhaltung fast 3mal und in der Schweinehaltung fast 4mal so viel leistet wie der mit viel besserem Boden ausgestattete Großgüterkreis Quedlinburg. Besonders auffallend ist, daß selbst das Eichsfeld (Heiligenstadt und Worbis) mit seinem dürrtigen Boden, aber rührigen Kleinbauern- und Häuslerstand zur Fleischversorgung unseres Volkes relativ mehr beiträgt als die durch die unvergleichliche Fruchtbarkeit ihrer Äcker berühmte aber überwiegend in Großbetrieben aufgeteilte Magdeburger Börde. Wollte der provinzsächsische Großgrundbesitz auf einer bestimmten Flächeneinheit so viel Stück der beiden wichtigsten

^{a)} Siehe Hoesch *Welche Maßnahmen sind der praktischen Landwirtschaft zur Hebung der Vieh- und Fleischproduktion zu empfehlen?* im *Archiv für innere Kolonisation*, 1913, pag. 184 ff.

Tiergattungen halten wie der bäuerliche Besitz, so müßte er, wie Hoesch berechnet, seine bisherigen Rinderbestände um rund 112½ % und seine Schweinebestände um 253 % vermehren. Das dürfte ihm aber unmöglich sein; denn »wo der Großgrundbesitz mit intensivem Ackerbau vorherrscht, können«, wie dieser angesehenste deutsche Tierzüchter konstatiert, »Rinder- und Schweinezucht nicht zur wünschenswerten Entfaltung kommen.«⁹⁾

Während der letzten Fleischteuerungsperiode scheint endlich auch die preussische Regierung eingesehen zu haben, welch fehlerhafte Richtung ihre Domänenpolitik in den ersten 11 Jahren nach dem Pfandfreiwerden verfolgt hat. Sie scheint vom Verkauf an Großlandwirte in Zukunft endlich absehen und statt dessen mehr pachtfrei werdende Domänen als bisher in den bäuerlichen Betrieb überführen zu wollen; denn während im Jahr 1911 nur 3 kleine Domänen mit 584 Hektar Gesamtfläche zur Besiedelung hergegeben worden sind, wurden 1912 10 Domänen im Umfang von 3379 Hektar der Ansiedlungskommission und 8 Riesendomänen im Umfang von 5058 Hektar der brandenburgischen und der pommerschen gemeinnützigen Landgesellschaft zur Aufteilung und Besiedelung überlassen. Besonders zu begrüßen ist, daß sich unter diesen auch die in der Provinz Sachsen gelegene große Domäne Ummendorf befindet, mit deren Aufteilung die innere Kolonisation endlich auch in den westelbischen Großgüterbezirk ihren Einzug hält, der schon längst nötig geworden ist. Nicht minder erfreulich ist es, daß in Hannover und Hessen-Kassel 3 Domänen im Umfang von 629 Hektar an benachbarte Landgemeinden veräußert wurden, denen es dadurch ermöglicht wird dem Landmangel ihrer kleinbäuerlichen Bevölkerung abzuhelpen und sich eine Allmende zuzulegen. Rechnet man noch 2 Domänen hinzu, die den Städten Liegnitz und Hildesheim zur Durchführung ihres Rieselfeldbetriebs übereignet wurden, so sind im vorigen Jahr 23 Staatsdomänen für die innere Kolonisation respektive für öffentliche Zwecke bereitgestellt worden, während 27 im gleichen Zeitraum neu verpachtet wurden. Daß die Domänenverwaltung daneben den Güterankauf in den Ostprovinzen fortsetzt, verdient keinen Tadel; denn dadurch setzt sie sich in die Lage auch in Zukunft für ähnliche gemeinnützige Zwecke eine staatliche Landreserve zur Hand zu haben. Das kolonisationsfreundliche Verhalten der preussischen Domänenverwaltung, an dem wohl ihrem neuen Leiter, Ministerialdirektor Brümmer, ein persönliches Verdienst zukommt, steht in einem erfreulichen Gegensatz zur bisherigen Praxis. Dem überragenden Interesse an der Erhöhung der agrikolen Produktion, an ihrer Anpassung an unsere Konsumbedürfnisse und an der Verbesserung der Grundeigentumsverteilung und der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung wird dadurch wirksamer

⁹⁾ Auch der Regierungspräsident von Schwerin (*Die Möglichkeit und Notwendigkeit der innern Kolonisation in der Provinz Sachsen im Archiv für innere Kolonisation*, 1913, pag. 178 ff.) macht auf das Versagen des provinziälischen Großgrundbesitzes in der Fleischerzeugung aufmerksam: »Die Provinz Sachsen zeigt den zunächst auffallenden Zustand, daß ihre Rindviehbestände sich seit 1908 ständig vermindert haben nämlich auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche von 46,4 auf 45,3, auf 44,1 und 41,5, trotzdem sie schon ungünstig zum preussischen Staatsdurchschnitt steht, nämlich mit 41,6 zu 50,8 am 1. Dezember 1911.« Aus einer Vergleichung der 3 Kreise mit der höchsten Schweinehaltung Salzwedel, Naumburg und Weissenfels, die 84,19 %, 76,65 % und 78,84 % ihrer Kreisfläche im bäuerlichen Besitz haben, und der 3 Kreise Quedlinburg, Aschersleben und Halberstadt, die durch die schwächste Schweinehaltung und starken Großbesitz charakterisiert sind, folgert von Schwerin, daß »zwischen Viehhaltung und Besitzverteilung auch in der Provinz Sachsen eine auffallende Parallelität vorhanden ist«. Auch aus diesem Grund bedauert er es, daß innerhalb der letzten 20 bis 30 Jahre im Bezirk Merseburg 3 Domänen in Größe von rund 1051 Hektar und im Bezirk Magdeburg 11 Domänen in Größe von rund 6815 Hektar überwiegend Großgrundbesitzern zugefallen sind.

gedient als durch die Zaudertaktik der letzten 11 Jahre, in deren Verlauf fast ebensoviel Domänenland dem Großgrundbesitz zugeschanzt wie in Bauern- und Arbeiterstellen aufgeteilt worden ist. Es wäre zu wünschen, daß das Jahr 1912 das Anfangsjahr einer neuen heilsamern und gemeinnützigen Ära preussischer Domänenpolitik sein möge.¹⁰⁾ Das fiskalische Interesse dürfte dabei übrigens schwerlich zu kurz kommen; denn die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß die mit Bauern und ländlichen Arbeitern besiedelten Domänen in den Zinsen vom Erlös eine bessere Rente geben als sie vorher im Pachtgeld gaben. Außerdem bringen die auf dem Staatsland neugebildeten Gemeinden in der Regel bald weit mehr Steuern auf als die früheren Domänenpächter.

II



BRIG bleibt noch kurz darzulegen, in welcher Weise die Sozialdemokratie bisher zur Domänenfrage Stellung genommen hat und in Zukunft Stellung nehmen sollte. Gegenüber der altliberalen individualistischen Richtung, die gemäß ihrer überwiegend privatwirtschaftlichen Orientierung prinzipielle Gegnerin der Staatsdomänen war und nach dem Vorgang des Altmeisters Adam Smith ihren Übergang in den Privatbesitz verlangte, war der sozialdemokratische Standpunkt natürlich gegeben. Es war deshalb durchaus richtig, ja selbstverständlich, daß der Stuttgarter Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Juni 1870 sich gegen jede Umwandlung des Staats- und Gemeindebesitzes, speziell auch der Staatsdomänen, in Privatbesitz erklärte, und daß Wilhelm Liebknecht in dem bekannten Vortrag, den er einige Monate vorher zu Meerane über die Grund- und Bodenfrage hielt, sich scharf gegen die liberale Bourgeoisie wandte, die aus Klassenegoismus »den Staat ökonomisch auf Null zu reduzieren sucht, indem sie ihm die Domänen, die Eisenbahnen, die Bergwerke entreißt, ihm jedes industrielle Unternehmen verbietet«. Aber schon in den nächsten Jahren änderten sich die Zeitumstände derart, daß die unbedingte Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen jede Domänenveräußerung nicht mehr gerechtfertigt war. Angelockt durch die plötzlich erhöhten Löhne der städtischen Arbeiter ergoß sich in den Gründerjahren der erste starke Abwanderungsstrom landwirtschaftlicher Arbeiter in die Städte und ließ weiterblickenden Männern die Reform der ländlichen Arbeiterverhältnisse, besonders die Versorgung der ostdeutschen Instleute, Deputanten und Lohngärtner mit Eigenland, auch auf Kosten des staatlichen Domänenbesitzes als dringend notwendig erscheinen. Dem entsprechend hatte das preussische Abgeordnetenhaus schon am 8. Januar 1873 über einen Antrag Dr. Loewes (Kalbe) zu verhandeln, der die Staatsregierung aufforderte »die Dismembrierung der Domänen, und zwar vorzugsweise in Form von Ackerbaukolonien, in den dazu geeigneten Gegenden in Erwägung zu ziehen«. Ein Jahr später, am 4. Dezember 1873 und am 21. Januar 1874, kam es im Abgeordnetenhaus zu außerordentlich lebhaften Erörterungen über einen Antrag Dr. Miquels, der die »Bildung kleiner bäuerlicher Besitzungen aus den Domänengrundstücken« empfahl und den Erfolg erzielte, daß die Regierung 1875 und 1876 4 Domänen in Neuvo-

¹⁰⁾ Schon vor 25 Jahren hat Rimpler (*Domänenpolitik und Grundeigentumsverteilung, vornehmlich in Preußen* / Leipzig 1888 /) die Gemeinnützigkeit der Domänenverwendung zu Kolonisationszwecken eingehend nachgewiesen.

pommern, die pachtlos geworden waren, zerschlagen ließ. Die damals noch neuartigen Vorschläge der beiden angesehenen Mitglieder des Abgeordnetenhauses erregten in der Öffentlichkeit großes Aufsehen und nötigten auch die sozialdemokratische Partei zur Stellungnahme. Diese fiel, was bei der damaligen Unerschüttertheit des Dogmas von der Überlegenheit und dem Siegeszug auch des landwirtschaftlichen Großbetriebs erklärlich war, völlig ablehnend aus. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die »bezüglichen Debatten im preußischen Landtag, wo der famose Teiler Herr Miquel in dieser Frage als Fürsprecher der annexionslustigen Bourgeoisie fungiert«, erklärte Wilhelm Liebknecht 1876 in der 2. Auflage seiner *Grund- und Bodenfrage*:

»Auf den Staatsdomänen, die in Deutschland zum Glück noch sehr bedeutend sind, wären Ackerbaukolonien zu gründen, die nach sozialistischen Grundsätzen eingerichtet, unmittelbar für den Staat zu produzieren und zu gleicher Zeit als landwirtschaftliche Musteranstalten zu dienen hätten. Jedenfalls darf nicht zum zweiten Mal der Fehler begangen werden, den die Franzosen in ihrer Revolution begingen: das Staatseigentum in Privateigentum zu zersplittern. . . Weit entfernt den Herren Bourgeois zulieb, welche das Staats- und Gemeineigentum gern verschlucken möchten, die Domänen zu zersplittern, sind letztere im Gegenteil durch Erwerbung der umliegenden Güter immer mehr zu vergrößern. Jegliche Parzellierung irgendwelcher Art, auch wenn angeblich zugunsten des Landproletariats, ist vom Übel. . . Die Staatsdomänen werden der Kern, um den sich die künftige Gesellschaft krystallisiert: das Vorbild der Assoziation, Musterorganisationen, welche einesteils durch das Beispiel anfeuern, andernteils durch ihre Leistungen, in berechtigter Konkurrenz, vorandrängen.«¹¹⁾

Auf dem Standpunkt Liebknechts verharnte die Partei in der Domänenfrage 2 Jahrzehnte lang; auch dann noch, als mit fortschreitender Industrialisierung Preußens und des Reichs niemand mehr gerade die Staatslandgüter als den Grund- und Eckstein im Aufbau der sozialistischen Zukunftsgesellschaft zu bezeichnen sich getraut hätte. Genosse K. Kautsky ist freilich selbst in der Gegenwart in diesem Punkt über Wilhelm Liebknecht noch nicht hinausgekommen.

Einen prinzipiellen Fortschritt bahnte in diesen wie in anderen Agrarproblemen erst die auf dem Frankfurter Parteitag /1894/ eingesetzte Agrarkommission an, indem sie dem Erfurter Programm hinzuzufügen beantragte: »Erhaltung und Vermehrung [nicht, wie ein Unterausschuß weitergehend formuliert hatte, Verbot des Verkaufs] des öffentlichen Grundeigentums (Staats- und Gemeindeeigentums jeder Art) . . . Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeflächen auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, wo beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstwirtschaftler unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde.«

Die subsidiär zugelassene Verpachtung der Staatsdomänen an Selbstwirtschaftler, die wertvollste Neuerung, wurde allerdings in den Debatten auf dem Breslauer Parteitag und in den Preßpolemiken vorher heftig angegriffen und auf dem Parteitag mitsamt dem ganzen Agrarprogrammverwurf verworfen.

Was aber von Vollmar, Dr. David und andere durch theoretische Aufklärung der Parteigenossen nicht zum Sieg führen konnten, beginnt sich in den letzten Jahren unter dem Zwang zu praktischer Mitarbeit an der Gesetzgebung, dem die sozialdemokratischen Abgeordneten im preußischen Parlament unterworfen sind, allmählich von selber durchzusetzen. Mochten

¹¹⁾ Siehe Liebknecht *Zur Grund- und Bodenfrage*, 2. Auflage / Leipzig 1876 /, pag. 175 ff.

sich anfangs die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gemäß der Parteitradition noch so sehr verpflichtet fühlen gegen jede Veräußerung, ja selbst gegen die Verpachtung von Staatsdomänen an Bauern und Landarbeiter und für deren «nur in Ausnahmefällen sich bewährende» Selbstbewirtschaftung in Staatsregie einzutreten, so haben sie sich im Lauf der Jahre doch mehr und mehr von der Unzweckmäßigkeit solcher Domänenpolitik überzeugen müssen. Ihre beginnende Bekehrung zum agrarreformistischen Domänenprogramm trat recht deutlich in die Erscheinung, als im vorigen Jahr der Abgeordnete Dr. Engelbrecht die Anregungen Dr. Loewes und Dr. Miquels wieder aufnahm. Am 16. Februar 1912 begründete dieser Hofbesitzer aus der holsteinischen Marsch, der auch als Verfasser gediegener agrarpolitischer und agrarstatistischer Werke bekannt ist,¹²⁾ sehr eindrucksvoll folgenden Antrag:

»Die königliche Staatsregierung wird ersucht in stärkerem Maß als bisher geschehen ist pachtfrei werdende Domänen in bäuerlichen Besitz überzuführen und bei der Verwaltung der Domänen, namentlich im Hinblick auf Neubau und Unterhaltung der Gebäude, die künftige Besiedelung vorzubereiten.«¹³⁾

Anstatt diesen Antrag mit den Argumenten Liebknechts und K. Kautskys zu bekämpfen, hat ihm unser Fraktionsredner Genosse Leinert, »trotz aller Bedenken, die geltend zu machen wären«, erfreulicherweise zugestimmt und im wesentlichen nur verlangt, daß auf dem bisherigen Domänenareal nicht nur bäuerliche sondern auch kleinbäuerliche Betriebe gebildet werden mögen. Da auch die äußerste Rechte es nicht für geraten hielt ihm zu opponieren, wurde der Antrag Engelbrecht einstimmig angenommen. Der bedeutende Eindruck dieser geschlossenen Willenskundgebung des Abgeordnetenhauses war es vor allem, was dem Kurs der preußischen Domänenpolitik im vorigen Jahr die neue verheißungsvolle Richtung gab. Am Schluß der sehr bemerkenswerten Diskussion konnte der fortschrittliche Abgeordnete Waldstein deren Ergebnis in die Worte zusammenfassen, es scheine »sich ja in der Frage der innern Kolonisation ein Block herauszubilden, der, allerdings mit einigen inneren Verschiedenheiten, von Herrn von Pappenheim bis zu Herrn Leinert geht«.

Es war freilich zu erwarten, daß die Ultras auf beiden Seiten nicht dauernd schweigen würden. Außerhalb des Abgeordnetenhauses wurden denn auch bald Stimmen laut, die diesen Block vernünftiger sozialer Agrarreform zu sprengen suchten. Auf der äußersten Rechten machte von Oldenburg-Januschau mit der ihm eigenen rücksichtslosen Offenheit dagegen scharf. In der Kaisersitzung des deutschen Landwirtschaftsrats, am 12. Februar dieses Jahres, rief er unter dem Beifall gleichgesinnter Vertreter engherziger Großgrundbesitzer- und Domänenpächterinteressen dem preußischen Landwirtschaftsminister die »dringliche Aufforderung« zu:

»Zerschlagen Sie den preußischen Domänenbesitz nicht mehr als dringend notwendig ist; denn den preußischen Domänenpächter kann uns niemand nachmachen!« Und auf der äußersten Linken glaubte unsere Parteiwochenschrift die Aktion des feudalsten Teils des ostelbischen Großgrundbesitzes aus Doktrinarismus

¹²⁾ Siehe besonders Engelbrecht *Die geographische Verteilung der Getreidepreise*, 1. Teil: *Die Getreidepreise in den Vereinigten Staaten von 1862 bis 1900*, 2. Teil: *Die Getreidepreise in Indien von 1861 bis 1905* / Berlin, 1903 und 1908/.

¹³⁾ Einen analogen Antrag nahm am 9. Februar 1911 das Landesökonomiekollegium nach Referaten Serings und von Wangenheim an: »Das Landesökonomiekollegium bittet die königliche Staatsregierung wiederholt eine energische Initiative zur Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes, besonders auch unter ausgedehnter und angemessener Verwendung des Domänenbesitzes ergreifen zu wollen.«

Diese Zustände der Sklaverei und Hörigkeit ragen noch bis in die Frühzeiten der industriellen Epoche hinein. Ihr Ende ist nicht etwa größerer Einsicht und Menschlichkeit sondern in der Hauptsache dem Umstand zu verdanken, daß die Arbeitsleistungen unter den alten Formen der Sklaverei und Hörigkeit mit den Anforderungen, die das schnelle Tempo der großindustriellen Entwicklung an die Arbeiter stellten, nicht Schritt zu halten vermochten. Die Formen dieser Entwicklung machten es wünschenswert ein nicht nach seiner Bodenständigkeit sondern nach seiner Brauchbarkeit auszuwählendes, im Fall der Abnutzung und Unbrauchbarkeit leicht abstoßbares Arbeitermaterial zur Verfügung zu haben. Die Folgen dieses Wandels in der Gesellschaftsordnung waren Pauperismus, rettungsloses Versinken kranker oder sonstwie arbeitsuntauglicher Menschen in Not, Elend und Untergang; sie schufen eine Notlage, die die Gefahr allgemeinen volklichen Niedergangs heraufbeschwor. Um dem entgegenzuwirken, wurden die Herrschenden zu Schutzmaßregeln mannigfacher Art gedrängt, und so wurde das geschaffen, was wir heute unter den Begriffen der *sozialen Gesetzgebung*, der <gesetzlichen und charitativen> *sozialen Fürsorge* zusammenfassen, und die Armenpflege fand ihre grundsätzliche gesetzliche Anerkennung als Fürsorgepflicht des Staates.

Diese ist bei uns in Deutschland nicht für das Reich sondern nach Landesgebieten geordnet und wird von den Ortsverbänden wahrgenommen. Der Umfang der Unterstützungspflicht ist für Preußen in dem noch heute geltenden Ausführungsgesetz vom 8. März 1871 § 1 festgesetzt:

»Jedem hilfsbedürftigen Deutschen ist von dem zu seiner Unterstützung verpflichteten Armenverband Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und im Fall seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren.«

Gleich oder ähnlich lauten die Ausführungsbestimmungen der anderen Bundesstaaten.¹⁾

Mit der Statuierung des Rechts auf Armenpflege war aber für die Arbeiter noch keineswegs das Recht oder gar die Pflicht zur armenpflegerischen Betätigung ausgesprochen. Gab es auch keine gesetzliche Bestimmung hierüber, so ging doch lange Zeit die allgemeine Auffassung dahin im Arbeiter hier, gerade wie innerhalb der Gesetzgebung, stets nur das Objekt, nie das Subjekt armenpflegerischer Arbeit zu sehen. Heute ist das anders geworden. Der Prolet von ehemals hat sich in den kraftvollen und seiner Kraft bewußten Proletarier von heute verwandelt. Er hat den Zusammenschluß mit seinesgleichen vollzogen und tritt als Macht den anderen gesellschaftlichen Mächten zur Seite oder ihnen gegenüber. Er fühlt sich nun berufen, und man beruft ihn an der Ordnung aller die Allgemeinheit berührenden Angelegenheiten tätigen Anteil zu nehmen.

Die aktive Beteiligung der Arbeiter an der Armenpflege bedeutet aber einen neuen wichtigen Schritt vorwärts auf der Bahn der Demokratisierung des Gemeinschaftslebens. Galt es bisher das Selbst- und Mitbestimmungsrecht in allen die Arbeiterschaft unmittelbar angehenden Fragen zu erkämpfen, so handelt es sich hierbei um eine Teilnahme am öffentlichen Leben und

¹⁾ Über Einzelheiten informiert in trefflicher Weise Jacobssohn *Die Arbeiter in der öffentlichen Armenpflege* / Leipzig 1911 /; das Buch sei deshalb hier angelegentlich empfohlen.

an der sozialen Fürsorge, die von aller Parteipolitik und jedem Sonderinteresse losgelöst ist und zu der zur Wahrnehmung allgemeiner, aber auch individueller Interessen die geeigneten Personen ohne Ansehen des Standes und der Partei berufen sind. Entspricht nun diese Neuerung Arbeiter zur Armenpflege heranzuziehen einem wirklichen Bedürfnis? Und erweist sich die Arbeiterschaft auf diesem Gebiet als taugliches Instrument?

Der Inhalt der heutigen Armenpflege besteht in der Sicherung eines Existenzminimums für alle Volksangehörigen. Dieses Ziel wird durch Ergänzung oder Ersatz des Einkommens sowie durch geeignete Fürsorge bei Krankheit, Alter, Invalidität und Arbeitslosigkeit erreicht. Mit diesem Prinzip der Sicherungsverpflichtung steht im Widerspruch, daß der Bedürftige kein einklagbares Recht auf Unterstützung hat, und daß mit der Unterstützung der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verknüpft ist. Bis vor kurzem galt das auch noch für den Empfang von Erziehungsbeihilfen, Anstaltspflege usw. Hierin hat aber das Gesetz vom 15. März 1909 Wandel geschaffen. Es verfügt, daß kein Verlust des Wahlrechts eintritt bei Krankenunterstützung, Anstaltspflege eines Angehörigen, Unterstützung für Erziehung und Berufsausbildung, vereinzelter Leistungen in vorübergehender Not, Unterstützungen, die zurückerstattet sind.

Die Fürsorge für unverschuldet Arbeitslose ist heute prinzipiell und wird auch in der Praxis immer mehr durch die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften und die bezüglichlichen Ansätze gemeindlicher Fürsorgetätigkeit, wie Notstandsarbeiten, Beiträge zu den entsprechenden Einrichtungen der Arbeiterschaft, abgelöst. Allerdings kommt die geordnete Arbeitslosenfürsorge in Form einer Versicherung heute nur erst der organisierten und auch hier vorwiegend nur der gelernten Arbeiterschaft zugute, während das Gros der ungelernten und Gelegenheitsarbeiter auf die kommunale Fürsorge und die Armenpflege angewiesen bleibt. In dem Bestreben die Armenpflege durch ein Recht auf Unterstützung im Fall der Arbeitslosigkeit zu ersetzen liegt ein großer moralischer Fortschritt; ein materieller auch insofern als sich hier ein Weg auftut die Armenpflege, zumindest in ihrer heutigen Gestalt, zu überwinden und überflüssig zu machen. Das ist aber und besonders im Hinblick auf die etwaige Tätigkeit der Arbeiter in der Armenverwaltung so wichtig, daß hier näher darauf eingegangen werden muß. Doch zuvor noch ein anderes.

Aus der Statistik geht hervor, daß im Gebiet des Unterstützungswohnsitzgesetzes die Unterstützten der Armenpflege aus folgenden Ursachen anheimgefallen waren: wegen eigener Verletzung 2,1 %, Verletzung des Ernährers 0,2 %, Tod des Ernährers 18,4 %, Krankheit des Unterstützten 28,4 %, körperlicher oder geistiger Gebrechen 12,3 %, Altersschwäche 14,9 %, großer Kinderzahl 7,1 %, Arbeitslosigkeit 5,4 %, Trunk 2,1 %, Arbeitsscheu 1,2 %, aus anderen bestimmt angegebenen Ursachen 7,8 %, aus anderen nicht angegebenen Ursachen 0,1 %.²⁾ Eine schuldhafte Ursache der Inanspruchnahme öffentlicher Armenunterstützung ist nur in 3,4 % der Fälle erwiesen, und auch hier wird sich nicht allemal behaupten und beweisen lassen, daß wirklich und ausschließlich eigenes Verschulden die auslösende Ursache

²⁾ Siehe Kollmann *Armenwesen (Armenstatistik)* im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 2. Band, 3. Auflage / Jena 1909/, pag. 182.

des in Trunk oder Arbeitsscheu sich aussprechenden Niedergangs, oder ob es nicht vielmehr Krankheit, vorübergehende Arbeitslosigkeit usw. gewesen sind, die schwache Charaktere zermüht und widerstandslos gemacht haben. Diese bloße Möglichkeit aber, zusammen mit der prozentual so geringfügigen Zahl von Fällen schuldhafter Verarmung, läßt in uns das Verlangen entstehen auch in Fällen schuldhafter Verarmung die Ausübung der Armenpflege in einer dem modernen Rechts- und Gleichheitsgefühl entsprechenden Art reformiert zu sehen. Das heißt aber die Armenpflege möglichst durch andere Formen sozialer Fürsorge ersetzen. Ganz gewiß aber entspricht es nicht mehr dem demokratischen Bewußtsein und dem gesteigerten Solidaritätsgefühl unserer Zeit, daß Unterstützung im Krankheitsfall, durch Anstaltspflege oder für Erziehung und Ausbildung als Armenunterstützung angesprochen werden und bis zum Gesetz vom 15. März 1909 sogar den Verlust des Wahlrechts nach sich zogen. Ganz mit Recht wendet sich eine aufgeklärte, zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterschaft von den Wohlfahrtseinrichtungen ab; sie verlangt ihr Recht und weiß sehr wohl, daß sie sich dieses Recht erkämpfen muß; auf Wohltaten verzichtet sie.¹⁾

Damit ist die Stellung der Arbeiterschaft gekennzeichnet. Ihre Auffassung unterscheidet sich von der üblichen dadurch, daß sie die Armut nicht als eine naturnotwendige Einrichtung ansieht, die ewig fortbestehen wird, sondern als eine Begleiterscheinung der heutigen Wirtschaftsordnung, die nicht durch Wohltätigkeit, sondern durch gesetzlich geordnete soziale Fürsorge, Reform des Arbeitsvertrags und Arbeitsverhältnisses und der heutigen Eigentumsordnung bis auf unbedeutende Reste aufgehoben werden kann. Hierauf bauen sich die Forderungen auf, die die Sozialdemokratie an die Armenpflege und ihre gesetzliche Ordnung stellt. In diesem Zusammenhang wird unter Beibehaltung der dezentralisierten Übung der Armenpflege verlangt, daß der Staat Zuschüsse leisten soll, um den nicht leistungsfähigen Gemeinden eine bessere Armenpflege zu ermöglichen. Und es muß durch staatliche Inspektion dafür gesorgt werden, daß die Armenpflege der Kommunen sich auf eine höhere Stufe hebt. Der Erhöhung der kommunalen Leistungsfähigkeit soll die rechtlich geordnete respektive vorgeschriebene Bildung größerer Armenverbände durch Zusammentreten mehrerer Gemeinden dienen. Als positive Forderungen ergeben sich: Gemeindeapotheken im Interesse der Minderbemittelten, Rekonvaleszenten Häuser, öffentliche Badeanstalten, Übernahme der Ferienkolonien durch die Gemeinden, unentgeltliche Krankenpflege, auskömmliche Unterstützung, die die Existenz garantiert. Das im Oktober 1909 aufgestellte sozialdemokratische Kommunalprogramm für Preußen fordert »Weltlichkeit der Armen- und Waisenflege, weitgehende Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; Gewährung ausreichender Unterstützungssätze; Individualisierung der offenen Armenpflege, Errichtung von Waisenhäusern sowie von Versorgungsanstalten für die körperlich hilfsbedürftigen Armen; Errichtung von Obdachlosenasylen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen-, Kostkinder- und Fürsorgezöglingspflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen, insbesondere ärztliche Überwachung der Kostkinder durch besondere Ärzte und besoldete Pflegerinnen mit entsprechender

¹⁾ Siehe Hirsch *Wohlfahrtseinrichtungen in der Neuen Zeit*, 1904-1905, 2. Band, pag. 862.

Vorbildung; Anstellung von Spezialärzten im Armendienste; Einführung der Generalvormundschaft«. Mit der Armenpflege so wie sie heute ist hat dieses Programm nur in Einzelheiten zu tun. Es ist wesentlich für das, was nach dieser Seite von den Arbeitern an Anregungen zu erwarten ist. Damit soll sich ein weiterer Artikel beschäftigen. Zuerst hat sich aber unsere Aufmerksamkeit auf die heutige aktive Anteilnahme der Arbeiter an der Armenpflege zu richten.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Arbeiter sich mindestens ebenso gut wie die Pfleger aus anderen Klassen und sogar besser als viele von diesen zur armenpflegerischen Tätigkeit eignen. Die Voraussetzung für eine gedeihliche Tätigkeit in dieser Richtung sind Interesse und Verständnis für die soziale Lage der Pfleglinge und für ihre individuellen Nöte, ferner Lebenserfahrung und der weite Blick, der die Einzeldinge in die großen Zusammenhänge hineinzustellen und die Brücken von den einen zu den anderen zu schlagen weiß. Am ehesten sollte man alle diese Dinge bei den Gebildeten voraussetzen. Doch es ist nicht allzu selten, daß hier die Unkenntnis des Empfindens und der Gesamtlebenslage der Armen, daß ferner die eingewurzelte Überzeugung von der Unausrottbarkeit der Armut den Blick einengt. Sicherlich aber sind Enge des Blicks und eine gewisse Beschränktheit in der Auffassung sozialer Zusammenhänge bei dem Gros der Armenpfleger vorhanden, die aus dem Handwerker- und kleinen Beamtenstand hervorgehen. Dies ist durch ihre heutige Lebenslage notwendig bedingt, und diese Art Armenpfleger erscheinen deshalb als Träger fortbildender und die Armenpflege sozialisierender Ideen wenig tauglich. Ihre Eignung zur praktischen Armenpflege, so wie sie heute allorten geübt wird, bleibt freilich davon unberührt, und weil sie häufig inmitten der für die Armenpflege in Betracht kommenden Bevölkerung leben, zu einem großen Teil aus ihr hervorgegangen und nach Lebensgewohnheit und Anschauung eng mit ihr verknüpft sind, werden sie seit langem als die berufensten Elemente in der ehrenamtlichen Armenpflege angesehen. Nun aber treten als neue aktive Elemente die Arbeiter selbst auf den Plan. Eine Reihe von Gründen kennzeichnet sie ohne weiteres als besonders qualifizierte Organe der Armenpflege.

Der erste und wichtigste dieser Gründe ist ihre soziale Zugehörigkeit zur Klasse derer, die zum Lebensunterhalt nicht auf irgendwelche kapitalistische Reserven sondern ausschließlich auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Krankheit, länger andauernde Arbeitslosigkeit, Vernachlässigung des Haushalts infolge Wochenbetts oder Krankheit der Mutter und anschließend Niedergang des Hauswesens und Eintreten besonderer Bedürftigkeit: alles das sind Dinge, die der Armenpfleger täglich Gelegenheit hat vor sich zu sehen; das sind aber auch Dinge, die der Pfleger aus dem Arbeiterstand selber stets befürchten muß, das sind Gefahren, die ihn in gleicher Weise bedrohen. Darum wird er auch die aus solchen Quellen herrührende Bedürftigkeit leichter in ihrer ursächlichen Verknüpftheit zu erkennen vermögen. Er wird eher in der Lage sein der pflegerischen Tat einen sachkundigen Rat hinzuzufügen, wie etwa der Notlage dauernd und durch eigene Kraft zu entkommen sei. Er wird andererseits auch eher die schuldhafte, das heißt aus dem Mangel an gutem Willen, aus Charakterschwäche, aus Arbeits-

scheu hervorgehende Verarmung und Bedürftigkeit festzustellen vermögen. Er wird das moralische Gewicht eigener Tüchtigkeit nachdrücklicher zur Überwindung dieser individuellen Armutsursachen in die Wagschale werfen können als jene, die sich erst mühsam, wenn anders sie es überhaupt zu tun versuchen, in die Seele und in die Lage des Unterstützung Heischenden versetzen müssen, und die oftmals zwischen unnötiger Schrofheit und übertriebener Freundlichkeit hin- und herpendeln.

Endlich ist der Arbeiterpfleger auch ungleich mehr befähigt ungehörige Anforderungen als solche zu erkennen und zurückzuweisen und die Fälle mißbrauchter Hilfe herauszufinden. Seine eigene Lage, die ihm so manchen Verzicht auferlegt, macht ihn mißtrauisch und ablehnend gegenüber übertriebenen Ansprüchen und scharfsichtiger angesichts beabsichtigter Täuschungen, so daß manchmal die Armenverwaltungen auch nach dieser Seite hin mit Pflegern aus der Arbeiterklasse besonders gut fahren. Freilich wird er auch häufiger Anlaß haben dafür einzutreten, daß nachdrücklicher als üblich geholfen und die Unterstützung nicht nach Schema F abgestuft werde. Der Arbeiterpfleger weiß aus eigener Kenntnis und Erfahrung, mit welchem Mindestsatz eben noch durchzukommen ist, und er wird seine Forderungen in den Bezirksversammlungen mit ganz anderm Nachdruck vertreten können als der, dem ein Durchkommen für sich selbst auch mit mehrfach höheren Beträgen unmöglich scheint. Auch wird er sich nicht an der bloßen Geldhilfe genügen lassen sondern versuchen das Übel von der Wurzel her durch moralische Einwirkung oder sachkundigen Rat zu bekämpfen und zu beheben, und er wird endlich Forderungen allgemeiner und gesetzlicher Art an die von ihm festgestellten Sachbestände knüpfen.

Mit alledem soll nun nicht etwa gesagt sein, daß nicht auch Angehörige anderer Stände mit der nötigen Sachkunde, Einsicht und dem guten Willen zu eingehender und individualisierender Beratung der Armenpfleglinge ausgestattet sein könnten. Ihnen wird aber das Vertrauen der Bedürftigen nicht in der gleichen Weise entgegenkommen wie dem Arbeiter. Mit Recht führt Dr. Margarete Jacobsohn aus:

»Kein Klassenunterschied trennt Arme und Pfleger. Es bedarf keiner Anpassung von seiten des Hilfeleistenden, die Stube des Unterstützten unterscheidet sich kaum von seiner eigenen, Denk- und Fühlweise ist der seinen gleich. Infolgedessen liegt ihm jeder Zwang, jede Befangenheit fern. Die Voraussetzung starken Mitgefühls ist gegeben: die Gleichheit der Lage. Wenn ihn auch nicht gleiche Not drückt, die Unsicherheit seiner Existenz schafft den Resonanzboden für fremdes Elend; an irgendeinen aus seinem Kreis ist das gleiche Schicksal schon herangetreten. Die Möglichkeit, daß die fremde Not zur eigenen werden kann, wirkt mit ganz anderer Intensität auf das Mitgefühl ein, als wenn sie nicht besteht, wie es bei Armenpflegern in gesicherten Lebensbedingungen der Fall ist. Dieses Moment ist bedeutsam. Münsterberg sieht die Ursache der mustergültigen Armenpflege der ersten christlichen Gemeinde darin, daß sie von gleichen an gleichen ausgeübt wurde, daß es kein Oben und kein Unten gab . . . Das Almosen verliert von seinem demütigenden Charakter; dadurch daß die Armenpflege demokratisiert wird, verändert sich die Form, sie wird weniger Gnade, mehr Recht. Nur in ihrer Form liegt das Verletzende, denn das, was ihr zugrunde liegt: die Verpflichtung des Staates seinen Angehörigen zu helfen, wird in anderen Formen gern und willig angenommen. Bei niemand aber ist die Auffassung der gesellschaftlichen Pflichten so stark ausgebildet wie beim Arbeiter. Sie wird in seiner Stellungnahme zu dem Unterstützten zum Ausdruck kommen; keine Bevormundung, keine Überhebung, kein Anspruch auf Dankbarkeit. Auf der andern Seite fällt die Unterwürfigkeit oder die heimliche

Auflehnung fort. Weil er die Unterstützung in der Form des Almosens haßt, wird der Arbeiterpfleger alles tun, um der Armenpflege ihren degradierenden Charakter zu nehmen. Zu erwarten ist daher von ihm auch, wenn er über den nötigen Einfluß verfügt, eine liberalere Handhabung bei der Entziehung des Wahlrechts.«¹⁾ Hinzu tritt die schon erwähnte größere Sachkunde des Armenpflegers aus der Arbeiterklasse. Nehmen wir einige Beispiele. Da ist die Heimarbeit. So wie sie heute vielfach gestaltet ist, ist sie nichts weiter als ein Übel, das am Mark des Volkes zehrt, in der Mehrzahl der Fälle so schlecht entlohnt, daß die zusätzliche Armenunterstützung auch von fleißigen Arbeiterinnen (es handelt sich bei der schlechtest bezahlten Heimarbeit vorwiegend um weibliche Arbeitskräfte) in Anspruch genommen werden muß. Der Armenpfleger aus dem Arbeiterstand wird an der Hand dieser Zusammenhänge den Nachweis erbringen, daß die von der Heimarbeiterin empfangene Unterstützung eine eigentlich dem Arbeitgeber gezahlte Unterstützung ist, da nur dieser Zuschuß aus öffentlichen Mitteln der Arbeiterin ein knappes Durchkommen ermöglicht und ihm die billige Arbeitskraft erhält. Der Arbeiterpfleger wird diesem Nachweis die Forderung der gesetzlichen Lohnregulierung, das ist der Einführung von Lohnstarifen auch für die Heimarbeit, gesellen, und er wird auf der andern Seite die Arbeiterin nachdrücklich auf die Organisation und die in ihr gegebenen Schutzmöglichkeiten hinweisen können.

Oder da ist die infolge von Wochenbett oder Krankheit der Mutter notwendig gewordene Armenunterstützung. Sie wäre abzuwenden gewesen, wenn jemand zur rechten Zeit auf die Hauspflege aufmerksam gemacht und auch hier im Anschluß an vielfältige Erfahrungen sich die Forderung der durch die Kassen unentgeltlich zu gewährenden Hauspflege herauskristallisiert hätte. Ebenso wird der der Arbeiterklasse angehörende Pfleger oder die Pflegerin eher den Druck der heutigen Lebensmittelteuerung zu würdigen wissen und auf die Konsumvereine als Erleichterungsmittel hinweisen können.

Und da ist endlich die Wohnungsfrage. Sie ist trotz der einen so breiten Raum einnehmenden Mietszuschüsse vom Standpunkt der Armenpflege aus nicht zu lösen. Und auch der Arbeiterpfleger oder die Arbeiterfrau kann höchstens einige Erleichterungsmöglichkeiten an die Hand geben. Sie kann auf Grund eigener Erfahrung auf eine rationellere Wohnungsbenutzung, auf eine sorglichere Wohnungspflege hinwirken. Sie kann den Unfug der sogenannten *guten Stube*, der man nicht selten noch innerhalb der ärmlichsten Verhältnisse und in absolut überfüllten Wohnungen begegnet, besser bekämpfen als die Frau der wohlhabenden Schichten, die vielleicht über eine Flucht von eleganten Räumen verfügt. Sie kann durch Hinweis auf das eigene, unter ähnlichen erschwerten Umständen gegebene Beispiel auf die Segnung fleißiger Lüftung, reichlicher Wasseranwendung aufmerksam machen usw. Selbstverständlich wird in diesem Zusammenhang auch des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu gedenken sein.

Alles in allem wird also die aktive Beteiligung des Arbeiters und der Arbeiterin an der Armenpflege dazu beitragen an die Stelle der heute üblichen Unterstützungsform die verstehende Hilfeleistung von Mensch zu Mensch

¹⁾ Siehe Jacobssohn, loc. cit., pag. 23 f.

zu setzen, die aus einem Solidaritätsgefühl hervorst, das schon im Zehnten des Judentums, in seiner familienhaften Armenfürsorge, in den großzügigen Schöpfungen der Gewerkschaften und in den Bruderschaften und Hilfsverbänden mannigfachster Art einen lebendigen Ausdruck findet, und das, auch ohne amtliche oder ehrenamtliche Verstärkung, gerade in den ärmeren Volksklassen sich stark auswirkt.²⁾ Dem Prinzip des Kampfes ums Dasein, des Kampfes aller gegen alle, wird damit das gesellschaftsbildende Prinzip der gegenseitigen Hilfe entgegengesetzt.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Börse Nach dem Quartalsschluß und mit dem Schwinden der Kriegsbefürchtungen schienen für die Börse nochmals gute Tage gekommen zu sein. Gegen Mitte April setzte sogar eine recht lebhaft Kurssteigerung ein. Die panikartige Zurückhaltung der Gelder durch das eingeschüchterte große Publikum hatte aufgehört, und die leichtere Geldflüssigkeit wurde sofort benutzt, um junge Aktien, neue öffentliche Anleihen und Industrieobligationen unterzubringen. Die notgedrungenen ehemaligen Vertagung der meisten dieser Kapitalansprüche führte nunmehr zu um so drängenderm Begehr. Aber bereits gegen Ende des Monats April, angesichts der letzten, zugespitzten Auseinandersetzungen um Skutari, schlug die Stimmung vollständig um; vor allem der 29. April brachte in Berlin schwere Kurserschütterungen. Seitdem ist die Börse wiederum einer vollständigen Haltlosigkeit verfallen. Nicht so schlimm wie zur eigentlichen Kriegszeit, gelegentlich auch durch ein paar Sensationsleistungen wie die Kurssteigerungen der *Vereinigten Glanzstoffabriken* in Elberfeld und der *Deutschen Munitionsfabriken* unterbrochen. Aber die gedrückte Stimmung überwog stets, besonders als der politische Himmel sich noch immer nicht ganz entwölkete.

× **Geldmarkt** Das Bezeichnendste an der ganzen Lage bleibt nach wie vor, daß die Entspannung des Geldmarkts gar nicht oder

doch bei weitem nicht in dem erwarteten Maß eintreten will. Am 17. April ermäßigte die Bank von England ihren Diskontsatz endlich um $\frac{1}{2}\%$, nachdem sie seit dem 17. Oktober 1912 an dem ganz außergewöhnlichen Satz von 5% festgehalten hatte; aber dieser bescheidene Anlauf fand bis zur Stunde keine Nachfolge auf dem Kontinent und keine Fortsetzung in England selber. Gerade in England gelangte der früher nach allen Seiten zurückgedämmte Geldbedarf intensiver zum Durchbruch als auf der Gegenseite die Bereitwilligkeit des Angebots wuchs. Unter diesen Umständen endete beispielsweise die in London aufgelegte 5prozentige brasilianische Anleihe von 11 Millionen Pfund Sterling mit einem ziemlichen Fiasko; aber viele Stimmen gaben ihre Freude darüber kund, daß nunmehr nur geringere Goldbeträge nach Südamerika abzufließen brauchten. Einen schlagenden Beleg dafür, daß jenseits des Atlantischen Ozeans die Spannung gleichfalls keine schwächere ist, gewährt das Schicksal der New Yorker Stadtanleihe von 45 Millionen Dollar (davon 20 Millionen Dollar für Verbesserung der Wasserversorgung). Für die Riesengemeinde ist, wie auch sonst in Amerika vielfach, eine Begehung von Anleihen unter Pari rechtlich ausgeschlossen. So blieb weiter nichts übrig als zum $4\frac{1}{2}\%$ prozentigen Typ überzugehen, während vor einem Jahr $4\frac{1}{4}\%$ prozentige Anleihen, die unterdes auf $96\frac{1}{2}\%$ gesunken sind, noch zu 100,74 untergebracht werden konnten. Die amerikanischen Eisenbahnen, die mit ihrer Neuausrüstung und Betriebsvollkommenheit jahrelang weit zurück-

²⁾ Es sei in diesem Zusammenhang an Krapotkin *Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung* / Leipzig 1904/, pag. 292 ff., erinnert.

geblieben sind, können augenblicklich ihren Kapitalsbedarf kaum mit Daueranleihen befriedigen, mit kürzerfristigen Noten jedoch nur auf empfindlich erhöhter Zinsbasis. Bei der deutschen Reichsbank ist die offizielle Diskontrate noch immer 6 %, obwohl die Bank, zum erstenmal seit ihrem Bestehen, am 23. April in ihrem Goldbestand die Höhe von einer Milliarde Mark erreichte und überschritt; ein Vorgang, der sich alsdann in dem Ausweis vom 15. Mai nochmals wiederholte. Der Privatkontsatz ändert sich gewöhnlich in der Übergangswoche vom April zum Mai nicht. Diesmal stieg er von 4 1/8 % am 28. April auf 5 1/8 % am 3. Mai (im Vorjahr beidemal 3 3/4 %); in Wochenabständen erhöhte er sich weiter auf 5 1/4 und 5 1/2 %, so daß diesmal für Ultimo-geld im Mai, gewöhnlich einem der billigsten Geldmonate des Jahres, etwa 6 % anzulegen sein werden. Nach der *Vossischen Zeitung* betrugen dagegen die durchschnittlichen Berliner Privatkontsätze seit 1907, dem Jahr des letzten Umschlags von der Hochkonjunktur zur Krise: 1907 4,43%, 1908 3,92%, 1909 2,33% und alsdann bei rasch wieder aufsteigender Konjunktur 1910 3,19%, 1911 2,80%, 1912 3,91%, für Maiultimo-geld 1911 3 5/8 %, und selbst im bereits bedrängten Vorjahr 1912 immerhin nur 4 1/8 %. Die Öde und der Verfall an den Börsen wäre schon daraus erklärlich, und ebenso das Unbehagen, das man wegen der Inanspruchnahme Deutschlands für fremde Anleihen (erst Österreichs und Ungarns, jetzt Chinas, indirekt auch der Balkanstaaten, Mexikos und der Türkei) offen bekundet.

✕ **Eisenmarkt** ✕
Unleugbar regen sich jedoch auch auf dem Produktionsgebiet Anzeichen einer allmählichen innern Umwandlung. Von den Baugewerken, für die bereits über dem Jahr 1912 schwere Schatten lagen, sei hier ganz abgesehen. Neuerdings macht sich jedoch auf dem Eisenmarkt die Abschwächung international allgemein bemerkbar. Über die Zurückhaltung der Käufer und Besteller für Rheinland-Westfalen wurde hier schon Anfang April berichtet (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 435). Für die allernächste Zeit blieben die Werke zwar noch gut besetzt; da ihnen aber daran liegt sich auch für den Herbst und Winter schon jetzt ein gewisses

Produktionsquantum zu sichern, so konnte ein Nachlassen in den Preisen selbst von dieser Seite nicht ausbleiben. Die Abnehmer scheinen in der Tat diese veränderte Lage energisch zu ihrem Vorteil auszunutzen, denn an der Düsseldorf Montanbörse ermäßigten sich bereits die mittleren Preise (in Mark pro Tonne) zwischen dem 3. Januar und 2. Mai: bei gewöhnlichem Stabeisen aus Flußeisen von 124,50 auf 116, bei Grobblechen von 133,50 auf 130,50, bei Kesselblechen von 143,50 auf 140,50, bei Feinblechen von 145 auf 137,50 Mark. Ähnlich sind die englischen Exportpreise (auf Antwerpen, mittlere Preise in Shilling pro Ton) im gleichen Zeitraum heruntergegangen:

Produkt	Anfang Januar 1913	Anfang Mai 1913
Halbzeug		
Stahlruppen	103	97 1/2
Stahlknüppel	107	99 1/2
Fertigeseisen		
Barren Nummer 2	125	111 1/2
Platten Nummer 2	144	131 1/2
Winkelisen	129	115 1/2

Wenn die Nachrichten aus Österreich besonders schlecht lauten, so mag man dies auf die eigenartigen politischen Störungen für dieses Land zurückführen; man spricht hier von einem Rückgang des Inlandsabsatzes im April, gegen den gleichen Monat des Vorjahrs, um 20% bei Stab- und Fasson-eisen, um 25% bei Trägern, um 33% bei Grobblechen; notorisch arbeiten die österreichischen Eisenwerke vielfach mit Feierschichten. Doch selbst die amerikanischen Roheisennotierungen hatten im Dezember ihren Höchstpunkt erreicht und haben sich von dem damaligen Niveau immer merklicher entfernt. In New York notierte beispielsweise (pro Tonne in Dollar) nördliches Roheisen Nummer 2 Anfang Dezember 1912 18,25 bis 18,75, am 15. Mai dagegen 16,75 bis 17,00. Die Geldklemme der Haupteisenverbraucher, der großen Bahngesellschaften, mag in der neuen Welt vorübergehend die Nachfrage abnorm abschwächen; aber auch jenseits des Ozeans scheint die Geldklemme vorläufig nicht weichen zu wollen, und die europäische Konkurrenz fürchtet deshalb bereits amerikanische Schleuderexporte nach den gemeinsam umstrittenen außereuropäischen und sogar nach den europäischen Eisenmärkten.

✕

✕

Kali Einzelne Produktionsgebiete haben noch dazu ihre Sonderbeschwerden.

So werden die Zustände in der Kaliindustrie ganz allgemein für unhaltbar angesehen, und der geradezu unheimliche Rückgang der Kurse drückt das bestätigende Siegel auf dieses Urteil. Nach dem Erlaß des Kaligesetzes von 1910 (Gesetz über den Absatz von Kalisalzen vom 25. Mai 1910) lag der ersten amtlichen Kontingentierungseinschätzung eine Zahl von 94 fördernden Schächten zugrunde. Im Januar 1913 waren bereits 130 Schächte fertig; weitere 130 bis 140 waren im Bau, noch weitere 20 bis 30 sind geplant, so daß Mitte Mai der Vorsitzende des Kalisyndikats, Geheimrat Kempner, in der Gewerkenversammlung des Unstrutkonzerns mit dünnen Worten erklärte: die Zeit der *Säuberung* sei unvermeidlich gekommen. Die Regierung hat zwar eine Kaligesetznovelle angekündigt, doch wird diese kaum vor dem Herbst zu erwarten und zu erledigen sein. Eine große Schwierigkeit liegt dabei schon im Bundesrat, in den Gegensätzen zwischen den Einzelstaaten. Baden, Mecklenburg, ferner Elsaß-Lothringen stehen erst in den Anfängen ihrer kaliindustriellen Erschließung und möchten sich ihre Laufbahn durch einschneidende reichsgesetzliche Kontingentierungsbestimmungen erklärlicherweise nicht mit Hindernissen besetzen lassen, während es sich für die älteren Interessengruppen gerade in erster Linie um eine Niederhaltung der unbequemen aufstrebenden Neulinge handelt.

× **Chinesische Anleihe** × Unter anderen Geldmarktverhältnissen würde der Abschluß der langumstrittenen chinesischen Anleihe nur helle Genugtuung unter den europäischen Kapitalisten hervorgerufen haben. Denn die 51¼ Millionen Mark Gesamtanleihe werden mit 5% verzinst und zum Zeichnungspreis von 90 aufgelegt: gewiß für die Geldgeber keine zu verachtenden Bedingungen. Dazu hat China für die Sicherstellung der Anleihe alles nur Erdenkbare zugestanden, so daß die Peking Regierung schon deshalb wahrscheinlich schweren Konflikten mit der Nationalvertretung entgegengeht: Konflikte, die sie allerdings, aus ihren finanziellen Schwierigkeiten befreit, hier wie bei anderen

Streitfragen leichter durchfechten kann. Neben den unbelasteten Zollüberschüssen, wie sie aus einer (von Europa zu genehmigenden) Zollreform oder sonst sich ergeben, ist vor allem das Salzmonopol als Unterlage der Zinssicherung ins Auge gefaßt. Über die Ausgestaltung dieses Monopols heißt es in dem deutschen Prospekt: „Die vertraglich festgelegte, unter ausländischer Mitwirkung unverzüglich in Angriff zu nehmende Reorganisierung des Salzmonopols ist derart gedacht, daß die chinesische Regierung eine unter der Kontrolle des Finanzministers stehende Zentralverwaltung in Peking einrichtet, mit einer Oberinspektion, die einem chinesischen und einem ihm koordinierten ausländischen Oberinspektor unterstehen wird. In deren Kompetenz wird die Oberaufsicht über die Vergebung der Lizenzen zur Salzgewinnung und zum Salzverkauf sowie die Zusammenstellung von Berichten und Einnahmeverzeichnissen fallen. In jedem Distrikt, in dem Salz gewonnen wird, wird eine Zweiginspektion ebenfalls unter gemeinsamer Leitung eines chinesischen und eines ausländischen Distriktinspektors gebildet werden. Diese Distriktinspektoren sind gemeinsam für die Einziehung und Hinterlegung der Einnahmen aus dem Salzmonopol verantwortlich und haben gemeinsam die Vergebung der erwähnten Lizenzen zu überwachen und alle Gebühren und Abgaben einzuziehen. Die Ausgabe von Salz gegen Erlegung der Abgabe wird in jedem Distrikt nur auf gemeinsame Anweisung beider Distriktinspektoren erfolgen. Alle von ihnen vereinnahmten Gelder sind an die vertragsschließenden Banken oder an von diesen genehmigte Hinterlegungsstellen auf ein Salzeinkünftekonto der chinesischen Regierung einzuzahlen. Entnahmen aus diesem Konto dürfen nur auf Belege erfolgen, die von den beiden Oberinspektoren gezeichnet sind. Die Distriktinspektoren haben ferner Berichte über Einnahmen und Ausgaben mit allen Einzelheiten an den Salzkommissionär des Ortes und an die Oberinspektion in Peking zu richten, damit letztere die Abrechnungen prüfen kann. Von ihr werden periodische Berichte, die vorher dem Finanzminister zu unterbreiten sind, veröffentlicht werden. Die Anstellung und die Entlassung der chinesischen und ausländischen Distriktinspektoren und

der sonstigen chinesischen und ausländischen Angestellten der Ober- und Distriktinspektionen erfolgt gleichfalls durch die beiden Oberinspektoren und ist von dem Finanzminister zu genehmigen.« Nach den Seezöllen käme demnach ein zweiter großer Reichseinnahmestrom unter europäische Kontrolle. Wenn trotzdem nur ein recht gedämpfter Jubel erklingt, so erklärt sich das aus den oben geschilderten augenblicklichen Verlegenheiten des europäischen Geldmarkts. Man hat alle Hände voll mit der leidlichen Befriedigung des heimischen Leihkapitalsbedarfs zu tun und soll nun eine Riesensumme für das ostasiatische Reich oder vielmehr für den weltpolitischen Einfluß Europas in Ostasien flüssig machen. Auch an Schiebungen zwischen den beteiligten 5 Großmächten ist hierbei zunächst nicht zu denken: die börsenmäßige Lieferbarkeit der Stücke der neuen Anleihe bleibt bis auf weiteres auf diejenigen Länder beschränkt, in denen sie zur Ausgabe gelangen; das heißt, die deutschen Stücke sind nicht in England und Frankreich, die französischen und englischen nicht in Deutschland lieferbar. Die Gesamtanleihe beträgt, wie erwähnt, 25 Millionen Pfund Sterling; beteiligt sind England und Frankreich mit je 7 416 680 Pfund, Deutschland mit 6 Millionen, Rußland mit 2 777 773 und Belgien mit 1 388 887 Pfund.

×
Kurze Chronik Die Güterverkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen (ohne Bayern)

sind auch im April bedeutend gestiegen: auf 172,98 Millionen Mark, also um 18,41 Millionen gegen den gleichen Vorjahrsmonat. × Andererseits hat sich bei den an den **Arbeitsmarkt** angeschlossenen **Arbeitsnachweisen** das Verhältnis zwischen Stellensuchenden und Stellenangeboten seit Februar stets schlechter als im Vorjahr gezeigt. Im Monat April kamen bei den an den **Arbeitsmarkt** berichtenden Nachweisen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 123,5 Arbeitsuchende; das sind 4,6 mehr als im Vormonat und sogar 6,8 mehr als im April des Vorjahrs.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat den Bericht für 1912 veröffentlicht. Danach ist der

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier der bedeutendste Kampf des Vorjahrs gewesen. Bei dieser Gelegenheit setzte die Hetze gegen die freien Gewerkschaften ein; man beschuldigte sie des Terrorismus gegen Arbeitswillige und verlangte zu deren Schutz verschärfte Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens. Ein dahingehender konservativer Antrag wurde aber im Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt, und die Reichsregierung erklärte mit der schärfen Anwendung der bestehenden Gesetze einstweilen auskommen zu können. Doch soll bei der Neuregelung unseres Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch ein Schlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter geführt werden. Der Bericht beschäftigt sich ferner mit der zusammen mit dem **Zentralverband deutscher Konsumvereine** gegründeten gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft **Volksfürsorge** sowie mit der Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen Baufachausstellung in Leipzig. Außerdem wird über Jugendbewegung, Agitation, Statistik, Kongresse, Konferenzen und Generalversammlungen sowie über die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse berichtet. Das **Korrespondenzblatt** hatte Ende 1912 eine Auflage von 30 000, der **Operaio italiano** eine solche von 10 184 und die **Osviata** von 8034 Exemplaren. Von der **Generalkommission** wurde zudem noch eine große Anzahl von Broschüren gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts herausgegeben. Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 879 689,13 Mark (einschließlich des Kassenbestands von 442 861,71 Mark) und eine Ausgabe von 444 322,93 Mark. Für Streiks und Aussperrungen betrug die Einnahme 699 416,21, die Ausgabe 521 290,17 Mark; der Kassenbestand wies 82 670,45 Mark auf, nachdem 95 455,59 Mark an die Zentralvorstände zurückgezahlt worden waren. Unterstützungen erhielten die Tabak-, Porzellan- und Bergarbeiter.

An den Bericht der **Generalkommission** schließen sich die Berichte des Zentralarbeitersekretariats und der Unterstützungsvereinigungen; diese hatte eine Einnahme von 270 053, eine Ausgabe von 186 595,20 und ein Vermögen von 1 127 571,97 Mark.

×

×

Kongresse und Verbandstage

Der 9. Verbandstag der Steinsetzer fand vom 9. bis zum 15. März in Berlin statt. Vor 26 Jahren war, ebenfalls in Berlin, die Zusammenfassung der bis dahin lokal zerstreuten Berufsvereinigungen zu einer, wenn auch damals rein zünftlerischen Zentralorganisation erfolgt. Der Verband hatte Ende 1912 in 283 Filialen 10 766 Mitglieder. In der 3jährigen Berichtsperiode betrugen die gesamten Einnahmen 1 036 618, die Ausgaben 882 055 Mark, davon für Streiks 221 322, Maßregelungen 6057, Reiseunterstützung 7256, Notfallunterstützung 14 002, Rechtsschutz 8636, Krankenunterstützung 62 105, Steuerunterstützung 35 900, Fachorgan 57 640 Mark. Die Beitragszahlung pro Kopf des einzelnen Mitglieds erhöhte sich von 22,95 Mark im Jahr 1910 auf 24,28 im Jahr 1912. Der Verbandstag beschäftigte sich unter anderem mit der Frauenarbeit. Einzelne Redner verlangten ein Verbot der Frauenarbeit für das Straßenbaugewerbe. Andere betonten das dringende Bedürfnis die Frauen zu organisieren, um ihre Lage zu verbessern. Auch soll der Jugendbewegung im Beruf größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die weitere Beratung galt dem Hauptvertrag, der mit der Leitung des Reichsverbands der Steinsetzbetriebe ausgearbeitet worden war. Er wurde mit 78 gegen 12 Stimmen angenommen. In einer Resolution wurde die Verschmelzung mit anderen Verbänden zurzeit noch nicht für unbedingt notwendig erachtet. Ein äußerst instruktiver Vortrag des Reichstagsabgeordneten Bauer über die *Volksfürsorge* wurde ohne Debatte entgegengenommen.

Die Kupferschmiede hielten ihre 8. Generalversammlung vom 24. bis zum 29. März in Stettin ab. Der Verband hat in 100 Filialen 5256 Mitglieder und ein Vermögen von 165 309,31 Mark. An hauptsächlichsten Ausgaben hatte er in den 3 Berichtsjahren für Erwerbslosenunterstützung 162 494,94, für Streiks und Maßregelungen 79 005,20 Mark zu verzeichnen. Durch die im Kupferschmiedegewerbe abgeschlossenen Tarifverträge ist die Arbeitsdauer von 57,2 auf 56,9 Stunden pro Woche herabgesetzt worden; der Lohn ist von 30,20 auf 33,51 Mark pro Woche im Durchschnitt gestiegen. Zirka 70 % der in reinen Kupferschmiedereien Beschäftigten arbeiten jetzt zu tariflich geregelten Lohn-

und Arbeitsbedingungen. Die Generalversammlung sprach sich denn auch in einer Resolution für den Abschluß von Tarifverträgen aus, weil sie darin die gegenwärtig geeignetste Form erblickt zu möglichst gleichmäßig geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen. Sie verpflichtet daher alle Mitglieder noch energischer als bisher bei Lohnbewegungen für den Abschluß von Tarifverträgen einzutreten. Darauf folgten ein Referat über Arbeitsvermittlung und Berichte von den beiden letzten Gewerkschaftskongressen und dem internationalen Metallarbeiterkongreß.

Der 20. Verbandstag der Bergarbeiter wurde vom 27. April bis zum 2. Mai in Hannover abgehalten. Er war von 106 Delegierten besucht. Der Verband hat in der letzten 2jährigen Geschäftsperiode einen Verlust von 9375 Mitgliedern zu verzeichnen; die Mitgliederzahl ging von 123 437 auf 114 062 zurück. Der Rückgang ist zum größten Teil auf den unglücklichen Ausgang des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier zurückzuführen. Der Kassenbericht verzeichnet in den beiden Geschäftsjahren an Beiträgen 4 432 971 Mark, an Gesamteinnahmen und -ausgaben 4 176 777 und 8 925 420 Mark. Das Verbandsvermögen betrug am 31. Januar 1913 2 644 136 Mark. Für Steuerunterstützung wurden 182 210, für Kranke 706 381, für Arbeitslose 83 200, für Streiks 3 615 526, für Gemaßregelte 184 348, für Rechtsschutz 180 046 und für Anwalts- und Prozeßkosten 100 862 Mark verausgabt. Die vom Verband in den Revieren Essen und Hamm in 298 Zahlstellen veranstalteten Unterrichtskurse waren von 3006 Teilnehmern besucht. In einer Resolution wurde die Haltung des Verbandsvorstands vor und während des vorjährigen Streiks ausdrücklich gebilligt und das Verhalten des christlichen Gewerkevereins verurteilt. Erst wenn der christliche Gewerkverein durch Taten beweise, daß er es ernst meint und im Notfall auch vor einem Streik nicht zurückschreckt, solle mit ihm wieder gemeinsame Sache gemacht werden. Nach einem Referat des Genossen Waidhecker (Bochum) über Massenunglücke im Bergbau wurde eine Resolution angenommen, die ausreichenden Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter und die Anstellung von Werkskontrolleuren zur Überwachung einer strengen Durchführung der zum Schutz der Belegschaft-

ten erlassenen Vorschriften fordert. Diese sollen aus Staatsmitteln hinreichend besoldet und von der Arbeiterschaft in einem allgemeinen, gleichen und geheimen Verfahren gewählt werden. Über *Syndikatspolitik und Verstaatlichungsfrage im deutschen Bergbau* referierte Genosse Hue, und im Anschluß an den Vortrag wurde eine Resolution angenommen, die die Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe als die geeignetste Maßregel zum Schutz der durch die sich anbahnende riesenkapitalistische Trustbildung schwer bedrohten Gemeininteressen fordert.

× **Kurze Chronik** Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe sind am 30. April zu Ende geführt worden, nachdem die Lohnaufbesserungen und die Verkürzung der Arbeitszeit für alle Orte und Lohngebiete festgelegt waren. Der Verbandstag der Bauarbeiter stimmte den Vereinbarungen mit 296 gegen 99 Stimmen zu, desgleichen der Verbandstag der Zimmerer mit 102 gegen 35 Stimmen. Die Generalversammlung des Arbeitgeberbunds hat ebenfalls die Annahme beschlossen. × Der Holzarbeiterverband hatte am Jahresschluß 1912 1095 Tarifverträge für 14 336 Betriebe mit insgesamt 144 656 Arbeitern abgeschlossen. × Die Aussperrung der Maler dauert bereits 10 Wochen; die Zahl der Ausgesperrten ist jedoch auf 9839 gesunken, während 18 818 Gehilfen zu tariflichen Bedingungen arbeiten, die über die Schiedssprüche der Unparteiischen hinausgehen. × Der mit einer Beteiligung von 10 000 Personen am 15. Februar begonnene Kampf der Binnenschiffer der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen um eine gemeinsame ununterbrochene Ruhezeit von 8 Stunden ist erfolglos beendet worden. × Der Streik der Berliner Konfektionsschneider wurde durch gemeinsame Verhandlungen unter Zuziehung der Hauptvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die 9 Tage in Anspruch nahmen, für die Arbeiter mit Erfolg beendet. × Ein Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien, der von der polnischen Berufsvereinigung geführt wurde, mußte wegen Mangel an Mitteln zur Unterstützung der Kämpfenden ergebnislos abgebrochen werden. × Der Buchdruckerverband hatte am

31. März 67 273 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen im letzten Geschäftsjahr 3 898 665,03, die Ausgaben 3 128 331,73 Mark. Das Vermögen stieg von 8 998 458,18 auf 9 768 791,48 Mark. Für Reiseunterstützung wurden 227 453,25, Arbeitslosenunterstützung 1 151 606,75, Umzugskosten 43 700, Krankenunterstützung 1 265 530,15, Begräbniskosten 98 173,92 Mark verausgabt. × Der Handlungsgehilfenverband hatte am Jahresschluß 1912 18 489 Mitglieder; dazu kamen 2970 Lagerhalter; im 1. Quartal dieses Jahres stieg die Mitgliederzahl auf 22 985. × Der Textilarbeiterverband hatte am Jahresschluß 87 884 männliche und 54 750 weibliche, insgesamt 142 634 Mitglieder. × Der Hutarbeiterverband hatte am Jahresschluß 5829 männliche und 5259 weibliche, insgesamt 11 188 Mitglieder und einen Kassenbestand von 368 702 Mark. × Die *Graphische Presse*, das Organ des Lithographenverbands, konnte am 1. April auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Deutsche Bücherei Unter dem Namen *Deutsche Bücherei* errichtet der *Börsenverein der deutschen Buchhändler* in Leipzig eine deutsche Zentralbibliothek. Die *Deutsche Bücherei* ist ausschließlich als Präsenzbibliothek gedacht: ihre Bücher können nur an Ort und Stelle benutzt werden und werden weder innerhalb der Stadt noch nach auswärts verliehen. Die Sammelaufgabe der Bibliothek ist begrenzt; es wird systematisch lediglich die gesamte vom 1. Januar 1913 an erscheinende deutsche und fremdsprachige Literatur des Inlands und die gesamte deutschsprachige Literatur des Auslands gesammelt. Bücher, die jenseits dieser sachlichen und zeitlichen Grenzen liegen, werden von der *Deutschen Bücherei* zwar keineswegs ausgeschlossen sein, aber sie gehören nicht prinzipiell zum Arbeitsthema dieser Bibliotheksorganisation. Musikalien und täglich erscheinende periodische Druckschriften sind ausgeschlossen. Werke, die vor 1913 zu erscheinen begonnen haben, werden nach Möglichkeit durch die früher veröffentlichten Teile ergänzt. Materiell wird diese Zentralbibliothek auf folgende Art ermöglicht: Die sächsische Regierung errichtet auf dem von der Stadtgemeinde Leipzig unentgeltlich

zur Verfügung gestellten Bauplatz, dessen Wert auf 500 000 Mark veranschlagt ist, mit einem aus Landesmitteln bereitgestellten Betrag von 3 Millionen Mark die notwendigen Bibliotheks- und Verwaltungsgebäude und die im Lauf der Zeit notwendig werdenden Erweiterungsbauten. Zu den Mitteln für Erwerbung, Unterhaltung, Verwaltung und Erweiterung der Sammlungen der deutschen Zentralbibliothek trägt der sächsische Staat jährlich 85 000 Mark, die Stadtgemeinde Leipzig jährlich 115 000 Mark bei. Damit ist der jährliche Etat der Bibliothek auf 200 000 Mark normiert. Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß spätestens nach Ablauf des mit der Hinrichsschen Buchhandlung bestehenden Vertrags (spätestens Ende 1916) die Bearbeitung des Verlagskatalogs als Bearbeitung einer allgemeinen deutschen Gegenwartsbibliographie durch den *Börsenverein der deutschen Buchhändler* übernommen werden und in enger Verbindung mit der *Deutschen Bücherei* betrieben werden wird. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Bibliographie, die für den Geistesarbeiter von der größten Bedeutung sein wird (wie es ja heute schon das *Hinrichssche Wöchentliche Verzeichnis* ist), der Öffentlichkeit in möglichst billiger Art zur Verfügung gestellt würde, und zwar in der Form selbständiger, ablösbarer Spezialbibliographien für die einzelnen Disziplinen.

Die materielle Fundierung der Zentralbibliothek erscheint nicht ganz unproblematisch. Der jährliche Unterhaltungsfonds von 200 000 Mark, der die ganzen Kosten des Bibliotheksbetriebs (Kosten der Büchererwerbung, Kosten der Bibliotheksämter usw.) decken soll, erscheint natürlich viel zu gering. So hat sich der *Börsenverein* alsbald mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß es ohne Stiftungen großen Maßstabs nicht abgehen kann. Unter den Betriebsmitteln werden in § 4 des Statuts außer den Beiträgen des sächsischen Staates und der Stadtgemeinde Leipzig »etwaige Beiträge an Geld und Sammlungsgegenständen vom Deutschen Reich oder von anderen Staaten, Gemeinden, sonstigen Körperschaften und Privatpersonen« und »aufgesammelte Fonds und Stiftungen und deren Erträgnisse« angegeben. Den entscheidenden Schritt, die Ablieferung je eines Pflichtexemplars aus der gesamten Verlagsproduktion wenigstens innerhalb des Deutschen Reichs, hat man nicht empfohlen. Eine Publikation

des *Börsenvereins* läßt sich hierzu folgendermaßen aus: »Der peinliche Zwang des Pflichtexemplars, mit dem nie Hinlängliches zu erreichen war, ist für die *Deutsche Bücherei* prinzipiell vermieden, wohl aber vertrauen wir auf eine lebendige Anteilnahme aller deutschen Buchhändler, jeder nach Eigenmaß seines Könnens und Wollens zu freier Mitarbeit am stolzen Bau unserer großen deutschen Bücherei.« Es ist bereits eine beträchtliche Anzahl von Verlegern in die Liste der Verleger eingezeichnet, die freiwillig je ein Exemplar ihrer Verlagsproduktion zur Verfügung stellen. Der *Börsenverein* sendet gedruckte Formulare aus, durch deren Ausfüllung die Verlage die nämliche Selbstverpflichtung übernehmen sollen. Es ist nun nicht einzusehen, weshalb man nicht vollends die Einführung eines reichsgesetzlichen Pflichtexemplars versucht, wenn so viele Verlage bereit sind Freixemplare ihrer Verlagsproduktion zur Verfügung zu stellen. Damit wäre eine sichere Grundlage erreicht gewesen; auch eine für einen gewissen Idealismus sehr legitime Grundlage: denn im Gegensatz zu anderen Konsumgütern ist das Buch seinem Wesen nach ein sehr kommunistisches Konsumgut, das der weitesten Öffentlichkeit zugute kommen kann, zumal in einer Reichszentralbibliothek. Je länger desto mehr wird der Fonds von 200 000 Mark ungenügend sein, und entweder die freie Einlieferung von Exemplaren oder aber die Erhöhung des Ankaufsfonds gefordert werden müssen. Wie dem sei, es ist Tatsache, daß das Pflichtexemplar vermieden wurde, und daß man glaubt mit einem Pflichtexemplar »Hinlängliches« nicht erreichen zu können. Erwähnt sei noch, daß laut § 3 des Statuts das Grundstück, die Bibliotheks- und Verwaltungsgebäude mit der Bibliothekseinrichtung kosten- und lastenfrei in das Eigentum des *Börsenvereins* übergehen und einen unveräußerlichen, unbelastbaren, nur für die Zwecke der *Deutschen Bücherei* zu verwendenden Besitz des *Börsenvereins* bilden werden. Erscheint auch die materielle Grundlage des Unternehmens bei der Abneigung gegen das Pflichtexemplar für die Zukunft (wenn auch nicht für den Augenblick und die nächsten Jahre) etwas unsicher, so soll doch nicht verkannt werden, daß es sich hier um ein Unternehmen handelt, das an sich selber von der größten geisteskulturellen Bedeutung ist. Es ist im Grund ein unerhörter

Zustand, daß es im Deutschen Reich zurzeit noch kein Institut gibt, in dem die gesamte Literatur wenigstens der deutschen Gegenwart zu finden ist. Von der Königlichen Bibliothek in Berlin konstatiert ihr Leiter, Harnack, daß dort im Jahr 1908-1909 fast 7 % der geforderten Bücher, im Jahr 1911-1912 über 5 % überhaupt nicht vorhanden waren. Das ist für die erste Bibliothek des Reichs immerhin ein böser Zustand. Konkret gesprochen: Auf 704 854 Bestellungen mußte 1911-1912 in 35 926 Fällen erwidert werden *Nicht vorhanden*. Allerdings handelt es sich hier nicht nur um deutsche Werke und nicht nur um Werke der Gegenwart. Aber wie das auch sein mag, niemand wird den Wert des geplanten Unternehmens verkennen. Auch vermag die Existenz einer solchen Institution auf das öffentliche Bibliothekswesen überhaupt belebend einzuwirken. Die Regierungsäußerung, die neulich im preußischen Landtag fiel: daß die Berliner Königliche Bibliothek nach ihrer Neuordnung den Vergleich mit der *Deutschen Bücherei* nicht zu scheuen haben werde, zeigt, daß die geplante Gründung den Eifer der Berliner Bibliotheksleitung mit anregt.

× **Zeitungs-** ×
archiv Mit dem Anfang dieses Jahres begann eine Publikation zu erscheinen, die bei zweckmäßigem Ausbau großen Wert erlangen kann: das *Deutsche Zeitungsarchiv* (Sitz Berlin). Jeder empfindet, wie schwer es trotz einer Überfülle von Zeitungen ist sich über die Geschichte des Tages zu informieren, eine Übersicht über Ereignisse, Urteile, Stimmungen des Tages zu gewinnen. Das *Deutsche Zeitungsarchiv* sucht diesem Mangel abzuweichen. Als eine »Zentralstelle zur Aufbewahrung und Erschließung des Hauptinhalts der deutschsprachigen Tageszeitungen« veröffentlicht die Redaktion des *Deutschen Zeitungsarchivs* »mit Hilfe eines Stabes fachmännisch geschulter Hilfskräfte« Auszüge aus deutschsprachigen Tagesblättern. Unter den 100 regelmäßig benutzten Blättern sind 5 sozialdemokratische (*Vorwärts*, *Wiener Arbeiterzeitung*, *Münchener Post*, *Leipziger Volkszeitung* und *Schwäbische Tagwacht*). Das *Deutsche Zeitungsarchiv* erscheint zunächst nur für die Gebiete Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik. Die tägliche Ausgabe kostet für jedes dieser Gebiete 120, die monatliche 60 Mark. Doch

können auch Unterabteilungen der 3 großen Gebiete bezogen werden. So erscheint die Hauptabteilung *Politik* in folgenden Unterabteilungen: *Allgemeines, Äußere Politik, Staats- und Kommunalverwaltung, Parlaments- und Parteiwesen, Militär-, Kriegs- und Friedenswesen*.

Es kann nicht gerade gesagt werden, daß die ersten Nummern sehr bewegend sind. Aber das liegt wohl nicht an der Bearbeitungstechnik sondern an den Dingen selber und an der deutschen Presse. An der äußern Gestalt des *Deutschen Zeitungsarchivs* fällt eines höchst unangenehm auf: daß es nämlich in Fraktur und nicht in Antiqua erscheint. Wenn es eine Gelegenheit gab Antiqua in der Publizistik durchzusetzen, dann war es diese Gelegenheit. Es ist grotesk, daß diese Gelegenheit versäumt wurde. Das törichte Geschrei unwissender Deutschtümler (die so das Deutschland kompromittieren) und die ängstliche Nachgiebigkeit einiger großer liberaler Organe, die anfangs den Antiquadruck verlangt hatten, sind schuld an dieser (kleinen, aber bemerkenswerten) Niederlage der Zivilisation.

Ein schwerwiegender Mangel in der prinzipiellen Anlage ist die Begrenzung des Unternehmens auf deutschsprachige Zeitungen. Einem, der sich heute über den Tag wirklich orientieren will, ist es unmöglich ohne diese oder jene ausländische (französische, englische) Zeitung auszukommen. Es ist dringend zu wünschen, daß das *Deutsche Zeitungsarchiv* recht bald eine begrenzte Anzahl fremder Tageszeitungen hereinzieht. Endlich mag noch darauf hingewiesen sein, daß die sozialdemokratischen Zeitungen mitunter in einem recht schwachen Verhältnis herangezogen sind. Das ist vielleicht Auffassungssache. Doch dürfte die Information, gerade des Gegners, dabei zu kurz kommen.

× **Kurze Chronik** ×
 Für Elsaß-Lothringen wird ein neues Schulunterhaltungsgesetz gefordert. Fortschrittspartei und Sozialdemokraten verlangen speziell die Übernahme der Lehrergehälter, die zurzeit größtenteils von den Gemeinden getragen werden, auf den Staat. Das Zentrum widerstrebt der Verstaatlichung der Lehrergehälter. × Nachdem nun Frankfurt seine Universität haben soll, hat der Senat der Stadt Hamburg der Bürgerschaft eine Vorlage zugehen lassen, die das Projekt der Gründung

einer Universität in Hamburg enthält. Die Universität soll eine philosophische, eine juristische, eine naturwissenschaftliche und eine kolonialwissenschaftliche Fakultät erhalten. Das Stiftungskapital soll 19 Millionen betragen. $9\frac{1}{2}$ Millionen sind bereits in den vorhandenen wissenschaftlichen Instituten investiert; es bleiben also noch $9\frac{1}{2}$ Millionen zu decken. X Auch für Dresden wird innerhalb der Gemeindeverwaltung eine Universität projektiert. X In der Osterwoche tagte der 1. deutsche Kongreß für alkoholfreie Jugend-erziehung in Berlin. X Nach der publizistischen Mitteilung eines Berliner Stadtverordneten ist die Schulspeisung in Berlin dahin gediehen, daß in Groß Berlin (ohne Neukölln) 6336 Schüler Mittag, 12 000 Schüler Mittag oder Frühstück erhalten. X Der sozialdemokratische Bildungsausschuß hat ein Verzeichnis künstlerischer Wandbilder herausgegeben, das als erster Versuch auf diesem Gebiet unserer Bildungspolitik begrüßt werden darf. Es werden allerdings in den nächsten Ausgaben Streichungen auf der einen Seite, Ergänzungen auf der andern nützlich sein.

X
Literatur

Professor Oskar Weise hat über Geschichte und Wesen unserer Muttersprache einen sehr hübschen Band geschrieben (*Unsere Muttersprache* /Leipzig, Teubner/), der für weitere Kreise in Betracht kommt. Auch für Arbeiter, die sich (bei einigen sprachlichen Interessen) in das Werden und in den Bau der deutschen Sprache einführen lassen wollen, kommt dies aus gründlicher Stoffbeherrschung stammende Buch in Betracht. Doch setzt es den Willen zu einem intensiven Spezialstudium immerhin voraus. X Über reformerische Strömungen in der deutschen Studentenschaft orientieren eine in den *Sämannschriften* veröffentlichte Rede des Breslauer Professors W. Stern *Der Student und die pädagogischen Bestrebungen der Gegenwart* /Leipzig, Teubner/ und eine Broschüre von Herbert Kühnert und Hermann Kranold *Wege zur Universitätsreform* /München, Reinhardt/. Beide Broschüren (der ersten ist noch ein Diskussionsbericht und ein Verzeichnis der in der deutschen Studentenschaft bestehenden *Pädagogischen Gruppen* angeschlossen) zeugen von einem erfreulichen kulturellen Ernst, der einen Teil

der deutschen Studentenschaft beherrscht. Die Broschüre von Kühnert und Kranold, zwei jungen Autoren, die aus der Soziologenschule Müller-Lyers und Bohlens hervorgegangen sind, versucht ihre Reformideen aus einem kulturpolitischen System abzuleiten. Unter den Forderungen Kühnerts und Kranolds sind folgende von Interesse: Überwindung des spezialistischen Charakters unserer Universitäten durch Einführung einer kulturwissenschaftlich-synthetischen Systematik in den Bildungsplan der Universitäten, Ausbau der Forschungsinstitute, die neben den Lehrinstituten heute zu kurz kommen, Einführung eines studentischen Parlamentarismus zur Vertretung wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Interessen der Studentenschaft. Es ist für diese Zeit charakteristisch, daß derartige Initiative von der Studentenschaft ausgeht, daß der Staat versagt, wie er auch die Begründung einer Reichszentralbibliothek der Initiative außerbehördlicher Kräfte überlassen hat.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Wolf

Professor Julius Wolf, der, auf Grund seines Buches *Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung* von Frei-

herrn von Stumm energisch protegirt, in den neunziger Jahren die Professur für Nationalökonomie in Breslau erhielt, ist nach dem Weggang Herknerns, der Schmollers Stelle übernahm, zum ökonomischen Dozenten des großen Charlottenburger Polytechnikums avanciert. In den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wurde diese überraschende Beförderung kritisiert, was dem freikonservativen Redner Anlaß zu einem Lobgesang auf den Erwählten und die Weisheit der Regierung, die solche Männer nach ihrem Wert zu schätzen wisse, gab. Unmittelbar darauf erschien im *Berliner Tageblatt* vom 18. April ein *Eingesandt* von »unterrichteter Seite«, das auf die Schiebungen, die da gespielt haben, und überhaupt auf unsere preußischen Universitätszustände ein helles Licht wirft. Das Wesentlichste daraus sei hier im Auszug mitgeteilt: »An seiner [Herknerns] Stelle ist Wolf (Breslau), ein Mann der schärfsten Richtung, eingeschoben. Nicht etwa auf Vorschlag der technischen Hochschule, auch nicht weil er sich für

den Unterricht an technischen Hochschulen besonders eignet oder weil er der Technik besonderes Interesse entgegenbringt. Entscheidend für diese Wahl sind nur Momente, die außerhalb der technischen Hochschule Bedeutung und Wichtigkeit haben können. Die Berufung des Breslauer Herrn ist auch gegen den Rat des ganzen Lehrkörpers erfolgt, also gegen den sachverständigen Rat derer, die die Ingenieurausbildung einigermaßen kennen und in erster Linie auch dafür verantwortlich sind. Bezeichnend für die Art wie solche Vorgänge sich abspielen ist die Tätigkeit, die Unverantwortliche dabei entwickeln. Sobald bekannt wird, daß ein Lehrstuhl für Nationalökonomie frei wird, suchen sie auf allen Wegen und mit allen Mitteln auf die Wiederbesetzung Einfluß zu gewinnen.... Im vorliegenden Fall wandte sich ein politisch interessierter Großindustrieller sofort an einen Berliner Schmollerfeind, um mit ihm einen Mann ausfindig zu machen, der nicht Schmollerschüler ist und bei der Unterrichtsverwaltung durchgedrückt werden kann. Da die letztere sich diesem Einfluß unterstellt oder ihn nicht abzuwehren versteht, kann sie natürlich ihre berufenen Ratgeber nicht beachten... Das Gutachten, das von technischen Hochschulen immer mit Zustimmung des Senats (also der Vertretung der ganzen Hochschule, nicht wie bei der Universität von einer einzelnen Abteilung) abgegeben wird, enthielt die Namen von 6 der tüchtigsten Männer. Darunter waren allerdings keine mit prononciertem Richtung, wohl aber solche, die nicht zu den Schmollerschülern gehören, und die zudem mit ihrem warmen Interesse für Industrie- und Ingenieurwissenschaften selbst dem sozialpolitisch auf extremem Standpunkt stehenden Großindustriellen nicht gefährlich erscheinen können.« Scharfmacherische Großindustrielle, denen schon der so gemäßigte Schmoller ein Greuel ist, als entscheidende Faktoren bei der Besetzung ökonomischer Lehrstühle: eine für das Ansehen preußischer Hochschulen blamablere Konstatierung läßt sich schwer denken. Da ein Dementi, das doch im dringendsten Interesse der Behörden läge, nicht erfolgt ist, wird man annehmen dürfen, daß alle Angaben der Zuschrift der Wirklichkeit entsprechen. Eine charakteristische Ergänzung zur lex Arons.

Professor Julius Wolf besitzt den Ehrgeiz ein Theoretiker der Nationalökonomie zu sein. Will man ein Bild von der Methode gewinnen, nach der er als Lehrer Studenten in die ökonomische Betrachtung einführt, sie zu ökonomischem Denken bildet, so wird man sich zu diesem Zweck füglich an seine 1908 veröffentlichte *Nationalökonomie als exakte Wissenschaft*, die er selbst als *Grundriß* bezeichnet, zu halten haben. Es seien daraus einige charakteristische Proben, die des Interesses unter den gegebenen Umständen nicht entbehren, mitgeteilt.

Daß hinter dem präntiösen Etikett *exakt* nicht gerade viel neue Einsicht (diese pflegt bescheidener aufzutreten) stecken würde, ließ sich, zumal bei dem herrschenden landläufigen theoretisch-ökonomischen Eklektizismus, ja wohl voraussehen. Doch das Gebotene bleibt auch hinter den bescheidensten Erwartungen zurück. Die Paragraphen sehen in ihrer Aufeinanderfolge weniger einer Paraphrase als einer ungewollten Parodie der üblichen Doktrin ähnlich. Exakt ist nur die Konsequenz, mit der der Autor allen Ansätzen zu einem halbwegs methodisch-systematischen Zusammenhang, auch solchen, die seit Adam Smith Gemeingut sind, aus dem Weg geht. Dabei erklärt er im Vorwort, es habe sich »für ihn zunächst darum gehandelt eine Anzahl exakt, das heißt nach exakter Methode gewonnener neuer Wahrheiten in strenger Fassung zur Wiedergabe zu bringen«, und daraus sei dann schließlich »das zusammenhängende, und ich darf wohl sagen *geschlossene* System geworden, als welches dieser Grundriß sich darstellt«. Exakt sei »eine Wissenschaft, die vermöge ihrer Natur zu abschließenden, durch neue Untersuchungen und neues Material nicht mehr in Frage zu stellenden Resultaten zu gelangen vermag, und deren Formulierungen damit eine Schärfe und Sicherheit zulassen, die von jener der mathematischen Wissenschaft nur durch das (Mitteilungs-) Mittel abweicht«. Daß die Nationalökonomie in diesem Sinn zum Kreis exakter Wissenschaft gehöre, das solle die »experimentell« geführte Untersuchung, deren Ergebnisse das Buch in Thesenform vortühre, zeigen. Ein fast 2 Seiten langes, »auch im Interesse der Wahrung der Priorität« zusammengestelltes Verzeichnis der spezifisch

»neuen«, in dem Werk erstmalig publizierten »Erkenntnisse« paßt sich dem Rahmen dieser Ankündigungen stilvoll ein.

Von irgendeiner allgemeinen Problemstellung, durch die die Aufgabe der Untersuchung prinzipiell näher bestimmt würde, ist im Bereich der Wolfischen *Exaktheit* nie die Rede. Daß eine theoretische Nationalökonomie, die den modernen kapitalistischen Wirtschaftsprozess analysieren, eine überseichte Selbstverständlichkeiten hinausgehende, den Forderungen systematischen Denkens genügende Begriffsbestimmung dieses Prozesses geben will, natürlich von der Betrachtung des allgemeinsten, ihn näher charakterisierenden Phänomens (also davon, daß in ihm die Produktion der Güter durchgängig in Form der Warenproduktion, der Produktion für den Austausch, sich vollzieht) ihren Ausgang nehmen muß; daß, bevor man überhaupt von »Preisen« redet, die innere Notwendigkeit klarzulegen ist, kraft deren der Austausch, für den produziert wird, ein Austausch aller zu konkreten Bedarfszwecken nachgefragten Güterarten gegen eine allgemein dafür als Gegengabe verlangte sein muß (ein Austausch also, in dem alle Güterarten als Waren sich gemeinsam auf eine Güterart als Geld beziehen), dergleichen kümmert Wolf nicht im geringsten. Und ebenso wenig legt er sich je die Frage vor, wie und warum denn Geldvermögen in der modernen Wirtschaft »Kapitalfunktion« erhalten kann, und welcherlei Bestimmungen hinsichtlich des Größenverhältnisses der von den Lohnarbeitern geleisteten Arbeit zu dem Arbeitsquantum, das ihnen, in Warenform verkörpert, als Reallohn zufällt (Marx' *Mehrarbeit*), aus der Tatsache des »Kapitalgewinns« folgen.

Es gibt da einen Abschnitt, der sich *Allgemeine Theorie des Preises*, und einen Paragraphen, der sich *Theorie des Geldes* nennt. Aber das Geld kommt in dem Wolfischen Zettelkasten erst etwa 25 Seiten später nach dem Preis an die Reihe. Und an der Spitze dieser *Theorie des Geldes* marschiert der lapidare Einleitungssatz: »Auf dem Markt der entwickelten bürgerlichen Wirtschaftsordnung wird in Geld gehandelt.« Ein ausgezeichnetes Spezifikum, nach dem man annehmen müßte, daß auf diesem Markt in Waren nicht gehandelt würde! Jene

allgemeine Theorie des Preises aber, von der man doch, auf jeden Anspruch an Tiefe verzichtend, zum mindesten eine halbwegs rationelle Zergliederung der Produktionskosten (Materialkosten und Lohnkosten), einen Hinweis auf die Ausgleichstendenzen der Gewinnregulierung, auf den Einfluß, den die Einführung Arbeit sparender Produktionsmethoden auf die Bewegung des Preisniveaus ausübt, usw. erwarten sollte, gleitet schweigend über alles das hinweg. Dafür entschädigt sie durch eine der »neuen« in der Liste des Vorworts annoncierten Entdeckungen, eine sogenannte *Theorie der Preisgrenzen*. Der Zweck, für den die Kapitalisten produzieren, ist natürlich die Erzielung eines Preisüberschusses über die Produktionskosten beim Verkauf, von »Kapitalgewinn«. Und das Gesetz, daß dieser Zweck auf die Dauer im großen und ganzen jedenfalls realisiert werden muß, wenn anders der kapitalistische Wirtschaftsprozess möglich sein soll, wurde meist in der Form ausgedrückt, daß der Geldbetrag der Warenpreise nicht dauernd unter den Geldbetrag, den ihre Herstellung und ihr Vertrieb den Unternehmern kosten, heruntergehen könne. Der »exakten« Wolfischen Nationalökonomie kann jene alte Grenzbestimmung (die allerdings, wenn über Selbstverständliches hinausgegangen werden soll, zum Gegenstand weiterer Analyse werden müßte) nicht genügen. Ohne überhaupt nach ihrem Sein zu fragen, korrigiert er sie durch folgende Erklärungen: »Untergrenze des Preises sind nicht, wie sonst ausgesprochen, die Produktionskosten der Waren. Für bereits produzierte Waren liegt ein Sinken des Lösewertes, das heißt des vom Verkäufer geforderten Wertes, bis gegen Null im Bereich der Möglichkeit ... Für noch zu produzierende Waren kann der Lösewert nicht (für längere Zeit) so tief sinken. Hier sind Untergrenzen, die *Kosten des Produktionsstillstands*, das heißt die Verluste, welche ein Stillstand des Unternehmens mit sich bringen würde, und die von den durch den Preis bedingten Verlusten nicht überschritten werden dürften ...« Diesem Scharfsinn schließen sich geheimnisvolle Orakelsprüche an über die »Obergrenze des Preises«, über den »Grenzwert, worunter der Ausgabewert der Ware verstanden wird, bei dem die Zahl der Käufer gerade

ausreicht den Vorrat zu räumen«. Was besagten »Ausgabewert« anlangt, so erhält man die instruktive Erklärung, »daß er sich berechnet aus dem Verhältnis der Dringlichkeit der Begehrung, der das Gut dient, zu der Dringlichkeit der anderen Begehrungen einerseits und dem nach vollzogener oder einfach gesetzter Befriedigung der anderen Begehrungen für Befriedigung der in Frage stehenden Begehrung freibleibenden Einkommenrest andererseits«. Der geneigte Leser mag zusehen, was er sich dabei denken kann. Sehr imposant nimmt sich in diesem Abschnitt auch die Entdeckung eines Gesetzes der Selbstvernichtung der »Produktionskostenverschiedenheiten« aus. Ein Wortpopanz, der nichts anderes sagen soll als daß beim Verkauf bestehender Betriebe der Preis, den die Erwerber an die betreffenden Betriebsinhaber zahlen, sich natürlich nach der größeren oder geringeren Betriebsrentabilität abstuft, daß also die neuen Käufer bevorzugter Unternehmungen, in denen mit geringeren als den üblichen Produktionskosten produziert wurde, eine Kaufsumme entrichten, deren Verzinsung den sonst aus jenen Unternehmungen herausgewirtschafteten Extraprofit annähernd oder völlig auffrisht.

Auf gleicher Höhe steht das übrige. Man schlage beispielsweise den 2., von der Güterproduktion handelnden Hauptabschnitt nach. »Die Aufgabe des Kapitals«, so beginnt der mit der Überschrift *Allgemeines über die Kapitalfunktion* verzierte § 35, »ist Natur auszulösen, tote Natur lebendig zu machen. Ganz so wie Arbeit diese Aufgabe hat, ohne Kapital sie aber nur höchst unzulänglich zu lösen vermag.« Man denkt an das *Bimbam, Bambim*, mit dem Lassalle in seiner Streitschrift gegen Julian Schmidt die betäubende, einschläfernde Wirkung solchen Wortschwallb onomatopoetisch treffend wiedergibt. Daß menschliche Arbeit, die den naturgegebenen Stoff für Zwecke menschlichen Bedarfs verarbeitet und umformt, in diesem ihrem Produzieren immer schon selbst durch solche arbeitende Umformung produzierte Produktionsmittel anwendet: dieser Tatbestand, der allen irgendwie entwickelten Stufen des wirtschaftlichen Prozesses gemeinsam ist, wird hier, soweit sich aus der Bilderpracht des Paragraphen überhaupt etwas herauschälen läßt, als

»Kapitalfunktion« erklärt. Der Stock, das Beil und das zur Pflanzung dienende Gerät des Wilden ist folglich *Kapital*. So hat schon Marx vor 50 Jahren den typischen Nonsens solcher unhistorisch leeren Begriffsbestimmungen verspottet. Aber wenigstens pflegte man bei aller solcher Leerheit doch immerhin den Gedanken festzuhalten, daß dieses sogenannte *Kapital*, die Produktionsmittel, selbst ein Produkt Natur umformender Arbeit sei, daß die lebendige menschliche Arbeit, mit solcherlei Produkten ausgerüstet, nicht einen Komplex von toten, früher produzierten Dingen *produziere*. Professor Wolf paßt das nicht in den Kram. Er wittert, scheint es, sozialistische Hinterlist darin, die, wenn man so etwas zugibt, mit dem *Recht auf den vollen Arbeitsertrag* anrücken könnte. Darum fügt er gleich vorsorglich hinzu, daß man »von der zusätzlichen Produktivität der Arbeit, die vom Kapital ausgeht, nicht als von einer Produktivität der Kapital anwendenden Arbeit sondern von einer *Produktivität des Kapitals* zu sprechen« habe. Jene erste Ausdrucksweise sei »eine bloße Metapher«. Wo doch ein Augenblick der Überlegung schon genügt, um sich zu sagen, daß umgekehrt vielmehr gerade das Gerede von einer Produktivität des toten, von der Arbeit abgelösten Kapitals sich als metaphorisch begriffslos leere Floskel qualifiziert.

Zum Abschluß seien hier noch zwei Zitate aus dem 1. Teil der Ouvertüre, die stimmungsvoll die Symphonie der Konfusionen einleitet, der Kenntnissnahme unterbreitet. Auf Zeile 11 und 12 der 4. Seite liest man: »Die erkannte Fähigkeit von Gütern oder Leistungen der Begehrungsbefriedigung zu dienen nennen wir *Wert (Güterwert)*.« Und unmittelbar darauf auf Zeile 13 und 14: »Menschliche Betätigung behufs Gewinnung von Wert nennen wir *Arbeit*.« Zwei Weisheitssprüche, aus deren Synthese, wenn man nämlich in den zweiten die in dem ersten gegebene Begriffsbestimmung des *Wertes* einsetzt, sich wörtlich folgende klassische Definition der Arbeit ergibt: Arbeit ist die menschliche Betätigung behufs Gewinnung (nicht etwa der Güter sondern) der erkannten Fähigkeit von Gütern oder Leistungen der Begehrungsbefriedigung zu dienen. Und ehe man sich von diesem Schrecken erholt hat, rollt einem in den folgenden Zeilen schon eine neue

Sturzwelle über den Kopf: »Der Überschuß des Wertes des Ergebnisses der Arbeit [also nach dem obigen Wolf'schen Wertbegriff: der Überschuß der erkannten Fähigkeit von Gütern der Begehrungsbefriedigung zu dienen, der durch Arbeit gewonnen ist] über jenen des Arbeitsaufwands [also über den Wert des Arbeitsaufwands oder seine erkannte Fähigkeit der Begehrungsbefriedigung zu dienen] nennen wir Einkommen.« Zur Beruhigung des vulgären Lesers, der die geheimnisvolle Wesenheit des »Einkommens« vielleicht noch immer nicht kapiert hat, wird die Erklärung, Einkommen sei der »Überschuß« der Leistung über die Kosten, in erläuternder Parantese hinzugefügt. Eine an gewohnte Assoziationen anklingende Reminiszenz, die aber, näher zugehört, außerhalb der Geldwirtschaft, also in einer naturalen Wirtschaftsordnung, in der weder die Arbeit noch deren Produkte gekauft werden und Geld kosten, beim Fehlen des Vergleichungsmaßstabs natürlich jede Spur von Sinn verliert. Und dabei will Wolf in diesem Abschnitt, wie er verkündet, »Elementartatsachen« alles Wirtschaftslebens, aller Wirtschaft geben.

Die logischen Kuriositäten dieser Schrift, von der der Verfasser rühmt, sie biete die in einem Vierteljahrhundert »am Baum einer wissenschaftlichen Erkenntnis gereiften Früchte«, sind unerschöpflich. Ein fleißiger Sammler müßte das halbe Buch abschreiben. Und solche Theoretik, die in tönenden Worten von bodenloser Unbestimmtheit jede Regung klaren Denkens erstickt, gibt in Verbindung mit besonderer staatlich-sozialer Gutgesinntheit heute eine Anwartschaft darauf von ersten Lehrstühlen herab die Köpfe junger, unerfahrener Leute zu bearbeiten.

✕ **Kurze Chronik** Das Buch *Politik im Licht der Entwicklungslehre, ein Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung* / München, Reinhard/ von Johannes Unold tischt als angebliches Resultat einer »erfahrungswissenschaftlichen«, mit allerhand Analogiespielereien aus dem Bereich des Organischen versetzten Geschichtsbetrachtung ein Mischmasch von Konservatismus und Liberalismus auf. Das allgemeine Wahlrecht will der Verfasser gpädiglich dem Volk noch gönnen, aber beileibe nicht das gleiche, das zur

Massenherrschaft und (wie er in wunderlicher Verkennung aller Zeichen unserer Zeit prognostiziert) zur Hemmung der Kulturentwicklung führe. Dafür schwärmt er für Berufsvertretung, die er sich natürlich so zugeschnitten denkt, daß die »Besitzenden und Gebildeten« Gewißheit haben die Masseninteressen im Parlament niederstimmen zu können. ✕ *Gewerkschaft und Volkswirtschaft* / Jena, G. Fischer/ nennt sich ein Schriftchen Th. Brauers, eines christlichen Gewerkschafters, das sich in erster Reihe mit den Zusammenhängen gewerkschaftlichen und technischen Fortschritts beschäftigt. Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, als eine Vorbedingung für Lohnerhöhungen, sollte, meint der Verfasser, ein bewußter Zielpunkt im Rahmen der gewerkschaftlichen Taktik werden.

✕ Literatur

✕ Der 75jährige Gustav Schmoller, der nach 30jähriger Dozententätigkeit an der Berliner Universität zurücktrat, um sich ganz dem Abschluß seiner schriftstellerischen Arbeiten zu widmen, läßt unter dem Titel *Charakterbilder* / Leipzig, Duncker & Humblot/ eine Sammlung seiner Gelegenheitsreden und Aufsätze über Zeitgenossen, Fürsten und Staatsmänner, Gelehrte und Schriftsteller, Beamte und Großunternehmer, die er meist auch persönlich kannte, erscheinen. Der Art der Gedächtnis- und Festreden entsprechend, seien, räumt er im Vorwort ein, »mehr die Licht- als die Schattenseiten betont«. Doch hoffe er, der Leser werde »die Bemühung objektiv zu sein stets herausfinden«. Jedenfalls ist die Lektüre, auch wo Schmollers Anschauung und Bewertung den Widerspruch herausfordern, immer instruktiv und anregend: die Darstellung ist von einer Fülle lebendiger Eindrücke getragen, und auf Herausarbeitung wesentlicher Züge eingestellt. Unter den Aufsätzen über Politiker dürften die im Jahr 1898 unmittelbar nach Bismarcks Tod geschriebenen *Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung* besonders interessieren. Ein Bewunderer des Kanzlers, verschweigt er doch auch die Kehrseite jener Züge, die ihm in dessen Bild groß erscheinen, nicht. »Ich möchte sagen«, heißt es zum Beispiel inmitten einer Lobpreisung

des realistischen Sinnes Bismarcks, »er habe im besten Sinn des Wortes einen Bauernverstand gehabt. Was er nicht selbst gesehen, nicht mit Händen gestastet hatte, das existierte gar nicht für ihn. Bei den Beratungen im Staatsrat, wobei ich die einzige Gelegenheit hatte ihn stunden- und tagelang zu beobachten, war der Haupteindruck für mich der, wie gänzlich wirkungslos die schönsten auf allgemeinen Theorien aufgebauten Reden von Gneist und anderen an ihm abprallten. Derartiges machte so wenig Eindruck auf ihn, als wenn die Betreffenden Chinesisch gesprochen hätten, während ein einziges, praktisches Beispiel, zumal ein solches aus der Sphäre seiner Lebenserfahrung, ihn sofort überzeugte. Die praktische Erfahrung war ihm alles, in der Theorie sah er nicht summierte Erfahrung sondern wesenlose Abstraktion, irrige Spekulation.« Ergänzend schließt sich ein Artikel über Bismarcks Memoiren an. Die anderen politische Persönlichkeiten und Beamte skizzierenden Aufsätze handeln von Wilhelm I., Miquel, Bülow, den Ministerialdirektoren Althoff und Hugo Tiel. Sehr anschaulich ist die Schilderung der Historiker Sybel und Treitschke. Schmollers sozialreformerischen Tendenzen, die sich freilich mit dem bekannten Zickzack seiner offiziellen Haltung, zum Beispiel in Sachen des Ausnahmegesetzes, schwer zusammenreimen lassen, gelangen besonders in der warmherzigen Darstellung von Ernst Abbes, des Gründers der Zeißstiftung, gemeinnütziger Wirksamkeit zum Ausdruck. Der Unternehmertypus, den er hier und in anderen Aufsätzen der Sammlung feiert, steht zu dem Typ, der heute, von der Scharfmacherpresse sekundiert, führend ist, in wohlthuend entschiedenem Gegensatz. × Von Muckles Werk über Saint-Simon angeregt, bespricht Walter Sulzbach im Rahmen einer Doktorarbeit *Die Anfänge der materialistischen Geschichtsauffassung* /Karlsruhe, Braun/. Ohne Saint-Simons eminente geschichtsphilosophische Bedeutung zu bestreiten, sucht er zu zeigen, daß die Betrachtung der Geschichte als eines gesetzlich bedingten Entwicklungsverlaufs, das Bewußtsein von der außerordentlichen Rolle, die die ökonomischen Faktoren und Klassenkämpfe in ihr spielen, bei Schriftstellern des 18. Jahrhunderts schon deutlicher als man meist annehme hervortreten. Neben fran-

zösischen Autoren führt er auch deutsche, in erster Reihe den Historiker August von Schläzer und einen gewissen Adelung an, der in seinem 1782 gedruckten *Versuch einer Geschichte der Kultur des menschlichen Geschlechtes* nach Sulzbachs Ansicht »das, was Montesquieu und Rousseau, Renay und Mably für den Ausbau der materialistischen Geschichtsauffassung geleistet, weit übertroffen hat«. Merkwürdigerweise wird das unter jenem Gesichtspunkt innerhalb der damaligen deutschen Literatur unvergleichbar wichtigste Dokument, Kants geniale Skizze *Idee zu einer allgemeinen Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, überhaupt nicht erwähnt. × Von Alice Salomons kleiner, geschickt populärer *Einführung in die Volkswirtschaftslehre* /Leipzig, Teubner/ ist eine 2., etwas erweiterte Auflage erschienen.

KUNST

Musik / Erich Falkmann

Musikfeste Vorsichtigerweise hatte man die Berliner Musikfeier diesmal offiziell als Bach-Beethoven-Brahms-Woche bezeichnet, in der richtigen Erkenntnis, daß einige Äußerlichkeiten keine Musikaufführungen zum Fest steigern, sondern dieser Titel nur da berechtigt ist, wo die Ausführung eines sonst nicht zu hörenden Programms das Niveau des alltäglichen Musikbetriebs übersteigt. Ausgezeichnete Vorführungen der Klassiker sind aber in Berlin nichts Seltenes. So lernte man von unbekannten Werken nur das frische und gedankenreiche Konzert für 3 Klaviere von Bach in sehr rhythmischem und stilgerechtem Vortrag kennen. Für die Aufführungen waren die besten der zur Verfügung stehenden Kräfte aufgeboden worden. Fiedler als Brahmsdirigent ist bekannt. Niemand versteht es wie er die 1. Symphonie als lebendigen Organismus in einheitlichem, nie unterbrochenem melodischen Fluß mit beseelten Unterstimmen zur Geltung zu bringen; niemand den Schlußsatz so eindringlich bis zu der mächtigen Wiederholung des Choralthemas zu steigern. Bekannt ist auch Siegfried Ochs' innerliche Interpretation der Bachschen H-Moll-Messe, und Nikischs gliedernde belebte Darstellung der 9. Symphonie Beethovens. Ganz ungekünstelt, mit intensivstem Ausdruck,

ohne alles virtuosenhafte Beiwerk spielte das Klinglerensemble Beethovens Cis-Moll-Quartett, mit fortreißendem Schwung d'Albert Beethovens Es-Dur-Klavierkonzert, mit weichem, geschmeidigem Ton Hubermann das Violinkonzert von Brahms.

Eine innere Berechtigung hatte das Meininger Musikfest, das ganz im Zeichen Max Regers stand, der als Komponist, Dirigent und Klavierspieler Triumphe feierte. Das Programm bewies, daß Reger der einzige schaffende Künstler unserer Zeit ist, den man, ohne stillos zu werden, mit den Klassikern zusammenstellen kann. Mit der 9. Symphonie Beethovens, der 1. Brahms' und der 4. Bruckners verbanden sich Regers Konzert im alten Stil, sein Chorwerk *Die Nonnen* und einige Kammermusikwerke zu einem reinstimmenden Akkord. Als die Hillervariationen mit ihrer genialen Fuge dem Fest einen glanzvollen Abschluß gegeben hatten, war Reger der Gegenstand begeisterter Ovationen. Außerdem wurde er zum meiningischen Generalmusikdirektor ernannt, und seine Vaterstadt Brand in der Oberpfalz machte ihn zum Ehrenbürger.

Die Zusammenstellung Bach-Beethoven-Brahms-Reger bewährte auch auf dem Kammermusikfest in Bonn seine Stileinheit und seine Wirkung auf das Publikum.

×
Puccini

×
Schon 2 Jahre ist Puccinis letzte Oper *Das Mädchen aus dem goldenen Westen*

alt, ohne daß man Gelegenheit hatte sie in einer deutschen Aufführung zu sehen. Die Meinung, die man aus Berichten von der New Yorker Uraufführung sowie aus dem Studium des Klavierauszugs gewinnen konnte, war keine günstige: Die sonst so inspirierte Puccinische Kantilene hat an Wärme und Innigkeit nachgelassen, lange Strecken sind gleichmäßig, musikalisch physiognomielos untermalt, der Text ist eine Zusammenstellung krasser und sentimentaler Szenen aus dem Goldgräbermilieu. Wer unter diesem Eindruck, die deutsche Uraufführung im *Deutschen Opernhaus* anhöre, konnte wenigstens in einem Punkt sein Urteil korrigieren: Ein dramatischer Zug, eine bei Puccini ungewohnte Spannung, die keine Langeweile aufkommen läßt, belebt das Werk. Aber auch sie vermag uns schließlich über

die Brutalität und psychologische Unwahrhaftigkeit des Stoffes nicht hinwegzutäuschen. Die schon in der *Tosca* zutage tretende Vorliebe Puccinis für starke Effekte hat sich gerächt. Bei der Sache nach immer derber wirkenden, immer abseitiger liegenden Stoffen ist er auf einen Text geraten, der seine Phantasie nicht mehr anzuregen vermochte. In der Musik finden wir alle die Züge wieder, derentwegen man den frühern Puccini liebte, die melodische Feinheit und die Durchsichtigkeit der Form aus der *Bohème*, die sinnliche Glut der Leidenschaft aus der *Tosca*, die zarten Lyrismen der *Madame Butterfly*. Aber die Eigenart hat sich zur Manier vergrößert, charakterisierende Einzelheiten, wie die Ganztonleiter, die leeren Quintenfolgen, die obstinate Wiederholung kleiner Melodieteilchen, erscheinen mit aufdringlicher Häufigkeit. Wie in der *Butterfly* mit japanischen, hat Puccini hier seine Inspiration mit amerikanischen Originalmelodien befruchtet, die Harmonik verrät den Einfluß Debussys, manche melodischen Wendungen lassen ein eingehenderes Studium Wagners erkennen. Eine innere Bereicherung erfährt man aus mancher intimen Stimmungsschilderung, aus den koloristischen Reizen des unendlich differenzierten Orchesters und aus einzelnen gut getroffenen lyrischen Szenen, wie dem Heimatlied, dem Liebesduett und dem Schluß des 2. Aktes, der die Aufregung der um das Leben ihres Geliebten Karten spielenden Heldin geistreich ausmalt.

×
Rothstein

×
Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Musikproduktion der Gegenwart sich am konzentriertesten in großen Formen ausdrückt. So ist es natürlich, daß das Interesse der Musikgeniessen sich in erster Linie den Orchesterwerken zuwendet, und daß die Lied- und Kammermusikkomposition nicht die gebührende Beachtung finden. Das ist auch der Grund, daß James Rothstein, der Schöpfer einer stillen, sinnenden und einfachen volkstümlichen Lyrik, ziemlich unbekannt geblieben ist. Das Gebiet, auf dem er zu Hause ist, reicht von den ernsten getragenen bis zu den naiv heiteren Stimmungen. Den Meisterschüler aus der Klasse Professor Max Bruchs erkennt man in den bildhaft vertonten Gedichten des

Rainer Maria Rilke, in der innigen Romanze *Annabel Lee*, in *Glückes genug* und in den *Neuen Volksliedern auf alte Texte*, in denen der Volkston aufs glücklichste getroffen ist. In den *Jüdischen Gesängen* lebt die melancholische Stimmung religiöser hebräischer Musik. Melodiefreudigkeit, Frische, klangvolle Behandlung der Singstimme, das sind die Grundzüge der Rothsteinschen Kompositionen. Etwas mehr sichtende Selbstkritik würde sein Gesamtwerk noch wertvoller machen. In einem Kompositionsabend, den Rothstein kürzlich im Berliner *Beethovensaal* veranstaltete, erprobte sich auch die Wirkungskraft seiner Lieder auf das Publikum.

✕ **Fall Weingart-** Eine etwas verspätete Er-
ner widerung auf die bekannte

Streitschrift Weingartners gegen die Intendantur der königlichen Schauspiele (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 134) hat Artur Wolff unter dem Titel *Der Fall Weingartner* /Berlin, Oesterheld/ herausgegeben. Die Broschüre, die sich als aktenmäßige Darstellung gibt, führt Gerichtsurteile und Briefe zwischen Weingartner und der Generalintendantur ins Feld, um das formelle Recht des Grafen Hülsen nachzuweisen. Hieran hat ja aber seit dem Urteil des Reichsgerichts niemand gezweifelt. Das Besondere des Falles liegt darin, daß man ihm vom bürokratischen Standpunkt aus nicht beikommen kann sondern allen juristischen Erwägungen gegenüber die künstlerische Berechtigung eines Musikers vom Rang Weingartners anerkennen muß seine Persönlichkeit trotz aller schikanösen Ausbeutungen einer bevorzugten Stellung zur Geltung zu bringen. Ein »krasses Stück Mittelalter« hat der Abgeordnete Kopsch in seiner diesjährigen Theaterrede im preussischen Abgeordnetenhaus das Verhalten der Generalintendantur genannt. Es offenbart sich hier das selbe autokratische Prinzip in der Verwaltung unserer Hofbühnen wie es sich in verschiedenen anderen, vom Abgeordneten Kopsch besprochenen Punkten zeigt: in einigen Fällen mangelnder sozialer Fürsorge für Angestellte, in der Gestaltung des Repertoires und in einer Behandlung der Personalfrage, die erste künstlerische Kräfte zu gewinnen und festzuhalten nicht geeignet ist.

Wie sehr die öffentlichen Sympathieen

auf Weingartners Seite stehen, wird die Art, wie am 2. Juni sein 50. Geburtstag gefeiert werden soll, zeigen. Bei dieser Gelegenheit sollte Weingartner in Berlin in zwei Konzerten Beethovens 9. Symphonie und eigene Werke dirigieren, und zwar, da er es nicht öffentlich darf, in geschlossenem Kreis. Er ist aber von dieser Idee wieder abgekommen, weil er keinen Hinterweg wählen wollte.

✕ **Paris: Neues** Ein neues Opernhaus, das
Opernhaus 4., hat Paris in dem *Théâtre des Champs-Élysées*

erhalten. Der luxuriös ausgestattete Prachtbau hat 2 Bühnen, eine große, deren Zuschauerraum 2000 Personen faßt, und eine kleine für intime Wirkungen. Der geschäftliche Unternehmer Gabriel Astruc und der künstlerische Leiter Ernest van Dyck haben ein sehr umfangreiches Repertoire aufgestellt, aus dem unter den klassischen Werken Opern von Monteverdi, Gluck und Rameau, unter den neueren Stücken der *Barbier von Bagdad*, der *Falstaff* (wann werden wir dies herrliche Werk endlich wieder in Berlin hören?) und der *Parisien* in Bayreuther Besetzung hervorgehoben seien. Die ersten Vorstellungen brachten Berlioz' dort seit 70 Jahren nicht gehörten *Benvenuto Cellini* (der auch leider wieder aus Berlin verschwunden ist) und den *Freischütz* zum erstenmal in der Originalfassung Webers, ohne die in Paris üblichen Verunstaltungen. Neben der Akustik, dem Solistenensemble und dem Orchester wird besonders der Chor gerühmt. Weingartner wurde als fortreibender Dirigent der ersten Aufführung sowie eines Beethovenkonzerts sehr gefeiert.

✕ **KurzeChronik** Der bekannte Berliner Kon-
zertbegleiter und Lieder-
komponist Erich Wolff

ist auf einer Tournee in Amerika gestorben. ✕ Die Berliner Singakademie brachte unter Leitung Professor Georg Schumanns in Mailand, Turin, Genua und Bologna auf Einladung der betreffenden Musikgesellschaften die *Matthäus-* und die *Johannespassion* von Bach und das *Deutsche Requiem* von Brahms zur Aufführung. Es war das erste Mal, daß diese Werke in Italien aufgeführt wurden, und daß ein größerer gemischter deutscher Chor in Italien sang. Der Erfolg bei dem aus allen Schichten zusammengesetzten Publikum.

war außerordentlich. × *Beatrice und Benedikt*, die originelle und graziöse Spieloper von Hector Berlioz, fand in Leipzig begeisterte Aufnahme. × Die in Deutschland so vernachlässigte Oper *Boris Godunow* von Mussorgskij, der auf Debussys Schaffen großen Einfluß ausgeübt hat, machte in New York in vorzüglicher Aufführung einen mächtigen Eindruck. × Ein neues Werk Max Regers für Männerchor und Orchester, *Römischer Triumphgesang*, erlebt Anfang Juni auf dem Tonkünstlerfest in Jena seine Uraufführung. Reger hat das Werk der medizinischen Fakultät der Berliner Universität als Gegengabe für die Ernennung zum Ehrendoktor gewidmet. × Für ein Musikfest in Straßburg Anfang Juni sind neben französischen Kompositionen Werke von Wagner, Brahms, Reger und Strauß und als Dirigenten Pfizner, Reger und d'Indy vorgesehen. × Das *Concertgebouw* in Amsterdam, das erste Musikinstitut Hollands, feiert während dieser Tage sein 25jähriges Bestehen mit einem mehrtägigen Musikfest. × Die erste gesetzlich erlaubte *Parsifal*-aufführung fand in Zürich bei vortrefflichen künstlerischen Leistungen eine würdige Aufnahme seitens des Publikums. Der Reichstag ging über die *Parsifal*petition dem Kommissionsbeschluß entsprechend zur Tagesordnung über. × Auf dem 1. internationalen musikpädagogischen Kongreß, in Berlin wurden Vorschläge zur Hebung der sozialen Lage und der künstlerischen und pädagogischen Tüchtigkeit der Musiklehrenden erörtert. Gründungen von Volksmusikschulen und Prüfungen für Musikkritiker wurden angeregt. × In Rom wurden von deutschen Gastdirigenten Ernst Schuch, Leopold Reichmann und Ignatz Waghalter, dieser als Dirigent der 1. Brahms-symphonie, lebhaft gefeiert; Selmar Meyrowitz fand viel Beifall, Gustav Brecher nur wenigen. × Hofkapellmeister Leopold Reichein vom Hoftheater in Karlsruhe wurde als Nachfolger Walters an die Wiener Hofoper berufen.

× Literatur

Im Gegensatz zu der großen Brahmsbiographie von Kalbeck vermeidet das Buch J. A. Fuller-Maitlands *Brahms* (deutsche Bearbeitung von A. W. Sturm /Berlin, Schuster & Loeffler/) alles philologische Beiwerk, ist daher mehr

zum Lesen als zum Studium bestimmt und vermag so auch bei Nichtmusikern für Brahms zu werben. Während alles Biographische in den kürzern 1. Teil verwiesen ist, liegt das Hauptgewicht auf der Analyse der Werke im 2. Teil, dessen sehr klare Gliederung es ermöglicht jedes Werk auf den ersten Blick zu finden. Besonders ist das Kapitel *Charakteristisches in Brahms' Kunstschaffen* geeignet Verständnis und Liebe zu erwecken. Wie der Verfasser zum Beispiel der sehr verbreiteten Meinung entgegentritt, Brahms sei für den Reiz der Tonfarbe gleichgültig gewesen, ist sehr einleuchtend. Viele Abbildungen und ein ausführliches Verzeichnis der Werke Brahms' erhöhen den Wert des Buches. × In einem, gleichfalls von Schuster & Loeffler verlegten Band läßt uns Adolf Weißmann, der Dichter unter den Musikhistorikern, Chopin erleben. Wir versenken uns in die Wunder eines Stils, der alles Kritische mit einem reizvollen Gewand umgibt, der in seiner nervösen Feinheit ein Abbild der Musik Chopins selber ist. Jede Seite zeugt von intensivem Durchdringen des Stoffes und von selbständiger Gedankenarbeit, ob Weißmann nun das Paris der 40er Jahre schildert, ob er Chopins Werke nach ihrem Inhalt und nach ihrem ästhetischen Wert charakterisiert, oder ob er in die Tiefen der Seele dieses merkwürdigen Musikers leuchtet. × Ein eingehendes mit reichhaltigem Bildermaterial ausgestattetes Werk über Schubert von Walter Dahms /Berlin, Schuster & Loeffler/ ist musikhistorisch interessant durch die erstmalige Benutzung umfangreichen historischen Quellenmaterials, das Professor Alois Fellner aus Wien mit großem Fleiß zusammengebracht und dem Verfasser überlassen hat. Neben der sehr ins einzelne gehenden Verwendung dieser Sammlung finden wir eine analytische Wertung von Schuberts Gesamtschaffen. In die Schubertatmosphäre mit all ihrer elegischen Stimmungspoesie des vor-märzlichen Wiens, mit aller Intimität freundschaftlichen, harmonischen Zusammenlebens, mit allem feuchtfrohen Humor versetzt uns auch Rudolf Hans Bartsch in seinem Schubertroman *Schwammerl* /Leipzig, Staackmann/. Nicht das musikalische Genie Schubert lernen wir hier kennen sondern den herzlichen, guten, hilflosen Menschen, den seine Freunde mit dem Kneipnamen

Schwammerl bedacht haben, und dem das Leben so alles versagte, woran sein für das Schöne auf dieser Welt empfängliche Herz hing: Frauen, Anerkennung, Erlebnisse, und der sich doch in allem Elend die Fähigkeit zur Freude bewahrte. Bartsch vermeidet alle eigenen Zutaten und zieht mit innerer Wärme und bildlicher Gegenständlichkeit die Linien dieses schon so romanhaft anmutenden Lebens nach. X Georg Richard Kruse löst die Aufgabe in einer Biographie über Otto Nicolai /Berlin, Verlag Berlin-Wien/ diesen sympathischen Künstler so zu schildern wie er in seinen Werken und in zeitgenössischen Quellen zutage tritt, ohne durch kritiklose Begeisterung sein Urteil zu fälschen. Kruse hat mit besonderem Eifer das historische Material durchforscht und weiß manches Neue über das Leben und das Kunstwerk Nicolais zu berichten. X Eine knappe, sehr übersichtliche Lebens- und Entwicklungsgeschichte Johann Strauß bietet Fritz Lange in Reclams *Universalbibliothek*. Die Geschichte auch der unbekannten Straußschen Operetten wird bis zur Gegenwart verfolgt. Ein Kompositions- und Literaturverzeichnis regt zu weiteren Studien an.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Zeitsignal Die Kenntnis der genauen astronomischen Zeit ist für die Schifffahrt von grundlegender Bedeutung, da nur hierdurch eine genaue Ortsbestimmung und eine sichere Navigation möglich sind. Daher sind in allen größeren Häfen Vorrichtungen vorhanden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt, etwa um 12 Uhr mittags, ein sichtbares oder hörbares Zeichen geben, mit dessen Hilfe die Schiffer ihre Uhren kontrollieren und regulieren können. Aber auch andere Betriebe sind gezwungen ihre Uhren ständig nach der genauen astronomischen Zeit zu regulieren, so insbesondere die Eisenbahnen und die Telegraphenämter. Für viele andere Betriebe ist es dann wenigstens wünschenswert immer im Besitz der genauen Zeit zu sein. Es besteht deshalb schon seit langer Zeit im innern Telegraphen- und Eisenbahndienst die Einrichtung, daß ihnen zu einem bestimmten Zeitpunkt, etwa um 8 Uhr vormittags, von

einer Zentralstelle aus die richtige astronomische Zeit telegraphisch übermittelt wird. Seit dem Jahr 1907 wird nun mit großem Erfolg auf radiotelegraphischem Weg ein Zeitsignaldienst durchgeführt, von dem in erster Linie die Schifffahrt Nutzen zieht, von der aber auch wissenschaftliche Institute usw. Gebrauch machen. Der radiotelegraphische Signalzeitdienst besteht im wesentlichen darin, daß zu bestimmten Zeiten nach vereinbartem Schema Zeichen so abgegeben werden, daß zum Beispiel eines der Zeichen genau 1 Uhr mittags bedeutet. So arbeiten die großen Funkentelegraphenstationen Norddeich und der Pariser Eiffelturm. Die Auslösung der Zeichen bei den Radiostationen erfolgt selbsttätig durch eine Präzisionsuhr, deren Gang von einer Sternwarte aus elektrisch kontrolliert wird. Die Station Norddeich erhält ihre Zeitangabe von dem Reichsmarineobservatorium in Wilhelmshaven. Die Aufnahmegenaugigkeit der radiotelegraphisch übermittelten Zeitsignale ist sehr groß, sie beträgt im Mittel $\pm 0,075$ Sekunden.

Die Erfahrungen, die mit den Zeitsignalen gemacht worden sind, ließen den hohen Wert für praktische und wissenschaftliche Zwecke erkennen. Aus diesem Grund fand im Oktober 1912 eine internationale Konferenz zur Regelung der Zeitsignaldienste in Paris statt, und vom 1. Juli 1913 ab wird eine ganze Reihe von Stationen Funkenzeitsignale geben. Allgemeine Weltzeit wird die Greenwicher Zeit sein. Unter anderm geben Zeitsignale: Paris um Mitternacht und 10 Uhr, Norddeich 12 Uhr mittags und 22 Uhr, Arlington (Vereinigte Staaten) um 3 und 17 Uhr, Massuana um 18 Uhr, San Franzisko um 20 Uhr usw. Die Gebestellen sollen für Funkenzeitsignale eine einheitliche Wellenlänge von etwa 2500 Meter benutzen. Diese Vorschrift ist deshalb nötig, damit alle diejenigen Stationen, die Zeitsignale aufnehmen, rechtzeitig ihre Empfänger auf diese Wellenlänge abstimmen können, und damit andererseits auch für diejenigen Stationen, die nur dem Zeitsignaldienst dienen sollen, Vorkehrungen getroffen werden können, die das Abhören von Telegrammen und damit verbundene Indiskretionen verhindern. Ein großes Interesse an der Einrichtung des täglichen Zeitsignals haben von Anfang an die Uhrmacher bekundet, und

das Reichspostamt hat der Errichtung von Stationen für Private zur Empfangnahme der Zeitsignale keine Hindernisse in den Weg gelegt, indem es nicht allzu rigorose Bestimmungen zur Wahrung des Telegraphengeheimnisses erlassen hat. Es ist deshalb auch in der letzten Zeit, insbesondere von der Firma Dr. Erich F. Huth in Berlin eine erhebliche Zahl von Zeitsignalstationen eingerichtet worden, die sich durch große Einfachheit auszeichnen. Der Empfänger ist nach den Vorschriften der Reichspostverwaltung konstruiert. Er ist nur zur Empfangnahme des Zeitsignals bestimmt. Bei der Montage wird genau auf Wellenlänge und erforderliche Lautstärke abgestimmt und diese Einstellung durch Lötung dauernd festgelegt. Um einen nachträglichen Eingriff unmöglich zu machen, wird der Verschluß des Apparatgehäuses noch plombiert.

× Turbinen- transformator

Die Dampfturbine ist, wie wiederholt an dieser Stelle auseinandergesetzt worden ist, wohl die wichtigste Erfindung auf dem Gebiet des Dampfmaschinenbaus. Sie nimmt nur etwa den 3. Teil des Raums ein, den eine gleich leistungsfähige Kolbendampfmaschine für sich beansprucht, und ihre Ökonomie ist ungleich günstiger als die der ältern Dampfmaschine. So schien es denn auch, daß besonders der Schiffsbau, wo es auf höchste Ökonomie und geringste Raumbeanspruchung besonders ankommt, in ihr den mächtigsten Förderer erblicken mußte, und in der Tat sind die Hoffnungen, die auf die Dampfturbine für den Schiffsbau, insbesondere den Bau von Kriegsschiffen, gesetzt worden waren, außerordentlich groß gewesen. Die Hoffnungen haben sich aber nur teilweise erfüllt. Die höchste Ökonomie wird mit der Dampfturbine erreicht, wenn sie eine möglichst große Umlaufzahl besitzt. Der Schiffspropeller dagegen weist die höchste Ökonomie bei einer möglichst niedrigen Tourenzahl auf. Diese Gegensätze waren bisher schlechterdings nicht zu vereinigen. Ebenso stand der allgemeinen Einführung der Dampfturbine in den Schiffsbau noch der Umstand entgegen, daß die Turbine nicht umsteuerbar ist. Im Interesse der Manövrierfähigkeit der Schiffe muß die Betriebsmaschine aber möglichst momentan umsteuerbar sein. Aus diesem Grund hat die Dampftur-

bine eine erheblich größere Anwendung beim Betrieb von Elektrizitätswerken gefunden als zum Antrieb von Dampfschiffen. Für die Erzeugung von Elektrizität ist die große Tourenzahl ein ganz besonderer Vorteil: denn sie ermöglicht den Bau kompensiöser Dynamomaschinen; und die Umsteuerbarkeit kommt hier nicht in Betracht. Wo die Dampfturbine für den Antrieb von Schiffen benutzt wurde, war man gezwungen die hohe Umlaufzahl auf mechanischem Weg, durch eingeschaltete Zwischengetriebe, zu reduzieren, und ebenso mußte die Umsteuerbarkeit durch Wechselgetriebe ermöglicht werden. Man kam sogar zu dem gelegentlich angewandten Ausweg, daß man auf Schiffen mittels der Dampfturbinen zunächst Dynamomaschinen antrieb, deren elektrischer Strom dann zum Antrieb von Elektromotoren benutzt wurde, die ihrerseits auf die Propellerwellen wirkten. In jedem Fall mußte man also nicht geringe Ökonomieverluste mit in Kauf nehmen, und außerdem wurde der Raumbedarf der Turbine, infolge der notwendigen Zwischenmaschinen, fast so groß wie der gleich leistungsfähiger Kolbendampfmaschinen.

Nunmehr ist es aber Professor Dr. Föttinger gelungen einen Transformator für Dampfturbinen zu bauen, der es gestattet die Tourenzahl der Dampfturbine auf ein beliebiges Maß herabzusetzen, und der gleichzeitig auch eine Umsteuerung der Schiffsschrauben ermöglicht. Das Problem wird auf hydraulischem Weg gelöst. Die Dampfturbinen laufen hierbei immer in der selben Richtung, gleichzeitig kann die größtmögliche Tourenzahl angewandt werden. Es ist also die denkbar größte Ökonomie vorhanden. Und da der hydraulische Transformator mit einem Nutzeffekt von 90 % arbeitet, so finden erheblich geringere Verluste statt als bei der Anwendung anderer Zwischengetriebe. Bei der Anwendung des Föttingerschen Transformators wird zugleich eine Umsteuerung in denkbar kürzester Zeit ermöglicht.

Der Transformator hat bereits den Beweis seiner Brauchbarkeit erbracht. Eine Maschine von 7800 Pferdestärken war in den Hamburger Vulkanwerken 14 Tage hindurch in ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb bei Belastungen bis zu 10000 Pferdestärken. Mit Hilfe des Föttingerschen Transformators erhält die Dampfturbine also eine sehr

wirkungsvolle Unterstützung in ihrem Kampf gegen die alte Kolbendampfmaschine.

× **KurzeChronik** Die Höhengschwankungen des Eiffelturms unter dem Einfluß der Lufttemperatur sind durch Anwendung eines Drahtes aus Invarlegierung (einem gegen Temperaturänderungen fast ganz unempfindlichen Nickelstahl) direkt gemessen worden. Im Lauf eines Junitags wurden Höhenänderungen der 116 Meter über dem Straßenniveau liegenden Plattform bis zu 10 Millimeter festgestellt. Der Eiffelturm wirkt also wie ein sehr empfindliches Thermometer.

× **Literatur** Von einem der erfolgreichsten deutschen Flieger, von Helmuth Hirth, ist unter dem Titel *20 000 Kilometer im Luftmeer* /Berlin, Braunbeck/ eine lebendige Schilderung der Lehr- und Meisterjahre seiner Fliegerlaufbahn verfaßt worden. Das geschickt geschriebene und geschmackvoll illustrierte Buch bietet auch dem Nichtsportsmann eine fesselnde Lektüre. Die Beschreibung der erfolgreichen Fernflüge München-Berlin und Berlin-Wien, die Hirth allgemein bekannt gemacht haben, und vor allem die Darstellung der Zuverlässigkeitsflüge am Oberrhein und des süddeutschen Fluges zeigen, daß zum Gelingen eines Fluges nicht nur sportliche Begabung sondern auch eingehendes Studium der meteorologischen Verhältnisse und vor allem eindringende Kenntnis des Flugzeugmotors unbedingte Voraussetzung sind. Diese Kenntnisse haben Hirth über manche Panne hinweggeholfen, indem sie ihn instand setzten sofort die Ursachen beginnender Störungen zu beseitigen: so in dem einen Fall, wo ihm aus Niedertracht Wasser anstatt Benzin in den Tank gefüllt worden war, so in dem andern, wo die isolierende Emaillierung der Zündkerzen zusammengeschmolzen war. In der vollkommenen Beherrschung des Motors sind nicht zuletzt die Erfolge Hirths begründet. Da das Buch auch Einblicke in die Psyche des Fliegers gestattet, so ragt es schon aus diesem Grund weit über die Eintags-schilderungen gewöhnlicher Sportliteratur empor. Gegenüber der in unserer

Zeit liegenden Überschätzung rein sportlicher Leistungen sei eine markante Stelle aus dem Hirthschen Buch hier angeführt: »Eine andere wichtige Aufgabe scheint mir zu sein, daß der Lehrer den Schüler davon zu überzeugen sucht, daß das Fliegen eigentlich keine Kunst ist, um damit zugleich einer Überhebung zu begegnen, die sich bei vielen sofort nach dem kleinsten Erfolg einstellt. Mir selbst ging es auch nicht besser, und ich entsinne mich ganz deutlich, daß sich in meiner Brust nach den ersten größeren Erfolgen zwei Empfindungen stritten. Ich sagte mir immer: Was hast du eigentlich geleistet, war es dein Verdienst, daß dein Motor durchhielt? Die andere Stimme sagte: Du hast mehr geleistet als die anderen! Dazu kommen die Beweishäufungen nach einem Sieg, das Heranstürmen, Rufen und Klatschen des Publikums und die großen Lobsprüche der Presse. All das vermag einem jungen Mann leicht den Kopf zu verdrehen, so daß er sich schließlich als eine Art Halbgott fühlt. Diese Epoche zu überwinden ist sehr schwer, und es gehören meiner Erfahrung nach eine große Selbstbeherrschung und ein klarer Blick dazu, um sich von solchen Gefühlen nicht betören zu lassen. Ein junger Mann, der sich in dieser Beziehung nicht bezwingt, verliert sehr leicht das sportliche Feingefühl und wird, wenn noch mehr Erfolge sich anreihen, bald ganz seiner Überhebung leben.« Diese Ausführungen geben in der Tat den Schlüssel für manche peinliche Erscheinung aus den letzten Monaten. × Lesenswert ist die biographische Skizze über Alfred Nobel, den Erfinder des Dynamits und den Gründer der Nobelstiftung, aus der Feder Dr. Rich. Hennigs /Stuttgart, Franckh/. Sie ist mit großer Liebe und gründlicher Sachkenntnis geschrieben. Aus der interessanten Zusammenstellung der bisherigen Nobelpreisträger ist die Tatsache hervorzuheben, daß von sämtlichen 65 erteilten Preisen nicht weniger als 17 auf Deutsche, 8 auf Franzosen, 7 auf Skandinavien und Engländer inklusive Schotten, 5 auf Holländer, je 4 auf Italiener und Schweizer, je 3 auf Österreicher und Polen, je 2 auf Russen, Spanier und Belgier und nur 1 auf einen Nordamerikaner gefallen sind.